

**1. Sitzung des Gemeindeparlamentes,  
Donnerstag, 16. September 2010  
Stadthaus, Ratsaal,  
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.45 Uhr**

Anwesend sind: 47 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Daniel Dähler, 3. Nadja Fleischli, 4. Thomas Frey, 5. Alexandra Kämpf,  
6. Urs Knapp, 7. Stefan Nünlist, 8. Dr. Max Pfenninger, 9. Andreas Schibli, 10. René Wernli,  
11. Christian Wüthrich, 12. Nico Zila (bis 20.55 Uhr)

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Corinne Bader, 3. Ramazan Balkaç, 4. Rolf Braun,  
5. Lukas Derendinger (bis 21.55 Uhr), 6. Werner Good, 7. Thomas Marbet,  
8. Huguette Meyer Derungs, 9. Dr. Rudolf Moor, 10. Daniel Schneider,  
11. Luzia Stocker Rötheli, 12. Dr. Arnold Uebelhart, 13. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Heidi Ehram, 3. Antonia Hagmann, 4. Thomas Pfluger,  
5. Roland Rudolf von Rohr, 6. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou, 2. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Simon Haller

Grüne Olten:

1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Stephan Fröhlicher, 4. Anita Huber,  
5. Theo Schöni, 6. Patrick Weibel, 7. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. Markus Flury, 3. André Köstli, 4. Domenico Maiolo, 5. Marc Winistörfer,  
6. Gert Winter

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident  
Dr. Martin Wey, Vize-Präsident, Baudirektion  
Mario Clematide, Direktion Bildung und Sport  
Peter Schafer, Direktion Soziales  
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit  
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion  
Stefan Hagmann, Rechtskonsulent  
Markus Sieber, Finanzverwalter

Entschuldigt abwesend:

Daniel Probst  
Patrick Kissling  
Christian Werner

Vorsitz: Heinz Eng

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

\* \* \*

Geschäfte:

1. Eröffnungsansprache des Parlamentspräsidenten
2. Mitteilungen
3. Mitglieder des Gemeindeparlaments/Demissionen
4. Aufnahme und Vereidigung von drei neuen Parlamentsmitgliedern
5. Altstadtkommission/Ersatzwahl
6. Geschäftsprüfungskommission/Demission und Ersatzwahl
7. Schulkommission/Ersatzwahlen
8. Kommission für Stadtentwicklung/Demission und Ersatzwahl
9. Wahlbüro Hübeli/Demission und Ersatzwahl
10. Zweckverband Abwasserregion/Rückzug
11. Finanz- und Investitionsplan 2011-2017/Kennntnisnahme
12. Stadtentwicklung Olten/Neuorganisation und Stellenbewilligung
13. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
  - 13.1. Motion Daniel Schneider und Luzia Stocker (SP) betr. Sperrung Tannwaldstrasse-Süd (eingereicht am 28.01.2010/erstmals traktandiert am 20.05.2010, zweites Mal am 24.06.2010)
  - 13.2. Motion Anita Huber und Felix Wettstein (GO) und Mitunterzeichnende betr. Durchgangsverkehr im Säliquartier stoppen (eingereicht am 17.12.2009/erstmals traktandiert am 20.05.2010, zweites Mal am 24.06.2010)
  - 13.3. Motion Andreas Schibli (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Ladenstruktur (eingereicht am 18.11.2009/erstmals traktandiert am 20.05.2010, zweites Mal am 24.06.2010)
  - \* 13.4. Postulat Andreas Schibli (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Spielplatzgeräte in der Stadt Olten (eingereicht am 17.12.2009/erstmals traktandiert am 20.05.2010, zweites Mal am 24.06.2010)
  - \* 13.5. Postulat Patrick Weibel (GO) und Mitunterzeichnende betr. Steigerung der energetischen Grüngutnutzung (eingereicht am 28.01.2010/erstmals traktandiert am 20.05.2010, zweites Mal am 24.06.2010)
  - \* 13.6. Postulat Thomas Marbet (SP) und Mitunterzeichnende betr. ehemaliger Kapo-Posten (eingereicht am 25.03.2010/erstmals traktandiert am 20.05.2010, zweites Mal am 24.06.2010)

- \* 13.7. Interpellation Marcel Steffen (CVP/EVP/GLP) und Mitunterzeichnende betr. „ERO in Olten“ (eingereicht am 18.11.2009/erstmalig traktandiert am 20.05.2010, zweites Mal am 24.06.2010)
- \* 13.8. Motion Daniel Probst (FdP) und Huguette Meyer (SP) und Mitunterzeichnende betr. Prüfung und Anpassung der Vorgaben für die Nutzung des öffentlichen Raums durch Gastronomie- und Gewerbebetriebe (eingereicht am 20.05.2010/erstmalig traktandiert am 24.06.2010)
- \* 13.9. Interpellation Urs Knapp (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Pensionskasse der Stadt Olten (eingereicht am 17.12.2009/erstmalig traktandiert am 24.06.2010)
- \* 13.10. Motion Daniel Dähler (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Neubau Kunstmuseum und Erweiterung Naturmuseum mit städtischer, kantonaler und privater Unterstützung (eingereicht am 24.06.2010/neu traktandiert)
- \* 13.11. Postulat Ruedi Moor (SP) und Mitunterzeichnende betr. „Attraktivere Innenstadt: Für eine rasche Realisierung des Museenneubaus“ (eingereicht am 24.06.2010/neu traktandiert)
- \* 13.12. Postulat Simon Haller (GLP) und Mitunterzeichnende betr. Nutzungserweiterung Kunstmuseum zur Belebung der Innenstadt (eingereicht am 24.06.2010/neu traktandiert)
- \* 13.13. Interpellation Luzia Stocker (SP) betr. Bereitstellung von finanziellen Mitteln für das Projekt „Chance Olten Ost“ (eingereicht per 16.09.2010/neu traktandiert)
- \* 13.14. Postulat Daniel Dähler (FdP) und Mitunterzeichnende betr. klimaneutrale Stadtverwaltung bis 2025 (eingereicht am 28.01.2010/neu traktandiert)
- \* 13.15 Motion GPK für auftragsorientierte Kompetenzen der GPK (eingereicht am 25.03.2010/neu traktandiert)
  
- \* aus Zeitgründen nicht behandelt

\* \* \*

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 16. September 2010

Akten-Nr. 57/11

Prot.-Nr. 1

## Übernahme des Vorsitzes durch den neu gewählten Präsidenten mit Antrittsrede

**Parlamentspräsident Heinz Eng** hält folgende Antrittsrede:

„Sehr geehrte Frau Stadträtin  
Sehr geehrte Herren Stadträte  
Sehr geehrter Herr Stadtschreiber  
Geehrtes Stadtkanzleiteam  
Werte Parlamentarierinnen und Parlamentarier  
Werte Vertreter der Presse,  
Werte Gäste und Freunde

Zuerst werden wir einen Liedervortrag der 6. Klasse des Bifangschulhauses hören. Das Bifangschulhaus hat in diesem Jahr 100 Jahre gefeiert. Ich habe mir gedacht, es ist eine Gelegenheit, uns zwei Lieder vorzutragen.

**Turi Müller:** Guten Abend, geschätzte Anwesende. Ich möchte mich vorerst bedanken, dass unsere beiden Klassen des Bifangschulhauses mit Franziska Widmer und mir den politischen Alltag hier musikalisch umrahmen dürfen. Wir haben dies im Rahmen des Projektes 100 Jahre Bifang zusammen mit Herrn Kuno Flury, der sicher den meisten noch ein Begriff ist, erstellt. Er war auch im Bifangschulhaus Lehrer und ist mittlerweile fast so alt wie das Schulhaus selber, nämlich 90 Jahre. Wir haben mit ihm den heutigen Alltag und denjenigen von damals musikalisch verbinden dürfen. Umrahmt von seinen Münsterchen und Anekdotchen und im Zusammenhang mit dem Musikprojekt, das von einer Musiklehrerin unterstützt wurde, ist das Projekt mit den beiden Klassen entstanden. Das Echo war sehr positiv. Ich möchte den Kindern noch einmal ganz herzlich danke sagen. Es ist sehr gut gelungen. Die Zeit wird nicht für das ganze Projekt reichen. Aber Ihr hört jetzt noch einen kleinen Ausschnitt mit neuen und alten Liedern. Viel Spass!

**Parlamentspräsident Heinz Eng:** Ich danke allen Schülerinnen und Schülern des Bifangschulhauses und den Klassenlehrern ganz herzlich. Draussen ist etwas zur Stärkung bereit.

Es folgt Applaus.

**Parlamentspräsident Heinz Eng:** Bevor wir in die reich befrachtete Traktandenliste einsteigen, erlaube ich mir, noch kurz meine Gedanken zu drei Bereichen vorzutragen.

1. Für wen machen wir Politik?

Wir haben die Jugend singen gehört. Das ist sicherlich unsere Zukunft. Für sie machen wir hier Politik, aber auch für unsere Generation und die ältere Generation, also für jung und alt, ebenso für arm und reich und vor allem auch für diejenigen, die zwischen arm und reich

sind, welche einen Hauptpfeiler unserer Gesellschaft darstellen und auf deren Schultern die ganzen Abgaben-, Gebühren- und Steuerlast oftmals sehr drückt. Bei allem Politik machen darf man aber den Humor und das Lachen nicht ganz vergessen und etwas, was oftmals eben auch untergeht, ist: „Politik ist vergänglich“.

## 2. Parlament

Ich gebe es unumwunden zu, ich bin ein Anhänger und Verfechter eines starken Parlaments. Unsere Herausforderung, Auftrag, Berufung und Intuition ist im Artikel 21 der Gemeindeordnung mit den Hauptaufgaben klar definiert: „Das Gemeindeparlament wählt, setzt Recht, entscheidet über bedeutende Ausgaben und beaufsichtigt den Stadtrat und die Verwaltung. Die Rechte der Stimmberechtigten bleiben vorbehalten“.

Wir Parlamentsmitglieder sind die Augen und Ohren des Souveräns. Durch uns sprechen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Olten. Für die Erfüllung dieser Aufgaben müssen wir uns jedes Mal von Neuem ins Zeug legen und uns auch als würdig erweisen. Unserem Parlament sind aber auch Grenzen gesetzt. Wir sind keine Profis, sondern ein Milizparlament. Viele von uns arbeiten tagsüber auswärts und sind dadurch nicht jede Minute mit Olten verbunden. Deshalb sind viele von uns angewiesen, von Dritten auf Probleme in dieser Stadt aufmerksam gemacht zu werden. Für die Problemlösungen müssen wir uns oftmals auch zuerst schlau machen und Informationen zusammentragen. Ich appelliere an dieser Stelle, nicht zu vergessen, dass wir uns auch bei der Verwaltung und beim Stadtrat erkundigen können, ohne gleich reihenweise politische Vorstösse vom Stapel zu lassen. Hier sehe ich für die Zukunft noch ein gewisses Optimierungspotenzial. Zudem müssen wir uns immer bewusst werden, dass wir mit den Vorstössen immer einen ganzen bürokratischen Verwaltungsapparat in Gang setzen. Für mich ganz klar: Die politischen Rechte der Parlamentsmitglieder sind unantastbar. Für die Lösungsfindung und damit Olten auch vorwärts kommt, ist es für mich ab und zu notwendig, unsere parteiideologischen Schützengräben zu verlassen und mehrheitsfähigen Konsenslösungen zustimmen zu können. Wenn ich die Herausforderungen des Oltner Parlamentes gegenüber der Bevölkerung charakterisieren müsste, würde ich folgende Aussagen machen: „Schwierige Situationen meistern, mehrheitsfähige Lösungen anstreben und durchsetzen, immer dienen“.

## 3. Effizienter und effektiver Ratsbetrieb

Die Fülle der Vorstösse gemäss Traktandenliste beunruhigt mich eigentlich nicht gross. Ich bitte das Parlament, diese zu analysieren und vielleicht folgende Reflektionen und Überlegungen mit einzubeziehen: Postulate, die der Stadtrat von sich aus überweist und wo auch die Fraktionen dieser Überweisung zustimmen, brauchen meines Erachtens nicht noch ellenlange Diskussionen, Erwägungen und Abhandlungen im Parlament. Ein kurzes Statement genügt, und dann kann man weiter machen. Das Geschäft kommt ja wieder. Vergessen wir auch nicht, dass für den Stadtrat oder die Verwaltung unsere Vorstösse, ich sage jetzt mal, grossmehrheitlich willkommen sind. Dadurch müssen sich auch der Stadtrat und die Verwaltung immer über ihr Tun Rechenschaft ablegen, und das Parlament kann dadurch richtungsweisend korrigierend eingreifen.

Ein effizienter Ratsbetrieb bedeutet für mich eine speditive, strukturierte und sachliche Behandlung der Vorstösse, ein effektiver Ratsbetrieb bedeutet für mich: Die Behandlung der Vorstösse und unsere Entscheide sind für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verständlich, aufgabenbezogen gelöst, ziel- und leistungsorientiert, kurzum nachvollziehbar.

Voilà. Zum Schluss möchte ich noch die politischen Erkenntnisse mitteilen. Sie stammen nicht von mir selber, sondern von Hansjakob vom Staal. Er war Solothurner Staatsschreiber im Jahre 1604, eine Zeit, in der die Eidgenossenschaft noch aus den 13 alten Orten bestanden hat, Tagsatzungen usw. Er hat seinerzeit Folgendes gesagt:

„Je mehr man taget, umso mehr es nachtet, das hab ich oft mit Schmerz betrachtet“.

Je mehr man taget, umso mehr es nachtet...

Ich danke Euch allen für Euer politisches Engagement im Sinne der Sache und für die Stadt Olten. Wir werden nun den Ratsbetrieb gemäss Traktandenliste aufnehmen und anfangen „zu tagen“.

Es folgt Applaus.

Mitteilung an:  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# Mitteilungen

## Parlamentspräsident Heinz Eng:

### Protokollgenehmigung

Die Protokolle der Parlamentssitzungen vom 24./25. März und vom 20. Mai 2010 sind vom Büro am 30. August 2010 unter Berücksichtigung folgender Änderungen definitiv genehmigt worden:

Protokoll der Parlamentssitzung vom 24. März 2010: Geschäft Attraktivierung Innenstadt/Konzept

1. Votum Nico Zila: „Ich bin mit meinem Kollegen Marcel Buck **nicht** einig, dass es nicht Aufgabe des Gewerbe Olten ist, .....“. **Zweites „nicht“ ist zu streichen.**

Protokoll der Parlamentssitzung vom 25. März 2010: Geschäft Aufarbeitung der Abläufe innerhalb des Stadtrates und der Stadtverwaltung sowie des Informationsregimes des Stadtrates betreffend das Kaufangebot der AG Hunziker & Co. an den Stadtrat von Olten für das Areal SüdWest

Votum Nico Zila als GPK-Präsident-Sprecher: „Weiter sollte Klarheit darüber geschaffen werden, wer innerhalb des Stadtrates und der Stadtverwaltung **andere** über das Kaufangebot informiert hat.“ **„Andere“ ist durch Andere zu ersetzen.**

\* \* \*

### Vorstösse/Eingang

- Interpellation Luzia Stocker (SP-Fraktion) betr. Bereitstellung von finanziellen Mitteln für das Projekt „Chance Olten Ost“
- Interpellation Luzia Stocker Rötheli (SP-Fraktion) betr. Fahrplan BOGG Buslinie 3 östliche Schlaufe
- Interpellation Stephan Hodonou (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Situation und Strategie Spezielle Förderung in den Geleiteten Schulen der Stadt Olten
- Interpellation Daniel Schneider (SP) und Mitunterzeichnende zur Kommunikation der Stadt
- Interpellation Daniel Schneider (SP) und Mitunterzeichnende betr. Olten-Ost; prognostiziertes Verkehrsaufkommen Riggerbachstrasse/von Rollstrasse
- Interpellation Daniel Schneider (SP) und Mitunterzeichnende zur Gestaltungskommission Olten SüdWest
- Postulat SP-Fraktion betr. Verbesserung der Kundeninformation im öffentlichen Lokalverkehr
- Postulat SP-Fraktion betr. Verkürzung der Bauzeiten beim Tiefbau

\* \* \*

## Terminplan 2011/12

Der Terminplan ist verteilt worden.

\* \* \*

## Prix Expo 2010

Die Stadt Olten bzw. das Naturmuseum Olten hat mit dem Prix Expo 2010 eine nationale Auszeichnung erhalten. Als Museumsleiter hat Dr. Peter F. Flückiger den Preis letzte Woche in Lausanne in Empfang nehmen können. Ich möchte ihm im Namen des Parlamentes hier auch ganz herzlich zu dieser fantastischen Auszeichnung gratulieren, die auf den immerwährenden guten, national überdurchschnittlichen Ausstellungen im Naturmuseum Olten basiert.

\* \* \*

## Demission Nico Zila per 31. Dezember 2010

Nico Zila hat seinen Rücktritt aus dem Oltnen Gemeindeparlament per 31. Dezember 2010 angekündigt. Ich wünsche ihm von dieser Seite jetzt schon alles Gute für seine weitere Zukunft.

\* \* \*

## Fussballmatch Gemeinderäte Olten und Solothurn

Am Montag, 23. August hat der verstärkte FC Gemeinderat Olten den FC Gemeinderat Solothurn 7 : 0 geschlagen. Herzliche Gratulation.

\* \* \*

## Curling-Plauschturnier vom 24. Oktober 2010

Ich danken allen, die sich angemeldet haben. Wir haben jetzt genügend Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Ich hoffe, es wird möglich sein, den Stadtrat auf dem Eis zu „putzen“.

\* \* \*

## Referendumsvorlagen/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 24. Juni 2010 folgenden Geschäften zugestimmt:

- Kanalspülfahrzeug, Ersatzanschaffung/Kreditbewilligung  
(*Beschluss Ziffer I./1.*)
- Uferweg, Gösgerstrasse, Gesamtsanierung/Projekt- und Kreditbewilligung  
(*Beschluss Ziffer I./2.*)
- Bornfeld, Erschliessung, Vorziehen 2. und 3. Ausbautappe/Kreditgenehmigung  
(*Beschluss Ziffern I./1. und 2.*)

Die Publikation über diese Vorlagen erfolgte am 29. Juni 2010 und die Referendumsfrist ist am 29. Juli 2010 abgelaufen.

### Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die vorstehenden Vorlagen in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und die Beschlüsse somit rechtskräftig sind.

\* \* \*

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 16. September 2010

Akten-Nr. 16/4

Prot.-Nr. 2

## Gemeindeparlament/Demissionen

Für das Gemeindeparlament sind drei Demissionen zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Mail vom 15. Juni 2010 gibt René Steiner (EVP) seinen Rücktritt aus dem Gemeindeparlament per 31. Juli 2010 bekannt.

Mit Schreiben vom 18. August 2010 gibt Stephan Fröhlicher (Grüne) seinen Rücktritt aus dem Gemeindeparlament per 17. September 2010 bekannt.

Mit Mail vom 27. August 2010 gibt Armand Weissen (CVP) seinen Rücktritt aus dem Gemeindeparlament per 1. September 2010 bekannt.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demissionen von René Steiner (EVP), Stephan Fröhlicher (Grüne) und Armand Weissen (CVP) zu genehmigen.

## Beschluss

Grossmehrheitlich bei 2 Enthaltungen werden die Demissionen von René Steiner (EVP), Stephan Fröhlicher (Grüne) und Armand Weissen (CVP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn René Steiner, Krummackerweg 10, 4600 Olten  
Herrn Stephan Fröhlicher, Feigelstrasse 15, 4600 Olten  
Herrn Armand Weissen, Speiserstrasse 44, 4600 Olten  
Stadtpräsidium  
Kommissionsverzeichnis  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 16. September 2010

Akten-Nr. 57/11

Prot.-Nr. 3

## Aufnahme und Vereidigung von drei neuen Parlamentsmitgliedern

Gemäss Art. 18 der Gemeindeordnung sind drei frei werdende Parlamentssitze durch Nachrücken ab der Proporzliste neu zu besetzen. Durch den Rücktritt von René Steiner ist ein Sitz der Evangelischen Volkspartei, durch den Rücktritt von Armand Weissen ein Sitz der Christlichdemokratischen Volkspartei und durch den Rücktritt von André Kappeler ein Sitz der Schweizerischen Volkspartei frei geworden. Frau Marlène Wälchli Schaffner, Herr Thomas Pfluger und Herr Domenico Maiolo haben sich bereit erklärt, die Mandate als ordentliche Mitglieder des Gemeindeparlamentes anzunehmen.

Zur Vereidigung erhebt sich das Parlament von den Sitzen. Parlamentspräsident Heinz Eng begrüsst Frau Marlène Wälchli Schaffner, Herrn Thomas Pfluger und Herrn Domenico Maiolo. Er verliest die Gelöbnisformel: „Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.“

Frau Marlène Wälchli Schaffner, Herr Thomas Pfluger und Herr Domenico Maiolo legen hierauf mit den Worten „ich gelobe“ das Gelöbnis ab. Damit sind sie vereidigt. Es folgt Applaus.

- - - - -

Mitteilung an:

Frau Marlène Wälchli Schaffner, Höhenstrasse Ost 56, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)

Herrn Thomas Pfluger, Seidenhofweg 28, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)

Herrn Domenico Maiolo, Aarburgerstrasse 3, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Stadtpräsidium

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 16. September 2010

Akten-Nr. 16/9

Prot.-Nr. 4

## Altstadtkommission/Ersatzwahl

Für die Altstadtkommission ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Als Ersatz für André Kappeler schlägt die SVP Marcel Buck, Vord. Steinacker 31, als neues Mitglied der Altstadtkommission vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von Marcel Buck (SVP) zu genehmigen.

## Beschluss

Grossmehrheitlich wird die Ersatzwahl von Marcel Buck (SVP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Marcel Buck, Vorderer Steinacker 31, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Baudirektion

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 16. September 2010

Akten-Nr. 16/6

Prot.-Nr. 5

## **Geschäftsprüfungskommission/Demission und Ersatzwahl**

Für die Geschäftsprüfungskommission ist eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Mail vom 27. August 2010 gibt Armand Weissen (CVP) seinen Rücktritt als Mitglied des Gemeindeparlamentes und somit der Geschäftsprüfungskommission per 1. September 2010 bekannt.

Als Ersatz für Armand Weissen schlägt die CVP Marcel Steffen, Bachweg 40, als neues Mitglied der Geschäftsprüfungskommission vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Armand Weissen (CVP) und die Ersatzwahl von Marcel Steffen (CVP) zu genehmigen.

### **Beschluss**

Grossmehrheitlich (bei 1 Enthaltung) werden die Demission von Armand Weissen (CVP) und die Ersatzwahl von Marcel Steffen (CVP) genehmigt.

#### Mitteilung:

Herrn Armand Weissen, Speiserstrasse 44, 4600 Olten  
Herrn Marcel Steffen, Bachweg 40, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)  
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten  
Stadtpräsidium  
Kommissionsverzeichnis  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 16. September 2010

Akten-Nr. 16/20

Prot.-Nr. 6

## Schulkommission/Ersatzwahlen

Für die Schulkommission sind zwei Ersatzwahlen zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Als Ersatz für Nicole Kappeler schlägt die SVP Silvia Reichen, Ziegelfeldstrasse 103, als neues Mitglied der Schulkommission vor.

Als Ersatz für Laetitia Wüthrich schlägt die FdP Silvia Jäggi-Fröhlich, Marktgasse 11, als neues Mitglied der Schulkommission vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahlen von Silvia Reichen (SVP) und Silvia Jäggi-Fröhlich (FdP) zu genehmigen.

## Beschluss

Einstimmig werden die Ersatzwahlen von Silvia Reichen (SVP) und Silvia Jäggi-Fröhlich (FdP) genehmigt.

### Mitteilung:

Frau Silvia Reichen, Ziegelfeldstrasse 103, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)

Frau Silvia Jäggi-Fröhlich, Marktgasse 11, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Direktion Bildung und Sport

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 16. September 2010

Akten-Nr. 16/22

Prot.-Nr. 7

## **Kommission für Stadtentwicklung/Demission und Ersatzwahl**

### Demission

Für die Kommission für Stadtentwicklung ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 27. August 2010 reicht Armand Weissen (CVP) seinen Rücktritt als Mitglied der Kommission für Stadtentwicklung ein.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Armand Weissen (CVP) zu genehmigen.

### **Beschluss**

Die Demission von Armand Weissen (CVP) wird genehmigt.

### Ersatzwahl

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von Kilian Schmidiger (SVP), Pestalozzistrasse 7, 4600 Olten, zu genehmigen.

### **Beschluss**

Einstimmig wird die Ersatzwahl von Kilian Schmidiger (SVP) genehmigt.

### Mitteilung:

Herrn Armand Weissen, Speiserstrasse 44, 4600 Olten  
Herrn Kilian Schmidiger, Pestalozzistrasse 7, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)  
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten  
Stadtpräsidium  
Kommissionsverzeichnis  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 16. September 2010

Akten-Nr. 16/24

Prot.-Nr. 8

## Wahlbüro Hübeli/Demission und Ersatzwahl

Für das Wahlbüro Hübeli ist eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigenden Mutationen:

Frau Heidi Huber (FdP) hat dem Parteipräsidenten mündlich ihren Rücktritt als Mitglied des Wahlbüros Hübeli erklärt.

Als Ersatzwahl schlägt die FdP Eliane Honegger vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, den Rücktritt von Heidi Huber (FdP) und die Ersatzwahl von Eliane Honegger (FdP) als Mitglied des Wahlbüros Hübeli zu genehmigen.

### Beschluss

Der Rücktritt von Heidi Huber (FdP) und die Ersatzwahl von Eliane Honegger (FdP) werden genehmigt.

Mitteilung:

Frau Heidi Huber, Solothurnerstrasse 70, 4600 Olten

Frau Eliane Honegger, Ruttigerweg 4, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Stadtpräsidium

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 16. September 2010

Akten-Nr. 16/34

Prot.-Nr. 9

## Zweckverband Abwasserregion/Rückzug

Für den Zweckverband Abwasserregion ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Als Ersatz für André Kappeler schlägt die SVP Heinz Däpp, Gartenstrasse 19, zur Wahl als Ersatz-Delegierter in den Zweckverband Abwasserregion vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Wahl von Heinz Däpp (SVP) **nicht** zu genehmigen.

Der Wahlantrag der SVP wurde in der Zwischenzeit zurück gezogen. Die Vakanz bleibt bestehen.

Mitteilung:  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 16. September 2010

Akten-Nr. 13/14

Prot.-Nr. 10

## Finanz- und Investitionsplan 2011-2017/Kenntnisnahme

Für die Planperiode sind Investitionen in der Höhe von 169 Millionen Franken (Vorjahresplanung 153 Millionen Franken) vorgesehen. Weitere Grossprojekte fanden aufgrund des Planungsfortschritts Aufnahme in die rollende Finanzplanung 2011 bis 2017. Eine Priorisierung der Grossprojekte findet durch die zeitliche Abbildung innerhalb der Planjahre statt. Der Realisierungszeitraum für die einzelnen Projekte wird durch die finanziellen und personellen Ressourcen bestimmt. Das erhöhte Planungsvolumen kann einerseits dank dem guten Rechnungsergebnis 2009 finanziert werden, andererseits beinhaltet die Planung aufgrund ausstehender Volksentscheide weitere Planungsunsicherheiten bezüglich des effektiven Investitionsvolumens. Generell bleibt die künftige Finanzlage angespannt und ist nur dank dem konsequenten Schuldenabbau der letzten Jahre ohne Steuererhöhungen finanzierbar.

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den aktualisierten Finanz- und Investitionsplan für die Planperiode 2011 bis 2017 zur Kenntnisnahme.

### 1. Inhalt Finanz- und Investitionsplan

Der Finanz- und Investitionsplan unterteilt sich in drei Bereiche:

#### 1.1. Finanzplan

Der Teil Finanzergebnisse entspricht der Planerfolgsrechnung. Er weist die Planergebnisse, die voraussichtliche Entwicklung der Aufwand- und Ertragsarten sowie den Selbstfinanzierungsgrad aus. Ebenso sichtbar sind die Steuervorgaben und die Entwicklung des Nettovermögens bzw. der Nettoschuld. Die Parameter für die Prognosen basieren auf aktuellen Informationen und sind grösstenteils fremdbestimmt, wie nachfolgende Aufstellung zeigt.

<b>Parameter</b>	<b>Einfluss Gemeinde</b>
Investitionsvolumen	mit Ausnahmen steuerbar
Selbstfinanzierungsgrad	steuerbar
Nettoschuld	steuerbar
Wirtschaftswachstum real	nicht steuerbar
Teuerung	nicht steuerbar
Zinsniveau	nicht steuerbar
Bevölkerungswachstum	beschränkt steuerbar
Wachstum Steuerertrag	nicht steuerbar
Steuertarif	nicht steuerbar
Steuerfuss	steuerbar

Auswirkungen der Gesetze	nicht steuerbar
Auswirkungen von externen Beschlüssen	nicht steuerbar
Auswirkungen von internen Beschlüssen	beschränkt steuerbar

Einzelne Parameter haben durchaus Auswirkungen auf andere Parameter. Beispielsweise kann eine Reduktion des Bildungsangebotes die Attraktivität der Stadt Olten bremsen oder eine zu grosse Verschuldung kann das Investitionsvolumen der Folgejahre beeinflussen.

## 1.2 Investitionsplan

Im **Investitionsprogramm** sind die vorgesehenen Bauprojekte aufgeführt und deren Ausgaben auf die einzelnen Planjahre verteilt. Sie sind den folgenden Kriterien zugeordnet:

A	Werterhalt und ausserordentliche Investitionen
B	Entwicklungsinvestitionen
C	Investitionsbeiträge an Kanton
D	Investitionsbeiträge mit Spezialfinanzierungen

Eine absolute Zuweisung ist nicht immer ohne weiteres möglich. So beinhalten beispielsweise Entwicklungsinvestitionen häufig auch einen Teil Werterhalt.

## 1.3 Projektbeschriebe

Der Beilagenteil enthält kurze **Projektbeschriebe** mit relevanten Angaben zu den geplanten Investitionsprojekten. Die Reihenfolge entspricht dem Investitionsplan.

## 2. Aufgabe der Finanz- und Investitionsplanung

Der Auftrag für die jährliche Aktualisierung des Finanz- und Investitionsplan ist in Art. 43 der Gemeindeordnung geregelt. Danach hat der Stadtrat dem Gemeindeparlament einen Finanzplan für die nächsten fünf Jahre zur Kenntnisnahme vorzulegen. Wie in den Vorjahren sind die Zahlen für eine siebenjährige Periode dargestellt. Im Gegensatz zum Budget ist der Investitions- und Finanzplan nicht verbindlich, weil er auf einer Vielzahl von Annahmen basiert. Je länger der Zeithorizont, desto ungenauer sind die Ergebniszahlen. Zudem beeinflussen noch unbekannte und vor allem nicht beeinflussbare Faktoren die Planergebnisse mehr oder weniger stark.

Dennoch muss der Plan als verlässliches Arbeits- und Führungsinstrument für bevorstehende Entscheide richtungsweisend sein. Er gibt Auskunft über die Prioritäten der baureifen Projekte und die finanzwirksamen Vorgänge und setzt aufgrund der vorgegebenen Finanzkraft die Grenzen für das Investitionsvolumen und die Verschuldung. Nicht zu unterschätzen sind die Folgekosten neuer Investitionen, die sich auf die Erfolgsrechnungen der nachfolgenden Jahre entsprechend auswirken. Als eigentliches Frühwarnsystem übernimmt der Investitions- und Finanzplan eine wichtige Aufgabe und darf auch für ein Gemeinwesen als Nonprofit-Organisation nicht unterschätzt werden. Nur mit klar definierten und massvollen Zielgrössen kann ein öffentlicher Finanzhaushalt nachhaltig ausgeglichen gestaltet werden.

## 3. Finanzpolitische Grundsätze

Nachfolgend die im Rahmen der Budgetweisung verabschiedeten finanzpolitischen Grundsätze des Stadtrates:

### **Leitsatz**

Der Stadtrat verfolgt eine nachhaltige Finanzpolitik, damit die künftigen Generationen nicht unverhältnismässige Folgekosten von heutigen Entscheidungen zu tragen haben.

Auf die Dauer sind Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Somit sind langfristig alle Investitionen durch selber erarbeitete Mittel (Cash-flow) gedeckt.

- Konjunkturelle Defizite sind mittelfristig auszugleichen.
- In wirtschaftlich besseren Zeiten ist ein konsequenter Schuldenabbau vorzunehmen.

### **Verschuldung**

Das Resultat der nachhaltigen Finanzpolitik schlägt sich im Nettovermögen bzw. in der Nettoschuld pro Einwohner/in nieder. In der Planungsperiode 2011 – 2017 kann mit einem Nettovermögen gestartet werden. Aufgrund der starken Investitionstätigkeit bis Ende Planungsperiode wird eine Nettoverschuldung prognostiziert.

- Langfristig wird ein Nettovermögen pro Kopf angestrebt.
- Der mittelfristige Wert weicht positiv vom gewichteten Durchschnitt aller Solothurner Gemeinden ab.

### **Investitionen**

Das Investitionsvolumen der Stadt Olten richtet sich primär nach den finanziellen Möglichkeiten.

- Der Selbstfinanzierungsgrad für werterhaltende Investitionen beträgt dauernd 100%.
- Der Selbstfinanzierungsgrad der Gesamtinvestitionen liegt langfristig bei 100%.

### **Steuern**

Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen richtet sich an den mittelfristigen notwendigen Steuereinnahmen aus.

- Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen ist identisch.
- Die steuerliche Belastung liegt im tiefsten Drittel aller Solothurner Gemeinden.

### **Abschreibungen**

Das Verwaltungsvermögen kann langfristig nach den Vorgaben von HRM2 abgeschrieben werden.

- Bezogen auf den aktuellen Anlagebestand liegt dieser Wert mittelfristig bei 12%.

## **4. Ausgangslage und Konjunktorentwicklung**

In der Sommerprognose vom 18. Juni 2010 fasst die KOF (Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich) die erwartete Entwicklung wie folgt zusammen:

- Die Schweizer Wirtschaft wird im 2010 um 1.8% wachsen. Wachstumsstützen sind einmal mehr der private Konsum und der Aussenhandel. Für 2011 erwartet die KOF aufgrund der unsicheren Entwicklung Europas und des starken Frankens ein etwas schwächeres BIP-Wachstum (1.6%).
- Der Arbeitsmarkt, der traditionell verzögert auf die Wirtschaftsentwicklung reagiert, hat sich schneller erholt als erwartet. Die Beschäftigung stieg bereits Ende Dezember 2009 wieder an, und die Arbeitslosigkeit sinkt seit Januar 2010. Die KOF rechnet mit Arbeitslosenquoten von 3.8% im 2010 und 3.3% im 2011.

- Die Bauinvestitionen (0.8%) und die Ausrüstungsinvestitionen (2.0%) wachsen 2010 moderat. 2011 kommt es im Bau zu einem geringen Rückgang (−0.4%), der allerdings von den Ausrüstungsinvestitionen (6.4%) mehr als kompensiert wird. Das starke Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen wird durch einen Nachholbedarf getrieben.
- Der Rückgang in der Bauwirtschaft ist auf eine Abschwächung bei den öffentlichen Bauinvestitionen insbesondere bei den Investitionen in Verkehr und Kommunikation, zurückzuführen. Dank des Vorziehens einiger grösserer Infrastrukturprojekte im Rahmen der Konjunkturpakete waren die Investitionen 2009 stark angestiegen.
- Das etwas schwächere Exportwachstum und der starke Franken werden die Schweizer Wirtschaft 2011 belasten, so dass die KOF für das nächste Jahr von einem Wachstum von 1.6% ausgeht. Das ist gegenüber der Frühjahrsprognose eine Abwärtskorrektur um 0.6 Prozentpunkte.
- Das durch die hohe Liquidität auf dem Geldmarkt aufgebaute Inflationspotenzial wird sich aufgrund des schwächeren Aufschwungs ebenfalls nicht entfalten. Die KOF erwartet daher in der nächsten Zeit nur einen geringen Preisauftrieb. Zu Beginn des nächsten Jahres wird sich zwar die Mehrwertsteuererhöhung in den Preisen niederschlagen, doch auch 2011 dürfte die Teuerung mit 0.9% tief bleiben.

## 5. Ergebnisse im Finanzplan

Im Vergleich zum Vorjahresplan ist der Bruttoüberschuss (Finanzkraft für Investitionstätigkeit) weiter gesunken. Die erwartete Mehrbelastung im Finanzausgleich kann hier als ein Hauptgrund angefügt werden. Diese Veränderung kann dank dem guten Rechnungsergebnis 2009 aufgefangen werden.

Grundsätzlich sollte ein Selbstfinanzierungsgrad von mittelfristig 100 % angestrebt werden. Je nach Konjunkturlage gelten die allgemein anerkannten Richtwerte für die Konjunkturzyklen

Hochkonjunktur	über 100 Prozent
Normalfall	80 – 100 Prozent
Krise	50 – 80 Prozent

Der gewichtete Selbstfinanzierungsgrad für alle Planjahre beträgt nur 62%. Unter Ausklammerung der Investitionsbeiträge an den Kanton weist diese Kennzahl einen Wert von 71% aus.

Das Ziel einer ausgeglichenen Rechnung in jeder Periode kann ab dem Jahre 2012 nur mit der Entnahme aus der Ausgleichsreserve erreicht werden, weil ab diesem Zeitpunkt die Auswirkungen der zweiten Phase der Steuergesetzrevision zum Tragen kommen.

Die Ausgleichsreserve weist zurzeit einen Saldo von 38 Millionen Franken aus und sollte diesen Steuerausfall vorderhand decken können (Entnahme bis Ende Planperiode: 11.0 Mio. Fr.).

## 6. Steuerertrag und Festlegung des Steuerfusses

Die Haupteinnahmequelle eines Gemeinwesens wird stark durch äussere Einflüsse geprägt. Es sind dies hauptsächlich die Konjunkturlage, das kantonale Steuergesetz und die Firmenergebnisse. Eine Abschätzung dieser Entwicklung ist nur schwer möglich. Die

Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben deutliche Spuren hinterlassen.

Solche bedeutende Veränderungen haben rasche Auswirkungen auf die Steuereinnahmen. Die hohe Steuerkraft von Olten ist auf a.o. Faktoren bei der Gewinn- und Kapitalsteuern zurückzuführen.

Die zweite Steuerentlastung bei der Vermögens- und der Gewinnsteuer folgt im Planjahr 2012 mit geschätzten Auswirkungen (Mindereinnahmen) von zusätzlich 2.3 Millionen Franken.

Aufgrund der Ergebnisse der rollenden Finanzplanung und der latenten Risiken bei den Steuereinnahmen gilt es periodisch abzuwägen, ob eine Priorisierung bei den Investitionen - verbunden mit einer Staffelung oder einem Verzicht - oder eine allfällige Steuersatzdiskussion zielführender ist.

Eine zu hohe Verschuldung ist nicht nachhaltig und somit nicht verantwortbar.

## 7. Investitionsvolumen und -grenzen

Die erste Eingabe umfasste ein Volumen von rund 230 Mio. Fr. für die Planungsperiode. Ein solches Paket ist für Olten auch mit der finanziell guten Ausgangslage nicht verkraftbar. Die Nettoschuld würde die kritische Grenze von Fr. 2'500 pro Kopf bei weitem übertreffen (erster Entwurf Nettoschuld rund Fr. 4'700).

Die Beurteilung dieser Kennzahl ist im neuen Rechnungsmodell wie folgt definiert:

0 – 1'000	geringe Verschuldung
1'001 – 2'500	mittlere Verschuldung
2'501 – 5'000	hohe Verschuldung
> 5'000	sehr hohe Verschuldung

Dank den sehr guten Abschlüssen der letzten Jahre kann sich die Stadt ein Investitionsvolumen von über 80 Mio. Fr. leisten. Diese guten Abschlüsse und moderate Investitionsvolumen in der gleichen Periode geben der Stadt nun die Möglichkeit die anstehenden Grossprojekte realisieren zu können. Es braucht aber auch im jetzigen Zeitpunkt bereits eine klare Priorisierung.

Aufgrund der einnahmeseitig starken Abhängigkeit von den Steuern der Juristischen Personen muss die wirtschaftliche Entwicklung periodisch und sorgfältig in die rollende Planung einbezogen werden. Basierend auf der aktuellen Finanzkraft und den festgelegten Finanzziele musste der Stadtrat die Prioritäten für den neuen Investitionsplan setzen und das Volumen auf ein finanzierbares Mass reduzieren. Verschiedene Vorhaben dienen der Stadtentwicklung und sind für die Förderung der Attraktivität bestimmt. Die Rentabilität solcher Projekte kann über eine längere Zeitachse sehr interessant werden, vor allem unter Einbezug des nicht oder nur schwer quantifizierbaren Nutzens (sog. weiche Faktoren).

Die aktuelle Investitionsplanung verlängert die Phase der hohen Investitionstätigkeit um ein weiteres Planjahr und übersteigt mit einem Volumen von rund 169 Mio. Fr. das bisher geplante Volumen um rund 16 Mio. Fr. Der Stadtrat hat im Rahmen der Erstellung des Finanzplans eine klare Priorisierung vorgenommen und die Projekte entsprechend dem aktuellen Planungstand aufgenommen. Im Bewusstsein, dass es sich um eine rollende Planung handelt, welche jährlich an die veränderten Bedingungen angepasst werden muss, hat der Stadtrat entschieden, alle geplanten Grossprojekte als Investitionspakete in der Planung aufzuführen, damit diese sichtbar werden.

Bei einem in den Planjahren schrittweise von 90% auf 80% sinkenden Realisierungsgrad enthält die Planung somit die priorisierten Projekte einerseits und zeigt andererseits das maximal finanzierbare Investitionsvolumen.

Auch mit dieser Verschiebung wird die Investitionstätigkeit in den nächsten Jahren stark ausfallen. Für den Investitionsanteil (Anteil der aktivierten Investitionsausgaben an den konsolidierten Ausgaben) gelten folgende Richtwerte:

unter 10 %	schwache Investitionstätigkeit
10 bis 20 %	mittlere Investitionstätigkeit
20 bis 30 %	starke Investitionstätigkeit
über 30 %	sehr starke Investitionstätigkeit

Mit einem Investitionsanteil von durchschnittlich über 20% für die ganze Planperiode wird Olten eine starke Investitionstätigkeit auslösen.

Die gesamte Investitionssumme teilt sich auf in

<b>Kategorie</b>	<b>Anteil</b>
Werterhaltende und ausserordentliche Investitionen	43.6 %
Entwicklungsinvestitionen	51.5 %
Investitionsbeiträge an Kanton	12.1 %
Investitionen mit Spezialfinanzierungen	8. %

Die grössten Ausgaben (in Mio. Fr.) sind bestimmt für die Objekte

Attraktivierung Aareraum	14.4
Eissportanlage Investitionsbeiträge	12.1
Fussgänger- und Veloverbindung Hammerallee/Olten Südwest	10.9
Bahnhof Ost	9.0

sowie die beiden grossen Beitragsgeschäfte (in Mio. Fr.):

ERO: gesetzlicher Baubeitrag an Kanton	11.8
Standortbeitrag für den Neubau Fachhochschule	5.2

Im Investitionsplan nicht enthalten sind grundsätzlich Projekte, die zeitlich und/oder betraglich noch nicht abgeschätzt werden können. Aktuell bleibt dies insbesondere:

### **Verlängerung Hardegg-Unterführung Bahnhof (aareseitig)**

*Die Verlängerung der Unterführung hat für den Stadtrat seine Wichtigkeit, muss aber in Anbetracht anderer aus Sicht des Stadtrats prioritärer Projekte zurückgestellt werden.*

## **8. Vorbehalt und Einschränkungen**

Ein Gemeindehaushalt wird mit einem allgemein geschätzten Anteil von 80 bis 85 % stark fremdbestimmt. Der Freiraum für den Eigenbedarf wird dadurch entsprechend eingeschränkt. Die sog. gebundenen Ausgaben sind in einem Gesetz, in einer Verordnung, in einem Reglement verankert oder sind die Folge von Beschlüssen höherer Instanzen. Davon betroffen sind vor allem die grösseren Anteile für die Aufgabenbereiche „Bildung“ und „Soziales“.

Gemäss den vorliegenden Reformprojekten dürften wesentliche Mehrkosten im Bildungsbereich folgen. Wegen diesen vielen Unbekannten kann der vorliegende Investitions- und Finanzplan nur wegweisend und nicht verbindlich sein.

## 9. Schlussfolgerungen

Als die drei wichtigsten Faktoren der Finanzpolitik gelten die Verschuldungsgrenze, der Selbstfinanzierungsgrad und die Zinsbelastung. Diese harmonisierten Masszahlen werden noch mehr an Bedeutung gewinnen. Der Entwicklung dieser Werte ist deshalb grosse Aufmerksamkeit zu schenken. Die Verschuldungsgrenze bzw. Selbstfinanzierungskraft ist so auszurichten, dass eine nachhaltige Finanzpolitik gewährleistet ist.

Im letzten Finanzplan ist die Pro-Kopf-Verschuldung noch mit 2'000 Franken begrenzt worden (geringe Verschuldung). Aufgrund des erhöhten Investitionsbedarfs und der rückläufigen Selbstfinanzierungskraft steigt diese Kennzahl bis ins Jahr 2017 gemäss vorliegendem Finanzplan auf über Fr. 2'700 an und wird sich erst mit dem tieferen Investitionsvolumen reduzieren.

Diese zunehmende Verschuldung wirkt sich negativ auf den Zinsaufwand aus und schränkt den künftigen Handlungsfreiraum entsprechend ein. Bei steigenden Zinssätzen wird diese Einengung dann noch grösser.

Deshalb bleibt es das Ziel, eine Pro-Kopf-Verschuldung von unter 1'000 Franken nach Abschluss der hohen Investitionstätigkeit wieder zu erreichen. Dies bedeutet, dass das Investitionsvolumen ab 2017 danach auszurichten ist und Prioritäten weiterhin gesetzt werden müssen.

### Beschluss:

Der Investitions- und Finanzplan für die Periode 2011 - 2017 wird mit dem aktuellen Planungsstand zur Kenntnis genommen.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

### EINTRETEN

**Heidi Ehram:** In der GPK wurde der Finanz- und Investitionsplan ausgiebig behandelt. Sie dankt dem Stadtpräsidenten und dem Finanzverwalter für die kompetenten Erläuterungen dazu. Mit ein paar Änderungen im Layout wurde die Lesbarkeit des Finanzplans und der Beilagen verbessert, was in der GPK sehr positiv aufgenommen wurde. Nicht ganz so unumstritten wie die verbesserte Lesbarkeit war das Investitionsvolumen für die Planperiode 2011 – 2017, die deutliche Auswirkungen auf die Pro-Kopf-Verschuldung und den Selbstfinanzierungsgrad haben werden. Das Investitionsvolumen ist gegenüber dem letztjährigen Plan um 10 % angestiegen. Das hat zu Befürchtungen Anlass gegeben, dass den finanzpolitischen Grundsätzen zuwenig nachgelebt wird und man einer Steuererhöhung entgegen geht. Auch eine klare mittelfristige Zielsetzung wurde im Plan vermisst. Wie künftig

das finanzbare Niveau von rund 12 Millionen Franken wieder erreicht werden kann, ist fraglich. Die GPK sieht aber auch, dass die ausgezeichnete Ausgangslage dank der Gewinne in den letzten Jahren und die Planungsunsicherheiten die erwähnten Befürchtungen relativieren und eben die vorgesehenen Entwicklungsinvestitionen überhaupt erst möglich machen. Zudem soll der Zeitraum für die nötigen Attraktivierungsinvestitionen beschränkt werden, so dass die Finanzpolitik nachhaltig bleibt und dies beim jetzigen Steuersatz. Neben den besorgten Stimmen ist aber auch die Meinung vertreten worden, dass was die Investitionen betrifft ein mutiger, aber mit den neu aufgenommenen Projekten flexibler Plan vorliegt. Es wurde auch die Frage angeschnitten, ob der Finanzplan genügend priorisiert oder ein Wunschkatalog ist, der finanziell machbar ist. Die Idee, Konsultativabstimmungen beim Volk als Planungsinstrument einzusetzen, um Planungskosten zu sparen, ist ohne fundierte Grundlagen leider illusorisch. Dass die Planung für die Museen und die Musikschule vorgezogen wird, wurde begrüsst. Damit ist der Handlungsspielraum für diese Planperiode erweitert worden. Auch wurden Fragen geklärt, weshalb die Attraktivierung Innenstadt, Fusion, Pensionskasse und Investition in eine bessere Steuerkonkurrenzfähigkeit im Finanzplan nicht vorkommen und weshalb gewisse Projekte nicht mehr vorgezogen werden können. In der Detailberatung wollte man unter anderem wissen, weshalb ein paar für dieses Jahr geplante Projekte nicht ausgeführt oder voran getrieben wurden. Zur Frage, ob es nicht Vorteile hätte, wenn das Parlament für den Finanzplan Vorgaben machen könnte, ihn dann auch genehmigen können müsste, ist zu sagen, dass eine Kompetenzverschiebung vom Stadtrat zur Legislative eine Änderung des Gemeindegesetzes nötig machen würde. Trotz der kritischen Voten vertraut die GPK der bis jetzt erfolgreichen Finanzplanung des Stadtrates. Sie ist auf das Geschäft eingetreten und beantragt dem Parlament, den Finanz- und Investitionsplan zur Kenntnis zu nehmen.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Ich danke der Präsidentin der GPK für ihr Votum. Der Finanzplan, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist für den Stadtrat ein Führungs- und Planungsinstrument von grosser Wichtigkeit, und bekanntermassen ist das Erarbeiten und Vorlegen dieses Werkes in der Gemeindeordnung geregelt. Der Finanzplan ist für den Stadtrat auch ein Frühwarnsystem, weil verschiedene entscheidende Angaben, insbesondere auf der Einnahmenseite, dank der sehr guten Zusammenarbeit mit den wichtigsten „Playern“ auf der Einnahmenseite, eingearbeitet werden können. Der Finanzplan der Stadt Olten ist eine rollende Planung, alljährlich anpassungsfähig an die aktuelle Lage. Das Parlament nimmt den Finanzplan zur Kenntnis. Es ist insbesondere für die Genehmigung des Budgets in den einzelnen Planjahren zuständig. Das ist eine Verpflichtung. Es ist natürlich auch für einzelne vorgesehene Projekte zuständig, die gemäss der geltenden Kompetenzordnung hier zum Teil abschliessend oder für die Verabschiedung zu Händen unserer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ohnehin durch das Parlament müssen. Da darf, muss, soll in diesem Saal beraten und entschieden werden.

Der Finanzplan ist der zweite Teil der Finanztrilogie, nach der Rechnung des Vorjahres und dem Budget Ende Jahr, also der mittlere Teil. Zur Realisierung von Projekten, damit zur Verbesserung der Performance, der Dynamik – das heisst, man muss realisieren, wenn man eine bessere Performance erhalten will – braucht es in den allermeisten Fällen die finanziellen Mittel. Die hat man oder man hat sie nicht.

Dabei fatal wäre und ist es aber, wenn man den Einsatz der finanziellen Mittel, sprich deren Verwendung nicht planen würde. Je länger der Horizont, desto ungenauer sind die Ergebniszahlen. Noch unbekannte, vor allem aber nicht beeinflussbare Faktoren, zum Beispiel auch Volksentscheide oder Entscheide des Gemeindeparlamentes, können sich hier auswirken.

Wir stehen, wenn wir mit der Planung beginnen, nicht vor einem Puzzle mit 100 Teilen. Der Finanzplan besteht aus 100 verschiedenen Teilen. In all diesen Investitionen sind 100 Aussagen enthalten. Wir setzen das Puzzle nicht einfach zusammen, wie es uns gefällt. Wir setzen zusammen nach Prioritäten, getroffenen Entscheiden, Stand der Projekte,

fremdbestimmten Projekten, notwendigen Unterhalts- und auch auch ausserordentlichen Aufgaben im Unterhaltsbereich.

Ganz wichtig ist aber, dass die vorhandenen finanziellen Mittel mit diesem Puzzleteil zusammenpassen (Beispiel: Es ist nicht möglich, in einem Jahr 50 Millionen zu investieren, weil dadurch die Jahresbudgetierung absolut nicht mehr tragbar und möglich ist. Der Ausgabenüberschuss in einem solchen Jahr ist viel zu gross). Das ist nicht machbar. Ich möchte mit diesen Aussagen keinesfalls belehrend wirken, sondern einfach den Mechanismus und die Denkart, wie man dies zusammen stellt, im Namen des Stadtrates und der Finanzdirektion wieder einmal aufzeigen.

Es galt und gilt für uns in diesem Jahr klar folgende Aussage: Aufgrund der nachhaltigen Finanzpolitik, die das Parlament wesentlich mitträgt, befindet sich die Stadt Olten in einer guten Ausgangslage, welche die Finanzierung diverser priorisierter Grossprojekte ermöglicht. Nach einer Phase hoher Investitionen muss man aber ganz klar wieder auf das langfristig finanzierbare Niveau zurück.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist der vorliegende Finanzplan für den Stadtrat mutig, ehrgeizig, aber positiv ehrgeizig und wird auch dem Vorwärtsstreben unserer Stadt gerecht, wenn denn auch alle die Projekte – sie wurden zu einem wesentlichen Teil durch Vorentscheide in diesem Parlament schon einmal behandelt oder durch Vorstösse dieses Parlamentes überwiesen worden - und die nötigen Kompetenzen für die Projekte Zustimmungen dafür gegeben haben. Das zeigt aber auch klar die Priorisierung auf und hat den Stadtrat in seiner Planung beeinflusst.

Der Finanzplan ist ehrlich – im Vorfeld hörte man das Wort unehrlich, weil Steuererhöhungen vom Stadtrat damit provoziert werden. Der Stadtrat hat sich absolut an seine finanzpolitischen Zielsetzungen gehalten, nämlich.

Nachhaltigkeit für künftige Generationen, Einnahmen und Ausgaben müssen ausgeglichen sein auf die Dauer; Investitionen gedeckt durch selber erarbeitete Mittel; konjunkturelle Defizite sind mittelfristig auszugleichen; in wirtschaftlich besseren Zeiten ist konsequent Schuldenabbau vorzunehmen, was wir immer gemacht haben. Der Selbstfinanzierungsgrad für werterhaltende Investitionen ist 100 %, für Gesamtinvestitionen langfristig 100 % Die steuerliche Belastung liegt im tiefsten Drittel aller solothurnischen Gemeinden. Der Steuerfuss für juristische und natürliche Personen ist identisch, 100 Steuerpunkte, wie es auf Seite 2 von 7 auf dem Finanzplan über die ganzen Planjahre durchgezogen ist. Langfristig wird auch wieder ein Nettovermögen pro Kopf angestrebt.

Wir haben im Bericht und Antrag auch Aussagen zu einer Entwicklung der Konjunktur gemacht.

Im Kapitel 6 „Ergebnisse im Finanzplan“ lesen Sie, dass der Selbstfinanzierungsgrad für alle Planjahre nur 62 % beträgt. Er war im letzten Jahr im Übrigen 55 %. Wenn man die beiden kantonal bestimmten grossen Investitionen ERO und Fachhochschule berücksichtigt, liegt er bei 71 %, im Vorjahr 70 %. Das ist grundsätzlich aber zu gering.

Wir brauchen ab dem Jahre 2012 auch eine Entnahme aus der Ausgleichsreserve. Der aktuelle Stand ist bei 38,5 Millionen Franken in diesem Topf. Für die ganze Periode, die wir Ihnen jetzt präsentieren, brauchen wir 11 Millionen und zwar, weil ab dem Jahr 2012 auch die letzten Auswirkungen der kantonalen Steuergesetzrevision zum Tragen kommen.

Um im Bericht und Antrag weiterzugehen: Sie haben alle das Kapitel 7 studiert: Volumen und Volumengrenzen und die Aussagen zur Priorisierung von Projekten.

Wenn ein Finanzplan erarbeitet wird, erfolgt dies auch unter dem einschränkenden Aspekt, dass der Gemeindehaushalt sehr stark fremdbestimmt wird, durch Aufgaben des Kantons und des Bundes, die wir übernehmen. Die Aufgabendelegation ist ja ein ewiges Thema. Für die Stadt Olten reden wir da von gegen 80 % fremdbestimmten Ausgaben. Das ist dann wieder sehr schön sichtbar im Budget, das wir Ende Jahr präsentieren, wo man dies

augenfällig sieht. Darum ist aber der Satz so wichtig, dass fremdbestimmte wesentliche Mehrkosten den Finanzplan beeinflussen können. Im Bildungsbereich rechnen wir mit massiven Mehrkosten. Wenn man gehört hat, was der Bildungsdirektor gestern an der Lehrerinnen- und Lehrertagung des Kantons Solothurn im Zusammenhang mit Stundenlektionen und Klassenlehrerentlastung gesagt hat, kommen ein paar Franken auf die Stadt Olten zu. Einfach als Beispiel, wenn so etwas kommt.

Es ist ganz wichtig, Bericht und Antrag, Kapitel Schlussfolgerungen: Die drei wichtigsten Faktoren der Finanzpolitik für eine Gemeinde, die Stadt Olten sind: Verschuldungsgrenze, Selbstfinanzierungsgrad und Zinsbelastung. Der Stadtrat ist sich dessen sehr wohl bewusst und wird in seinen finanzpolitischen Überlegungen und in der Erarbeitung von Budget und zukünftigen Planungen der Entwicklung dieser Werte höchste Beachtung schenken.

Meine Damen und Herren, es geht mir zum Schluss auch darum, mit Ihnen noch einmal gemeinsam einen Blick in das „Finanzplan-Büchli“ zu tun:

#### Seite 4: Werterhaltende und ausserordentliche Investitionen

Ich möchte drei Punkte noch einmal in Erinnerung rufen. Werterhaltende Investitionen im Tief- und Hochbau. Wir sprechen hier von insgesamt 48 Millionen Franken auf die sieben Jahre verteilt. Das sind Massnahmen, die nicht unbedingt immer gleich sichtbar werden. Es braucht sie, um den Wert zu erhalten. Aber es ist eine Riesensumme.

Wir haben den Punkt 9 Finanzen und Steuern, Altlastensanierung (942.501.004). Dort steht ein Betrag, der nach wenig aussieht. Aber dieser Betrag löst die Erschliessung und Bebauung eines ganz wichtigen Gebiets der Stadt Olten aus, was in diesem Parlament schon mehrmals zu Recht gefordert wurde.

#### Seite 5: Entwicklungsinvestitionen

Diese Seite ist unglaublich wichtig, um zu erklären, weshalb wir uns in dieser Dimension von 169 Millionen Franken bewegen. Wenn Ihr zum Beispiel bei der Eissportanlage (340.564.003), beginnt: 12,1 Millionen. Fussgänger-, Veloverbindung Hammerallee (620.501.046): 11 Millionen, Attraktivierung Aareraum (790.501.050): 14,4 Millionen, Erschliessungsstrassen Fustlig, Säliwald, Kleinholz: 7,3 Millionen. Das sind recht grosse Beträge. Es sind alles Geschäfte, die in diesem Parlament schon mindestens einmal beraten worden sind. Ob wir sie in dieser Dimension ausführen, bestimmt eine Stadtratsvorlage und das Parlament wesentlich mit. Aber das kann man jetzt nicht einfach wegnehmen. Ihr habt dies alles schon einmal beraten. Es ist z.B. Sanierung, Neubau Kunst- und Naturmuseum von 7 Millionen enthalten, wo Vorstösse eingereicht wurden. Dazu kommt Bahnhof Ost von 9 Millionen. Dies ist hier schon ausgiebig beraten worden. Es hat einen Zusammenhang mit dem Neubau Fachhochschule, an den wir einen Beitrag bezahlen dürfen. Wir haben gesagt, die Ost-Bahnhof-Erneuerung-Sanierung müsse aufeinander passen mit dem Bezug der neuen Fachhochschule. Wenn man dies zusammen zählt, ergibt dies allein 60 Millionen Franken nur für die ganz grossen Sachen. Dann hat es sehr viele Sachen, die nicht so sehr attraktiv sind. Ich muss es sagen. Das ist so. Es sind Projekte, die für die Bevölkerung weniger sichtbar sind. Vielleicht nimmt man sie von aussen gar nicht so wahr. Ich gebe Ihnen auch ein Beispiel dazu: Auf Seite 7 haben wir unter Kanalisationen Sanierungen von 16 Millionen Franken. Das Kanalisationsnetz der Stadt Olten ist auf einem hohen Niveau. Aber es ist ein riesengrosses Netz und muss saniert werden. Wehe, es hat jemand kein Wasser. Für eine Performance nach aussen ist es vielleicht weniger interessant, 16 Millionen Franken in die Kanalisation zu investieren. Nicht sichtbar, aber absolut notwendig. Das zusammen gibt halt letztlich 169 Millionen Franken.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie im Namen des Stadtrates bitten, vom vorliegenden Finanz- und Investitionsplan 2011- 2017 Kenntnis zu nehmen. In diesem Saal werden sehr viele wichtige Entscheidungen für die Realisierung getroffen. Das ist dem Stadtrat bewusst, und ich denke Ihnen auch.

**Antonia Hagmann, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Zuerst möchte ich der Verwaltung ganz herzlich für die handlichen Unterlagen danken. Das Aktenstudium wurde durch die Ringbuchform und die bessere Lesbarkeit eindeutig vereinfacht. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird den vorliegenden Finanz- und Investitionsplan zur Kenntnis nehmen. Dass in Olten in den nächsten Jahren investiert werden soll und muss, haben wir schon in der letztjährigen Finanzdebatte ausgiebig diskutiert. Dies wurde mehrheitlich auch positiv zur Kenntnis genommen. Die finanzielle Situation ist zum heutigen Zeitpunkt dank der guten letzten Jahre sehr erfreulich, und somit sollten die anstehenden Entwicklungsinvestitionen möglich werden. Hoffen wir nur, dass jetzt dann auch endlich wirklich die innovativen Projekte umgesetzt werden können und nicht nur die werterhaltenden Investitionen, die sicher sehr wichtig und natürlich vor allem beim Tiefbau sind, für die Bevölkerung jedoch oft nicht auf den ersten Blick ersichtlich und nutzbar sind. Dass der Finanz- und Investitionsplan eine rollende Planung ist und Korrekturen wieder angebracht werden können, haben wir bei unserer Diskussion in der Fraktion mit einbezogen. Die Stossrichtung und die Prioritäten des Stadtrates sind aber gut ersichtlich, und wir unterstützen die grossen Projekte wie ANDAARE, Eissportanlage, Bahnhof Ost. Auch wir freuen uns, dass der Museumsneubau und der Anbau der Musikschule nun im Investitionsplan ersichtlich sind. Dass im Planjahr 2011 die grösste Summe der Investitionen für die nächsten sieben Jahre vorgesehen ist, also rund 37 Millionen Franken, zeigt doch, dass der Stadtrat an die Umsetzung dieser Projekte glaubt. Über die Prioritäten lässt sich immer diskutieren. Auch in unserer Fraktion würden wir gewisse Investitionen lieber noch früher sehen, so zum Beispiel die Verlängerung der Hardegg-Unterführung Bahnhof, denn diese Aufwertung ist für das Bahnhofareal und den Aareraum sehr wichtig, und wir finden es schade, dass diese Unterführung noch nicht geplant ist. So hat auch der Neubau des Hallenbads in der Planung leider noch keine Aufnahme gefunden. Auch das haben wir schon länger gefordert. Aber es ist jetzt halt so. Dass in der Planung die schon lange geforderte Buswartekabine auf der rechten Stadtseite, und das ist vor allem auch mir ein Anliegen, erst im Jahr 2012 vorgesehen ist, bedauern wir auch. Aber eben: Alles hat seine Prioritäten, und es sind nicht alle gleicher Meinung. Das akzeptieren wir auch so. Wie hoch die Ausgabenseite in den geplanten Jahren sein werden, liegt ja teilweise auch in unserer Verantwortung. Die Einnahmenseite wird hingegen durch unsere Steuerzahler bestimmt. Hier sind wir doch der Meinung, dass hier sehr optimistisch geplant wurde. Wenn man dann noch die prognostizierte Zunahme der Nettoverschuldung pro Kopf betrachtet, ist der vorliegende Finanzplan ohne Steuererhöhung doch sehr ambitiös. Ich möchte aber betont haben, dass eine Erhöhung des Steuersatzes in unserer Fraktion momentan überhaupt kein Thema ist. Wir stimmen jedoch mit dem Stadtrat überein, dass der vorliegende Investitions- und Finanzplan wegweisend und nicht verbindlich ist. Daher sind Korrekturen in der nächsten Planperiode absehbar oder auch erforderlich und zeitliche Verschiebungen möglich. In diesem Sinne nehmen wir Kenntnis von der stadträtlichen Planperiode 2011-2017.

**Felix Wettstein:** Die Grünen danken dem Stadtrat und dem Finanzverwalter Markus Sieber für den informativen und übersichtlichen Finanz- und Investitionsplan. Wir sind der Meinung, dass die Investitionstätigkeit in den nächsten Jahren zu Recht überdurchschnittlich hoch sein wird und muss: Erstens sind wir weiterhin mit hohen Beträgen an den beiden kantonalen Grossprojekten ERO und Fachhochschule beteiligt, zweitens hat die Stadt Olten in den letzten drei Jahren grosse Gewinne erzielt. Die Bevölkerung will für diese Überschüsse einen Gegenwert in Form von Investitionen, die möglichst vielen zu gut kommen und unser Stadtbild positiv prägen. Unsere Fraktion ist überzeugt, dass die Zugänge zum Bahnhof sowohl auf der Ostseite wie auf dem Bahnhofvorplatz hohe Priorität haben müssen. Zu diskutieren haben die Zeitpläne für die Gestaltung des Aareraums und für den

Museumsneubau gegeben. Wir sind der Meinung, dass es möglich sein müsste, beide Projekte früher definitiv zu planen und auszuführen. Das Geld ist ja vorhanden, wir haben Reserven von mehr als 38 Millionen Franken zurückgelegt. Wenn ein Teil dieser Reserven in einem bestimmten Jahr aufgelöst wird, dann sind das Einnahmen, wir haben also deswegen keinen Ausgabenüberschuss. Unter jenen Investitionen, die bereits nächstes Jahr oder ab nächstem Jahr zu tätigen sind, hat es viele, die in der Öffentlichkeit wahrscheinlich kaum bemerkt werden. Wir zweifeln nicht an der Notwendigkeit dieser Erneuerungen. Trotzdem ist es für das Image der Stadt sehr wichtig, dass die sichtbaren Investitionen, welche eine markante Aufwertung des öffentlichen Raumes bewirken, nicht auf die lange Bank geschoben werden. Nebst Museen, Aareraum, Bahnhofzugängen und der Fuss- und Veloerschliessung des neuen Stadtteils Südwest zählen wir auch die gestalterische Aufwertung des Dreiecks Kirchgasse-Baslerstrasse mit dem Kronenplatz dazu. Wir sind froh zu wissen, dass unter dem Titel „Werterhaltende Investitionen im Strassen- und Belagsbau“ einiges dazu zur Verfügung stehen soll. Fragezeichen setzen wir zu einer Formulierung im Zusammenhang mit dem Friedhof Meisenhard. Ein Abbruch des Kolonbariums darf nach unserer Ansicht aus kulturhistorischer Sicht nicht in Frage kommen. Die Grünen werden den Finanz- und Investitionsplan zustimmend zur Kenntnis nehmen.

**Dieter Ulrich:** Der vorliegende Finanz- und Investitionsplan ist in der SP-Fraktion auf gute Aufnahme gestossen. Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass alle Sachen, die wir in den letzten Monaten und Jahren hier diskutiert hatten, in dieser Vorlage auch dementsprechend Niederschlag gefunden haben und man seitens des Stadtrates auch gewillt ist und signalisiert, dass man gewillt ist, diese Projekte voran zu treiben und in den nächsten Jahren auch umzusetzen. Wir erachten es auch als positiv, dass die Umsetzung, so wie sie geplant ist, mit einem konstant gehaltenen Steuerfuss realisiert werden soll und die Neuverschuldung relativ moderat bleibt im Vergleich zum Investitionsvolumen, das wir in den nächsten Jahren haben werden. Insofern möchten wir den Stadtrat unterstützen, auf diesem Weg weiter zu fahren. Es ist klar, dass es Anpassungen geben wird. Dies liegt in der Natur eines solchen Finanzplanes. Wir denken aber, dass wir unter den gegebenen Voraussetzungen diesen Weg gehen müssen. Die Finanzsituation ist gut. Es steht einiges an, das wir für die Zukunft von Olten auch realisieren müssen und sollten, abgesehen von den werterhaltenden Investitionen, die zwar nicht zur Kenntnis genommen werden, solange sie gemacht werden, sondern erst auffallen, wenn sie dann einmal fehlen. Wir möchten den Stadtrat unterstützen, auf diesem nach den Worten von Ernst Zingg mutigen und ehrgeizigen Weg weiter zu gehen. Es hat allerdings trotzdem ein paar Fragen und Kritikpunkte an der Vorlage gegeben. Erstens: Für uns wäre es wünschenswert und würde die Transparenz erhöhen, wenn bei den Projekten jeweils auch noch die Gesamtinvestitionssumme angegeben würde und nicht nur diejenige für den entsprechenden Planungszeitraum. Das würde die Sache etwas übersichtlicher machen, und man könnte vielleicht auch etwas besser einschätzen, wie dann der Stand dieses Projektes innerhalb der Planungsperiode ist. Der zweite Punkt beinhaltet auch die Transparenz. Es geht um die werterhaltenden Investitionen. Wenn man in der Vorlage schaut, wird ja immer der Richtwert angegeben, in welchem Rahmen sich diese ungefähr bewegen sollten. Es ist jetzt eigentlich Jahr für Jahr so gewesen, dass nachher der geplante Wert unterhalb dieser Schwelle lag. In der Fraktion wurde gesagt, was auch einleuchtend ist, dass bei den wertvermehrenden Projekten gleichzeitig eben auch werterhaltende Investitionen enthalten sind und man so dann wieder in diesen Range hinein kommen würde, wo es aufgeht. Es wäre aber natürlich auch hilfreich, wenn man dementsprechend schon festhalten könnte, in welchem Rahmen sich dies ungefähr bewegt. So könnte man auch dem Eindruck vorbeugen, dass dort gespart würde, was eben nicht der Fall ist. Noch ein Wort zur Verlängerung der Hardegg-Unterführung im Bahnhof. Es ist klar, dass Prioritäten gesetzt werden müssen. Wir möchten aber auch unterstützen, dass man dies nicht aus den Augen verliert, vor allem auch im Zusammenhang mit der SBB, man dort daran bleibt und schaut, wie man dies entsprechend realisieren könnte. Mit diesen Bemerkungen möchte ich schliessen. Die SP-Fraktion wird dies ebenfalls positiv zur Kenntnis nehmen.

**Marcel Buck:** An der Fraktionssitzung der SVP hat der Finanz- und Investitionsplan rege Diskussionen ausgelöst. Einerseits ist der Stadtrat auf die finanzielle Lage der Stadt Olten stolz, andererseits stellt er ein Programm vor, wonach die Verschuldung in kürzester Zeit wieder so zunehmen soll, dass wohl Steuererhöhungen unausweichlich sind. Wir werden hier einfach das Gefühl nicht ganz los, dass das eigentliche Ziel nicht ist, die verschiedenen Bauprojekte so schnell als möglich zu realisieren, sondern konkret sind wir der Meinung, dass es mehr um die Fusion mit Trimbach, Hauenstein, Wisen und Ifenthal mit der Stadt Olten geht, wo momentan, wenigstens in der Bevölkerung, eine klare Ablehnung dagegen existiert. In diesen Diskussionen ist ja eines der Hauptargumente der gute Steuerfuss von Olten, der bei einer Fusion verloren gehen würde. Sauber verpackt mit einer Masche wird uns deshalb der Finanz- und Investitionsplan zur Kenntnis gebracht, der passagenweise zwar gute Absichten vermuten lässt, wie z.B. der Satz: „Das Investitionsvolumen der Stadt Olten richtet sich primär nach den finanziellen Möglichkeiten“. Das tönt gut. Gleichzeitig wird aber die Aussage, die der Finanzverwalter vor einem Jahr gemacht hat, einfach ignoriert. Er hat nämlich gesagt, dass Investitionen von 153 Millionen Franken weit über dem Niveau liegen, das sich Olten leisten könne. Trotzdem, und hier verstehen wir den Stadtrat nicht, legt er ein Jahr später noch einmal 16 Millionen darauf und nimmt so eiskalt in Kauf, dass einerseits der Selbstfinanzierungsgrad noch einmal massiv sinkt und andererseits aus einem Nettovermögen pro Kopf eine hohe Verschuldung wird. Die SVP ist froh darüber, dass nicht die Priorisierung des Stadtrates, die sich nach dem Planungsstand richtet, umgesetzt wird, sondern sich die Priorisierung schliesslich nach dem Willen des Oltner Stimmvolkes richten wird. Aus den vorgängig erwähnten Argumenten wird die SVP-Fraktion den Finanz- und Investitionsplan oder auch Wunschkatalog des Stadtrates nicht zur Kenntnis nehmen.

**Urs Knapp, FdP-Fraktion:** Geschätzter Präsident, ich möchte Dir zuerst für die sympathische Eröffnung der Gemeinderatssitzung danken - ich glaube, das hat noch niemand gemacht – und auch für die mahnenden Worte. Ob wir uns immer alle daran halten, werden wir dann sehen. Wir nehmen dies als Vorsatz auf. Die FdP steht ganz klar hinter den finanzpolitischen Grundsätzen des Stadtrates. Wir unterstützen ihn in der Absicht, eine nachhaltige Finanzpolitik zu verfolgen und den künftigen Generationen nicht unverhältnismässige Folgekosten auferlegt. Wir unterstützen den Stadtrat, wenn er beim Selbstfinanzierungsgrad der Gesamtinvestitionen langfristig bei 100 % sein will. Auch unterstützen wir ihn, wenn er langfristig ein Nettovermögen pro Kopf anstrebt. Die FdP wird den Finanz- und Investitionsplan auch zur Kenntnis nehmen. Diese Kenntnisnahme heisst aber nicht, dass wir mit der vorgesehenen Entwicklung der städtischen Finanzen vorbehaltlos einverstanden sind. Es heisst auch nicht, dass wir alle Projekte, die hier erwähnt sind, vorbehaltlos unterstützen werden. Im Gegenteil: Die FdP hat auch mit Besorgnis zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat Investitionen auslösen will, die deutlich über dem langfristig finanziell Verkräftbaren liegen. Langfristig könnte man in dieser Finanzperiode 85 Millionen Franken ausgeben. Wir geben 170 Millionen aus, haben einen guten Startpunkt und können deshalb auch etwas mehr geben. Trotzdem steigt die Schuldenlast in wenigen Jahren auf über 2'700 Franken pro Kopf. Das sind rund 50 Millionen Franken Schulden. Es ist eine grosse Last für die kommenden Generationen. Das ist ein Punkt, der in FdP zu Diskussionen Anlass gegeben hat. Wenn der Stadtrat zum Beispiel sein finanzpolitisches Ziel erreichen und langfristig ein Nettovermögen ausweisen will – wenn man sagt, langfristig wäre zum Beispiel 2030, was ja wirklich relativ weit weg ist – würde dies heissen, wenn die Ausgaben so realisiert werden, wie sie im Finanz- und Investitionsplan sind, dass unsere Nachfolgerinnen und Nachfolger in diesem Rat in den 2020er-Jahren eigentlich keine Entwicklungsinvestitionen mehr machen können. Wir können dann 12 Millionen Franken pro Jahr ausgeben, müssen pro Jahr 5 Millionen Franken Schulden abbauen, damit wir 2030 ausgeglichen sein werden. Das heisst, wir landen ungefähr beim Werterhalt und vielleicht bei ein paar ausserordentlichen Investitionen. Einfach, damit man sieht, was dies heisst. Wir verschliessen unserer künftigen Generation gewisse Möglichkeiten. Die Flexibilität der künftigen Generation auf diese Zeit dann zu reagieren, wo es notwendig wäre, wird deutlich

eingeschränkt. Vielleicht gibt es aber auch beim ganzen Finanz- und Investitionsplan ein Missverständnis, was es genau ist. Wir haben verschiedene Stimmen gehört. Auch im Bericht des Stadtrates gibt es verschiedene Optiken. Eine davon ist die visionäre. Wir listen einmal alle Projekte auf. Es wird auch im Bericht und Antrag erwähnt. Am Schluss muss ohnehin entschieden werden. Gewisse Sachen können hinunter fallen, gewisse kommen dazu. Es ist ein Führungsinstrument, wo wir daran glauben, dass wir auch realisieren, was hier kommt. Dann ist es eine andere Optik. Die FdP ist fest überzeugt, dass Olten investieren muss. Aber wir sind ebenso sehr überzeugt, dass noch klarer Prioritäten gesetzt werden müssen, als sie im Finanz- und Investitionsplan zum Ausdruck kommen. Es ist die Aufgabe des Parlaments und auch des Stadtrats, der dies hierher bringt, und am Schluss ist es die Aufgabe der Stimmberechtigten, die dies bei sehr vielen Projekten auch entscheiden müssen. Wir von der FdP werden in den nächsten Jahren noch klarer darauf dringen, dass man auch sagt, wie ein Projekt finanziert ist. Können wir es uns leisten, und was heisst es, wenn wir es uns nicht leisten können? Wo können Prioritäten gesetzt werden? Diese Diskussionen sollen klar noch gemacht werden, denn gratis erhalten wir diese Projekte nicht. Ihr alle habt auch eine Haushaltkasse zu Hause. Auch ein Gemeinwesen kann letztlich nicht mehr Geld ausgeben als vorhanden ist. Die FdP ist klar gegen eine Steuererhöhung. Wir sehen den Weg einer Sanierung allfälliger schlechter Finanzen im späteren Bereich nicht, auch wieder als Faktor Standortqualität. Einer ist, dass die Stadt Olten heute schon relativ hohe Steuern hat. Ihr habt vielleicht die Weltwoche gelesen. Man kann bezüglich Rating verschiedener Ansicht sein. Aber Olten hat noch Verbesserungspotenzial. Wir sehen einfach auch im Umfeld Arolfingen, der Städte im Mittelland, dass wir steuerlich sanft gesagt sicher nicht in der Spitzengruppe sind und härter gesagt eher im letzten Drittel als im ersten. Auch dies ist ein Element einer Standortpolitik, die wir beachten müssen. In diesem Sinne wird die FdP vom Finanz- und Investitionsplan Kenntnis nehmen. Sie wird aber in den nächsten Jahren auch auf eine gesunde Finanzpolitik dringen und damit der Stadtrat die finanzpolitischen Ziele, die er sich vorgegeben hat, einhalten kann.

## **Beschluss**

Mit 41 : 5 Stimmen bei 1 Enthaltung wird Eintreten beschlossen.

## DETAILBERATUNG

### Seite 47, 620.501.046, Fussgänger- und Veloverbindung Hammerallee-Olten SüdWest

**Stefan Nünlist:** Es gibt ja ein berühmtes Stichwort: Wenn ich tausend Franken Schulden habe, ist es mein Problem, wenn ich eine Million Franken Schulden habe, ist es das Problem der Bank. Genau so kommt es mir vor, wenn ich das Geschäft auf Seite 47, Fussgänger- und Veloverbindung Hammerallee-Olten SüdWest, sehe. Wenn hinter meinem Grundstück irgendein Quartiersträsschen gebaut wird, muss ich Perimeter bezahlen, obwohl ich von diesem Strässchen, das gebaut wird, überhaupt keinen Vorteil habe, weil ich nämlich vorher gebaut und von unten erschlossen habe. Ich muss ohne Vorteil unglaublich viel Geld bezahlen. Wenn aber irgend jemand ein sehr grosses Grundstück hat, die Stadt nachher 11 Millionen Franken investiert, um dessen Grundstück zu erschliessen, verstehe ich diese Logik nicht ganz. Es steht zwar, der Grundeigentümer werde auch zu den Erschliessungskosten beitragen müssen. Mich würde interessieren, wieviel er bezahlt. Das ist eine Strasse, die nur zur Wertsteigerung seines Grundstückes führt und sonst nichts anderes. Ich finde, eigentlich müsste er dies allein bezahlen. Es ist nicht Aufgabe des Steuerzahlers, Grundstücke für jemanden aufzuwerten, weil der kleine Grundstückseigentümer mit dem Perimeter zur Kasse gebeten wird. Aber wenn er offensichtlich so viel Land hat, zahlt die Stadt die Erschliessungen. Hier hätte ich eigentlich ein Problem damit.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Ich weiss nicht, ob es eine Frage oder eine Feststellung ist. Es ist ganz klar, dass dies eine Vorlage sein wird, die ins Parlament kommt. Auch klar ist, dass wir als Gemeinwesen verpflichtet sind, einen solchen Stadtteil zu erschliessen. Das gehört auch zur Verpflichtung der Stadt. Was die Beteiligung des Grundeigentümers anbelangt, sind es im Moment 2 Millionen Franken. Das ist auch Gegenstand einer Vereinbarung, die im Zusammenhang mit der ganzen Erschliessung dieses Grundstückes abgeschlossen wird. Ein Beitrag des Grundeigentümers ist vorgesehen.

**Stefan Nünlist:** Die Vorlage wird ja einmal vor das Parlament und das Volk kommen. Aber die Vereinbarung müsste dann auch vorher ins Parlament kommen, weil es nicht sein kann, dass die Stadt eine Vereinbarung abschliesst, und wir dürfen dann einfach zur Kenntnis nehmen, dass er sich mit 2 Millionen Franken beteiligt. Vielleicht haben wir ja eine andere Meinung und finden, er müsse sich mehr beteiligen. Ist es so, dass die Vereinbarung auch ins Parlament kommen wird, oder ist dies nicht der Fall?

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Das ganze Beitragsverfahren richtet sich primär nach dem kantonalen Baugesetz mit den Perimeterbeiträgen. Das wird berechnet. Was die Vereinbarung anbelangt, ist die Zuständigkeit beim Stadtrat. Wir werden dies dort gemäss den gesetzlichen Vorlagen, die gegeben und vorgeschrieben sind, abschliessen. Das ist auch von unserem Rechtsdienst so geprüft worden.

**Dr. Rudolf Moor:** Ich habe eine Folgefrage, da ich etwas nicht richtig verstanden habe. Wenn man die Vereinbarung gemacht hat und nachher hier diesen Beitrag ablehnt, heisst dies dann, dass das Areal nicht erschlossen wird, oder welches ist die Konsequenz? Mir ist der ganze Weg auch nicht klar, und welche Entscheide in welcher Freiheit tatsächlich stattfinden können. Ich glaube, hier wäre eine Klärung wertvoll.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Dass wir dieses Gebiet erschliessen müssen, ist offensichtlich. Der Beitrag an diese Brücke ist eine Verhandlungsrunde mit dem Grundeigentümer. Wir haben das grösste Interesse daran, dass das Gebiet auch erschlossen wird. Dort haben wir wie bei anderen Quartieren, wo wir Erschliessungsstrassen und –anlagen bauen müssen, auch eine Leistungspflicht zu machen. Die Brücke bzw. Fussgängerunterführung – die Sache ist etwas kompliziert, weil es einerseits unter den Gleisen und andererseits darüber durchgeht – wird nachher Gegenstand dieses Projektes sein, wo der Anteil des Grundeigentümers entsprechend fixiert sein wird.

#### Seite 25, 621.501.002, gedeckte Veloparkierungsanlagen

**Dieter Ulrich:** Die SP-Fraktion regt an, dass die gedeckten Veloparkierungsanlagen vorgezogen werden. Wir haben ja auch schon punkto Bahnhof entsprechende Vorstösse eingereicht, wo wir leider nicht erfolgreich waren. Aber wer die Situation kennt, weiss auch, dass dort eigentlich Handlungsbedarf besteht. Die Beträge sind ja nicht so hoch, dass man hier nicht einen gewissen Handlungsspielraum hätte, dies auch vorzuziehen.

#### Seite 35, 293.503.060, Schulraumplanung neues Primarschulhaus

**Dieter Ulrich:** Hier fehlt uns eine Aussage, was mit dem Hübelischulhaus passieren soll. Allenfalls ist dies auch mit entsprechenden Investitionen verbunden. Ich denke, man müsste dies schon auch irgend einmal im Kontext anschauen, damit man dort zu einer Aussage kommt.

**Dieter Ulrich:** Dort war ein Teil der Fraktion der Meinung, es sende ein seltsames Signal aus, wenn jetzt einfach in diesem ersten Jahr die Fr. 100'000.— enthalten sind, was zwar schon richtig ist, unter diesem Titel, aber nachher nichts mehr folgt. Es sieht jetzt einfach so aus: Man klärt einmal ab, aber nachher geschieht nichts mehr. Natürlich muss man dies jetzt im Kontext betrachten. Aber es ist moniert worden, dass auch ein seltsames Signal ausgesendet wird, wenn man dies so stehen lässt.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Wir nehmen diese Fragen selbstverständlich so auf, auch in der Planung, und uns ist klar, dass die entsprechenden Investitionen dann ebenfalls rollend in den Plan einfließen. Danke für den Hinweis.

**Urs Knapp:** Ich möchte das Votum von Dieter Ulrich in der Eintretensdebatte aufnehmen und wegen der Transparenz auch unterstützen, dass man sagt, wieviel das Gesamtprojekt ist, über das man diskutiert, und eine Frage zu verschiedenen Museen, Schulhäusern oder Aareraum stellt. Wir haben jetzt hier einen Totalbetrag. Ist der Stadtrat der Meinung, mit der hier enthaltenen Summe könne dies finanziert werden, man bekomme für 7 Millionen Franken ein Museum, für 7 Millionen ein Schulhaus, für 14 Millionen die Attraktivierung des Aareums? Sind dies die Totalbeträge? Ich verstehe es nicht ganz. Ist es das Gesamte in dieser Periode? Aber kann hier noch mehr kommen?

Vom Stadtrat wünscht niemand das Wort.

### **Beschluss**

Mit 42 : 4 Stimmen bei 1 Enthaltung fasst das Parlament folgenden Beschluss:

Der Investitions- und Finanzplan für die Periode 2011 - 2017 wird mit dem aktuellen Planungsstand zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an:  
Alle Direktionen  
Direktion Finanzen und Informatik  
Finanzverwaltung  
Finanzkontrolle/Controlling  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 16. September 2010

Akten-Nr. 3/13, 18/15, 18/22

Prot.-Nr. 11

## Stadtentwicklung Olten/Neuorganisation und Stellenbewilligung

**Die Aktivitäten der Stadtentwicklung innerhalb der Stadtverwaltung Olten sollen gebündelt und personell verstärkt werden; zu diesem Zweck beantragt der Stadtrat dem Parlament die Schaffung einer Stabsstelle für Stadtentwicklung in der Direktion Stadtpräsidium. Zusammen mit den Fachstellen für Integration und Umwelt/Energie/Mobilität soll hier ein Kompetenzzentrum für Stadtentwicklung entstehen.**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

### 1. Ausgangslage

#### 1.1 Seit 2001 separate Organisationsstruktur für die Stadtentwicklung

Mit der Schaffung einer separaten Organisationsstruktur wurde im Jahr 2001 die wachsende Bedeutung einer gesteuerten Stadtentwicklung gewürdigt. Auf Grund der Erfahrungen der ersten vier Jahre wurde diese Organisation im Jahr 2005 neu definiert: Der *Gesamtstadtrat* legt die politischen Ziele der Stadtentwicklung fest und setzt die Prioritäten bei der Realisierung der wichtigsten Projekte; die *Koordinationsstelle* in der Person des Stadtschreibers zieht projektbezogen verwaltungsinterne Fachkräfte sowie externe Stellen der Wirtschafts- und Tourismusförderung und des Stadtmarketings bei und dient als interne und externe Ansprechstelle für Stadtentwicklung; die *Kommission für Stadtentwicklung*, die an die Stelle der früheren Planungs-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltkommissionen getreten ist, berät den Stadtrat in Fragen der nachhaltigen Stadtentwicklung, nimmt zu Grundsatzfragen Stellung und bringt – wie im Übrigen auch die Koordinationsstelle – eigene Inputs ein.

#### 1.2 Bilanz der ersten neun Jahre

Die Neustrukturierung der Stadtentwicklung hat sich bisher nur teilweise bewährt. Auf Grund der Initiative der *Koordinationsstelle*, die vom Stadtschreiber ausgeübt wird, der ein Nachdiplomstudium im Bereich Gemeinde-, Stadt- und Regionalentwicklung absolviert hat, wurde ab 2006 ein umfassender Mitwirkungsprozess unter dem Titel „Olten 2020 – für eine l(i)ebenswerte Stadt“ durchgeführt, aus dem als eine der im umfassenden Aktionsplan vorgesehenen Massnahmen im März 2008 auch ein Leitbild als Grundlage für die städtische Politik resultierte. Weitere Grundlagenarbeiten wurden in den Bereichen Kultur mit dem Bericht „Kultur in Olten“ und Sport mit der Sportstättenplanung (inkl. Masterplan für deren Umsetzung) geleistet. Stattgefunden hat ferner eine umfangreiche Bevölkerungs- und Firmenumfrage als Basis für das Regierungsprogramm 2009 bis 2013. Derzeit werden die

Entwicklungsprojekte Fusion Olten Plus und Chance Olten Ost vorangetrieben. Ferner wurde und wird viel Kapazität in die Informationsarbeit gegenüber der Kommission und gegen aussen, insbesondere gegenüber den Medien, sowie ins Networking gegenüber anderen am Standortmarketing beteiligten Organisationen (Wirtschaftsförderung, Tourismusförderung, Gewerbeverband etc.) und in gemeinsame Projekte (Olten Info, Wohnregion Olten, ZentrumStadt Olten etc.) gesteckt.

An dieser Stelle ist klar festzuhalten, dass mit den vorhandenen verwaltungsinternen Kapazitäten keine zusätzlichen Aktivitäten ausgeführt werden können, beispielsweise was regelmässige Betrachtungen aus der „Vogelperspektive“ oder ein ausführliches Controlling über die laufenden Projekte oder eine regelmässige Datenerhebung bzw. -auswertung angeht. Ebenso müssen bei den durch die Leitung Stadtentwicklung selber geführten Projekten Prioritäten gesetzt und können aus Kapazitätsgründen langfristig nicht mehrere (Stadtentwicklungs-)Projekte gleichzeitig geführt werden. Eine wertvolle Synergie hat sich hingegen durch die vom Parlament befristet auf drei Jahre bewilligte Stelle einer Integrationsbeauftragten ergeben, die sich insbesondere im Projekt Chance Olten Ost sehr positiv auswirkt.

Die *Kommission für Stadtentwicklung* hat sich im Februar 2006 einen Leitfaden für ihre Tätigkeit gegeben, in dem sie folgende Aufgaben definierte:

- Beratung des Stadtrates in Fragen der Stadtentwicklung
- Umfassende Interessenabwägung von stadtentwicklungsrelevanten Vorhaben hinsichtlich ökonomischer, ökologischer und gesellschaftlich-sozialer Gesichtspunkte
- Überblick über diese Vorhaben und Setzen von Prioritäten
- Erarbeitung eigener Vorschläge zu Handen des Stadtrates
- Mithilfe beim Zusammentragen von Entscheidungsgrundlagen

Die Kommission hat aus verschiedenen Gründen ihre Position noch nicht in befriedigender Weise gefunden; nicht zuletzt sind der zeitlichen Verfügbarkeit ihrer Mitglieder enge Grenzen gesetzt, die mit der Bedeutung der Kommission in Konflikt stehen. Die Zusammenarbeit der Kommission mit der Verwaltung hat sich in den letzten Jahren – nicht zuletzt dank separaten Workshops zu einzelnen wichtigen Themen und Instrumenten wie Pendenzenlisten – stark verbessert. Wesentlich mitgewirkt hat sie im Projekt „Olten 2020“, wo sie als Spurguppe wirkte und ihre Mitglieder auch Moderationsarbeit übernahmen, und in der Vorbereitungsphase des Projektes Stadtteilentwicklung Chance Olten Ost.

Auch der *Stadtrat* konnte angesichts der starken Auslastung durch das Tagesgeschäft und mangels personeller Kapazitäten innerhalb der Verwaltung für die Vorbereitung von strategischen Entscheiden die angestrebte Rolle bisher nicht in genügendem Ausmass wahrnehmen.

Die direktionsübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung wurde hingegen unter anderem dank den genannten Entwicklungsprojekten sowie dank Instrumenten wie Leitbild und – darauf abgestimmt – Legislatur- und Jahresplanung verbessert. Auch hier sind den Koordinationsbemühungen durch die Koordinationsstelle durch die zur Verfügung stehenden Ressourcen Grenzen gesetzt.

## 2. Auslösende Elemente

### 2.1 Motion Ammann/Bachmann

Am 7. November 2006 wurde von Markus Ammann und Marion Bachmann (SP-Fraktion) eine Motion<sup>1</sup> eingereicht, mit welcher der Stadtrat beauftragt werden sollte, dem Parlament in einem Bericht und Antrag aufzuzeigen, wie die Stadtentwicklung vorangetrieben werden kann, insbesondere wie die Aufarbeitung von Grundlagendaten sowie die Formulierung von Zielen und Strategien zur Stadtentwicklung Olten innerhalb nützlicher Frist sichergestellt werden kann. Handlungsbedarf sahen die Motionärin und der Motionär unter anderem in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Sammeln und Sichten von Grundlagenmaterial, Auswerten von Kennzahlen und Formulieren von Leitbildern und Strategien sowie Bearbeiten von aktuellen stadtentwicklungs- und zukunftsrelevanten Querschnittsthemen wie integrale Aufwertung benachteiligter Quartiere, Sicherheit, Standortmarketing, Koordination und Prozesssteuerung sowie periodische Erstellung von Gesamtüberblicken. Gefordert wurde eine Verstärkung in Sachen Ressourcen und Professionalität; eine professionelle personelle Verstärkung in Form einer Stelle „Stadtentwicklung“, zumindest temporär, wurde als unumgänglich bezeichnet.

Der Stadtrat erklärte in seiner Beantwortung, während die Zielformulierung im Rahmen des städtischen Leitbildes aktuell erfolge, stelle sich die Sachlage im Bereich vernetztes Denken komplexer dar: Aufgaben der Stadtentwicklung würden von vielen Organisationen, Gremien und auch von den Verantwortlichen in der Stadtverwaltung täglich wahrgenommen; die Koordination der vielfältigen Bemühungen solle künftig unter der Oberhoheit des Stadtrates mit koordinierenden Gremien verbessert werden. Punkto Grundlagenerarbeitung plädierte der Stadtrat für ein projektbezogenes Vorgehen: Es solle aufgelistet werden, welche Daten wo vorhanden sind; eine aktuelle Erhebung in grossem Umfang solle indessen erst erfolgen, wenn die Daten für ein spezielles Projekt benötigt würden. Der Schaffung einer Stelle Stadtentwicklung vorziehen würde er, so der Stadtrat damals, dass die vorhandenen Knowhow-Träger aller Stufen, insbesondere die Verwaltungsleiter, die Stadtplanung und der Leiter Stadtentwicklung, über freie Kapazitäten verfügten. Wichtig seien zudem ein koordiniertes Vorgehen, ein vernetztes Denken und die Bereitschaft für eine nutzbringende Zusammenarbeit.

Mit 32:10 Stimmen überwies das Parlament im September 2007 die Motion. Vorausgegangen war eine Diskussion, bei der insbesondere die – unterschiedlich beurteilte – Ressourcenfrage und die Rolle der Kommission für Stadtentwicklung im Zentrum standen.

### 2.2 Vorlage vom Juni 2008

In seiner Vorlage vom Juni 2008 zeigte der Stadtrat unter anderem auf, dass mit dem Leitbild der Stadt Olten unter dem Titel „Zentral, urban, natürlich Olten“ im März 2008 die Richtschnur für die Weiterentwicklung der Oltnen Stadtpolitik in den nächsten Jahren formuliert worden sei. Die bei der Neustrukturierung der Stadtverwaltung eingeführte Organisation im Bereich Stadtentwicklung wurde im Wesentlichen beibehalten. Der Stadtrat führte indessen aus, falls von der Koordinationsstelle zusätzliche Arbeiten erwartet würden, brauche es auch zusätzliche Kapazitäten. Der Stadtrat sei indessen der Ansicht, dass erst mit der verbesserten Organisation und den neu eingeführten Instrumenten Erfahrungen gesammelt werden sollten, bevor allenfalls weitere Stellen geschaffen würden.

Die Motion von Markus Ammann und Marion Bachmann wurde indessen mit 23:21 Stimmen knapp nicht abgeschlossen

---

<sup>1</sup> Vgl. Beilage 1: Motion Markus Ammann/Marion Bachmann betreffend Erarbeitung von Grundlagen zur Stadtentwicklung

## 2.3 Postulat Ammann und Motion GPK

Am 17. Dezember 2009 haben Markus Ammann (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende mit einem Postulat<sup>2</sup> den Stadtrat gebeten zu prüfen, wie die Aufbau- und Ablauforganisation zu ändern sind, um die Aufgaben der Stadtplanung, der Stadtentwicklung und dem Bau zukunftsgerichtet, effektiv und effizient erfüllen zu können. Die Entwicklung der Stadt solle in Zukunft nicht zufällig, sondern auf koordinierten Entwicklungsvorstellungen (Ziele, Strategien, Konzepte und Massnahmen) für die Quartiere und die Gesamtstadt Olten beruhen. Einzelne Teile davon existierten bereits (z.B. das Leitbild), andere fehlten aber noch völlig. Die Stadt stehe im Moment vor grossen herausfordernden Entscheiden hinsichtlich Stadtplanung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung. Es besteht die grosse Gefahr, dass sowohl in der übergeordneten Entwicklungsplanung (z.B. bei fehlenden Masterplänen) als auch bei den grossen Einzelprojekten mit der heutigen, in verschiedenen Belangen unterdotierten Organisation der Baudirektion und der Stadtentwicklung die Projekte zu wenig effizient vorangetrieben würden und die Interessen der Stadt Olten zu wenig wahrgenommen werden könnten. Die diesbezüglichen Bemühungen des Stadtrates seien in ersten Ansätzen erkennbar. Eine umfassende Restrukturierung der Bereiche Bau, Stadtentwicklung und Stadtplanung eile jedoch.

Im Rahmen der Aufarbeitung von Olten SüdWest stellte ferner die GPK fest, dass die organisatorischen und rechtlichen Grundlagen für die Stadtentwicklung in Olten nicht vollständig seien. Die Richtlinie zur Stadtentwicklung sei, trotz Zusicherungen im Gemeindeparlament vom 24. Juni 2008, nicht überarbeitet worden. Der Stadtrat wurde daher in einer am 3. März 2010 eingereichten Motion<sup>3</sup> aufgefordert, eine Vorlage auszuarbeiten, welche Ziele, Aufgaben, Kompetenzen, Organisation, Mittel und Controlling der Stadtentwicklung in Olten umfassend regle. Dabei sei auch festzuhalten, wie die Stadtentwicklungskommission bei der Behandlung von Kaufangeboten für Grundstücke und Liegenschaften einzubeziehen sei.

Im Sinne einer Sofortmassnahme bis zur Behandlung der GPK-Motion bzw. einer daraus erfolgenden Vorlage setzte daraufhin der Stadtrat am 6. April 2010 die Richtlinie zur Stadtentwicklung gemäss Entwurf vom Juni 2008 in Kraft<sup>4</sup>. Zudem hielt er seinerseits fest, dass die Richtlinie für das strategische Vorgehen beim Verkauf und Kauf von Liegenschaften und Grundstücken den Einbezug der Kommissionen (Stadtentwicklung und Bau) unterschiedlich regelte: Während bei Verkäufen die beiden Kommissionen frühzeitig in den Prozess einzubeziehen waren, um zu Handen des Stadtrates eine Empfehlung abzugeben, übten sie bisher gemäss Richtlinie bei Käufen keine Funktion aus. Der Stadtrat beschloss nun – analog zur Beantwortung der dringlichen Motion betr. „Teilkau von Olten SüdWest“ an der Märzsession des Parlaments – die Kommission für Stadtentwicklung und die Baukommission auch bei Käufen beratend einzubeziehen, sofern übergeordnete öffentliche Interessen der Stadtentwicklung wie zum Beispiel die Ansiedlung von attraktiven Wohn- und Arbeitsplätzen verfolgt werden. Es wurde ferner festgehalten, dass beide Richtlinien im Rahmen einer Gesamtvorlage nochmals zu überprüfen seien.

An der Parlamentssitzung vom 20. Mai 2010 wurde die Motion der GPK einstimmig, das Postulat von Markus Ammann mit 36:6 Stimmen überwiesen.

---

<sup>2</sup> Vgl. Beilage 2: Postulat Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. Überprüfung und Neuorganisation der Verwaltung in den Bereichen Stadtplanung, Stadtentwicklung

<sup>3</sup> Vgl. Beilage 3: Motion GPK „Für eine klar strukturierte Stadtentwicklung in Olten“

<sup>4</sup> Vgl. Beilage 4: Richtlinie zur Stadtentwicklung vom 6. April 2010

### 3. Weitere Entwicklungen

#### 3.1 Stadtentwicklung

Seit der Vorlage vom Juni 2008 hat sich die Organisation der Stadtentwicklung innerhalb der Verwaltung im Rahmen ihrer Möglichkeiten durchaus bewährt: Erstmals konnte in den letzten Jahren eine konsequente strategische Planung durchgeführt werden mit dem Leitbild als Basis, darauf abgestütztem Regierungsprogramm und Jahresplanungen. Dadurch dass die Koordinationsstelle vom Stadtschreiber geführt wird, ist eine Koordination mit der Geschäftsplanung in Stadtrat und Parlament sowie mit der Informationsstelle gegeben. Zudem wird durch seine Funktion als Vorsitzender der Direktionskonferenz, das heisst der Konferenz der Verwaltungsleiter und der Querschnittsdienstleister, auch eine Verankerung der Stadtentwicklungsthemen in der Gesamtverwaltung erleichtert. Davon profitieren verwaltungsumfassende Grossprojekte wie Fusion Olten Plus und Stadtteilentwicklung Olten Ost. Die Zusammenarbeit mit der im Februar 2009 geschaffenen Stelle einer Integrationsbeauftragten hat sich wie erwähnt gut angelassen.

Die aktuelle Aufgabenkombination Leitung Stadtentwicklung und Stadtschreiber bzw. Leiter Stadtpräsidium macht somit durchaus Sinn. Nachdem der neue Stadtrat beschlossen hat, noch mehr Gewicht auf das Informationswesen zu legen, und grosse administrative Projekte wie Geschäftskontrolle, Records Management und digitale Archivierung anstehen, stellt sich aber immer mehr die Frage nach den vorhandenen Kapazitäten – insbesondere wenn im Bereich Stadtentwicklung neue, zusätzliche Aufgaben erfüllt werden sollen. Ebenso ist festzustellen, dass vernetztes Denken innerhalb der Stadtverwaltung sehr wohl stattfindet und Bereitschaft zur nutzbringenden Zusammenarbeit vorhanden ist, dass es aber in der Praxis ein aufwändiges Abholen der zahlreichen Knowhow-Träger innerhalb der Verwaltung braucht, welche in ihrem Tagesgeschäft „gefangen“ sind.

Gerade aus Kapazitäts- und Praktikabilitätsgründen wurde auch die im Juni 2008 geäusserte Absicht zur Schaffung einer Koordinationsgruppe Stadtentwicklung, bestehend aus Stadtpräsident/in, Leitung Stadtentwicklung, Präsident/in Kommission für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderer/in Region OGG, Präsident/in Region Olten Tourismus und Präsident/in Gewerbe Olten, fallen gelassen und durch bilaterale Absprachen zwischen Stadtpräsidium und den genannten Stellen ersetzt.

Nach Ansicht des Stadtrates ist auf Grund der Erfahrungen nun eine Aufstockung der vorhandenen Kapazitäten erforderlich. Diese ist in einer neu zu schaffenden Stelle besser angesiedelt, als wenn die gegenwärtige Aufgabenkombination beibehalten und – etwa durch die Schaffung einer Abteilungsleitung im Kulturbereich – entlastet würde, was nur in einem geringen, nicht genügenden Umfang erreicht werden könnte. Es macht indessen Sinn, dass der Stadtschreiber seinen Überblick über die laufenden Geschäfte, seine Zusatzausbildung (Nachdiplom in Gemeinde-, Stadt- und Regionalentwicklung) und die Erfahrung der letzten fünf Jahre als Leiter Stadtentwicklung in den „Think Tank“ Stadtentwicklung im Stadtpräsidium einbringen kann.

#### 3.2 Neuorganisation Baudirektion

Mit Beschluss vom 15. März 2010 hat der Stadtrat eine neue Organisation der Baudirektion mit einer klar strukturierten Führung und entsprechenden Zuständigkeiten genehmigt. Damit wurden für alle Mitarbeitenden die operationellen Verantwortlichkeiten und Kompetenzen klar geregelt. Die operative Gesamtverantwortung liegt beim Leiter bzw. bei der Leiterin Baudirektion, dem auch der Sekretariatspool unterstellt ist.

Die Stadtplanung bildet eine Abteilung innerhalb der Baudirektion. Ihre Leitung hat gemäss Pflichtenheft folgende Hauptaufgaben:

- Koordination Planung

- Ortsplanungsrevision
- Richt- und Nutzungsplanung
- Verkehrsplanung
- Gestaltung des öffentlichen Raums
- Entwicklung von städtebaulichen Projekten

Hinzu kommt die Unterstützung der Stadtentwicklung durch Grundlagen zur Strategieentwicklung für städtebauliche, wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte, was eine enge Zusammenarbeit erfordert.

Der Stadtrat kündigte damals an, in einem zweiten Schritt werde es nun darum gehen, die künftige Organisation und Ausrichtung der Stadtentwicklung zu definieren. Das Vorgehen in zwei Phasen sei einerseits aus personellen Gründen erforderlich gewesen, da die durch den Ausfall des bisherigen Leiters Stadtplanung entstandene Lücke angesichts der anstehenden Projekte dringend wieder gefüllt werden musste. Vorausgegangen seien aber fachliche Überlegungen, indem für den Stadtrat eine Verschmelzung von Stadtplanung und Stadtentwicklung nicht zur Diskussion stehe, da letztere einen alle Aktivitäten der öffentlichen Verwaltung umfassenden Auftrag erfülle. In der Praxis lasse sich denn auch feststellen, dass diejenigen Städte, welche bisher einen organisatorischen Bereich Stadtentwicklung aufgebaut hätten, nach wie vor auch über einen Bereich Stadtplanung verfügten. In einzelnen Fällen trage die ursprüngliche Stadtplanung neu den Namen Stadtentwicklung, ohne dass sich die Aufgaben ausgedehnt hätten.<sup>5</sup>

#### 4. Erwägungen

##### 4.1 Vorgehen

Mit der Kommission für Stadtentwicklung wurde an deren Märzsitzung besprochen, die Organisation und Ausrichtung der Stadtentwicklung an einer speziellen Sitzung zu behandeln, sobald bzw. sofern das Postulat Ammann und die GPK-Motion zum Thema Stadtentwicklung überwiesen würden. Nach erfolgter Überweisung am 20. Mai 2010 fand diese Diskussion bereits am 25. Mai 2010 statt. Dabei wurde die Stossrichtung des Stadtrates bezüglich Differenzierung zwischen Stadtplanung/Bau und Stadtentwicklung/Präsidium von der Kommission grossmehrheitlich bestätigt, gleichzeitig aber klar festgehalten, dass die Schnittstellendefinition und der Wille der Amtsträger/innen zur Zusammenarbeit entscheidend seien. Ebenfalls vertrat die Mehrheit die Ansicht, dass es einen Ausbau der Aktivitäten im Bereich Stadtentwicklung brauche und dafür zusätzliche Kapazitäten benötigt würden, die nicht andernorts „abgezwickelt“ werden könnten. Betont wurde ferner, dass eine ausgebaute Stadtentwicklung auch ein Marketingargument für ein Gemeinwesen darstelle.

##### 4.2 „Best Practice“

Als zweites Element wurden verschiedene Ansätze in andern Städten studiert. Hier gilt es allerdings festzuhalten, dass sich diese auf Grund unterschiedlicher Grössenverhältnisse und geschichtlich und personell gewachsener Szenarien nicht leicht vergleichen lassen und dass sich hinter der Etikette „Stadtentwicklung“ oft unterschiedliche Inhalte verbergen.

In der *Stadt Zürich* befasst sich eine Abteilung mit 32 Personen im Präsidialdepartement mit Stadtentwicklung, welche die vier Bereiche Stadt- und Quartierentwicklung, Aussenbeziehungen, Wirtschaftsförderung und Integrationsförderung umfasst. Mit der eigentlichen Stadtplanung befasst sich das Amt für Städtebau im Hochbaudepartement.

---

<sup>5</sup> Vgl. Ziffer 4.2

In *Basel* sind es in der Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung im Präsidialdepartement 15 Personen in den Bereichen Grundlagen und Strategien, Stadtteilentwicklung und Quartierarbeit sowie Stadtwohnen. Die Planung ist eine Dienststelle im Amt für Hochbau und Planung innerhalb des Bau- und Verkehrsdepartements.

Die Abteilung Stadtentwicklung in der Präsidialdirektion der Stadt *Bern* mit 15 Personen umfasst die Bereiche Wohnbauförderung, Statistikdienste, politisches Controlling, Aussenbeziehungen, Stadtentwicklungsprojekte und Publikationen. Die Stadtplanung ist eine separate Abteilung in der Präsidialdirektion.

In der Stadt *Luzern* wurde per 1. Mai 2010 auf Grund neuer Aufgaben (Gesamtplanung und Quartierpolitik) die bisherige Dienstabteilung Stadtplanung in die zwei Dienstabteilungen Stadtentwicklung und Städtebau aufgespalten. Die Stadtentwicklung umfasst die Bereiche Gesamtplanung und Quartierpolitik mit 180 Stellenprozenten und Raumentwicklung mit 285 Stellenprozenten; hinzu kommen 50% Sekretariat. Davon sind 200 Stellenprozente neu. Der Städtebau befasst sich mit räumlichen Gestaltungsfragen, Baubewilligungsverfahren, Planaufgaben, Denkmalpflege und Kulturgüterschutz.

Die Stadtentwicklung *Winterthur* ist ein Bereich im Stadtpräsidium mit den Abteilungen Stadtentwicklung, Quartierentwicklung und Integration. Die Planung ist im Amt für Städtebau des Departements Bau angesiedelt.

In *Burgdorf* befasst sich die Stadtentwicklung als Abteilung der Baudirektion mit 4 Personen sowohl mit Stadtentwicklungs- als auch mit Stadtplanungsfragen. Als Aufgaben werden genannt: Stadtentwicklungsprojekte (Städtebau, Verkehr, Umwelt), Stadtplanung (Masterpläne, Richtpläne, Baurechtliche Grundordnung, Sondernutzungspläne), Verkehrsplanung, nachhaltige Stadtentwicklung, Pflege des Energiestadtlabels, Quartierentwicklung, Langsamverkehrsprojekte, Mobilitätsmanagement, Kartenwerke und geografisches Informationssystem.

In *Aarau* stellt die Stadtentwicklung mit insgesamt acht Personen eine Stabsstelle des Stadtbauamtes dar, die sich – mit Ausnahme der angegliederten Wirtschaftsfachstelle – fast ausschliesslich mit Planungsfragen beschäftigt und nur Architekt(inn)en und Planer(inn)en beschäftigt; eine separate Stadtplanung besteht nicht.

In *Biel* befasst sich innerhalb des Präsidiialstabes das Stadtmarketing mit Wirtschaftsförderung, Wohnstandortförderung und Innenstadtattraktivierung. Daneben gibt es eine der Baudirektion unterstellte Stadtplanung.

In *Zug* befasst sich die mit einer Person dotierte, dem Präsidialdepartement unterstellte Abteilung Stadtentwicklung und Stadtmarketing mit folgenden Aufgaben: Grundlagenarbeit zur Strategieentwicklung, Dialog und die Zusammenarbeit mit Nachbarschaften, Interessengruppen und Zweckverbänden, Entwicklung und Umsetzung von privaten und öffentlichen Projekten der Ortsauwertung, Standortförderung und Imagepflege, Bevölkerungsumfragen, Gesprächsplattformen und Fachveranstaltungen zu aktuellen Themenkreisen der Stadtentwicklung, Fachdiskussion mit Referaten, Tagungen, Ausstellungen, Informationsaustausch mit den Kantonalen Förder- und Vernetzungsstellen, Koordinationsarbeit mit anderen Städten und Regionen (Metropolitankonferenz) sowie Stadtmarketing und Imagepflege.

In vielen andern Städten – so etwa St. Gallen, Wil, Liestal, Thun, Rheinfelden oder Dübendorf – werden Strategien zur sogenannten Stadtentwicklung ausgearbeitet und entsprechende Projekte durchgeführt unter Führung der Bau- bzw. Planungsverantwortlichen oder existiert die Stadtentwicklung als virtuelles Team ohne namentlich genannte personelle

Besetzung. Dabei ist mehrheitlich ein Schwergewicht bei planerischen Aufgaben, Strategien und Projekten festzustellen.

#### 4.3 Vorgeschlagenes Szenario

##### 4.3.1 Differenzierung Stadtentwicklung/Stadtplanung

In der Analyse, welche der Neuorganisation der Baudirektion und damit auch der Stadtplanung zu Grunde lag, hat sich der Stadtrat für eine Differenzierung zwischen der Stadtplanung als Abteilung der Baudirektion und der direktionsübergreifenden Stadtentwicklung mit einem umfassend(er)en Auftrag entschieden: Während es bei der Stadtplanung um die Sicherstellung der Urbanität und der städtebaulichen Qualität durch schrittweise Anpassung der Richt-, Nutzungs- und Verkehrsplanung an die sich ändernden Bedürfnisse von Bevölkerung und Wirtschaft und an die gesetzlichen Bestimmungen sowie um raumplanerische Dienstleistungen geht, ist die Stadtentwicklung verantwortlich dafür, dass die Entwicklungsstrategien, -aufgaben und -massnahmen auf allen Ebenen direkt verknüpft und somit Grossprojekte schon in der ersten Planungsphase interdisziplinär abgestützt werden.

Auch die Betrachtung der Ansätze in andern Städten legt eine solche Differenzierung nahe, damit neben (raum)planerischen vermehrt auch andere Fragestellungen gebührend berücksichtigt werden. Zu definieren sind dabei die Schnittstellen und die Zusammenarbeit zwischen Stadtentwicklung und Stadtplanung, aber auch zwischen Stadtentwicklung und den Verwaltungsleitern als Knowhow-Trägern in den einzelnen Direktionen.

##### 4.3.2 Das Profil der Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklung hat demnach als Kompetenzzentrum an der Schnittstelle zwischen Politik, Wirtschaft, Bevölkerung und Verwaltung den Auftrag, Handlungsfelder in allen Lebensbereichen frühzeitig zu erkennen und daraus Grundlagen und Strategien, Massnahmen und Projekte für eine ganzheitliche Entwicklung des Gemeinwesens zu erarbeiten.<sup>6</sup>

Konkret hat sie folgende Hauptaufgaben bzw. Verantwortlichkeiten<sup>7</sup>:

- **Grundlagenarbeit und Vorbereitung von Strategien:**  
Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für die Behörden (Statistische Erhebungen, Datenanalyse und -pflege via GIS, Bedarfserhebungen, Umfragen etc.) und daraus folgenden Strategien.
- **Koordination:**  
Querschnittsfunktion auf Verwaltungsebene mit ganzheitlicher, interdisziplinärer Denk- und Handlungsweise, Vernetzung mit externen Akteuren.
- **Projektleitungen:**  
Durchführung von (Initial-)Projekten in den ihr zugeordneten Bereichen.
- **Kommunikation:**  
Informations- und Partizipationsarbeit, Controlling und Reporting, Erstellen von Publikationen.

Der Leiter oder die Leiterin der Stadtentwicklung muss ein abgeschlossenes Hochschul- oder Fachhochschulstudium, z.B. in den Bereichen Raumplanung, Ökonomie, Ökologie, Soziologie oder Verwandtes aufweisen sowie ein Nachdiplomstudium Stadtentwicklung oder entsprechende Praxiserfahrung. Fähigkeiten und Erfahrung sind erforderlich in Projektleitung

<sup>6</sup> Vgl. Beilage 5: Kernsätze der Stadtentwicklung Olten

<sup>7</sup> Vgl. Beilage 6: Stellenprofil Leiter/in Stadtentwicklung

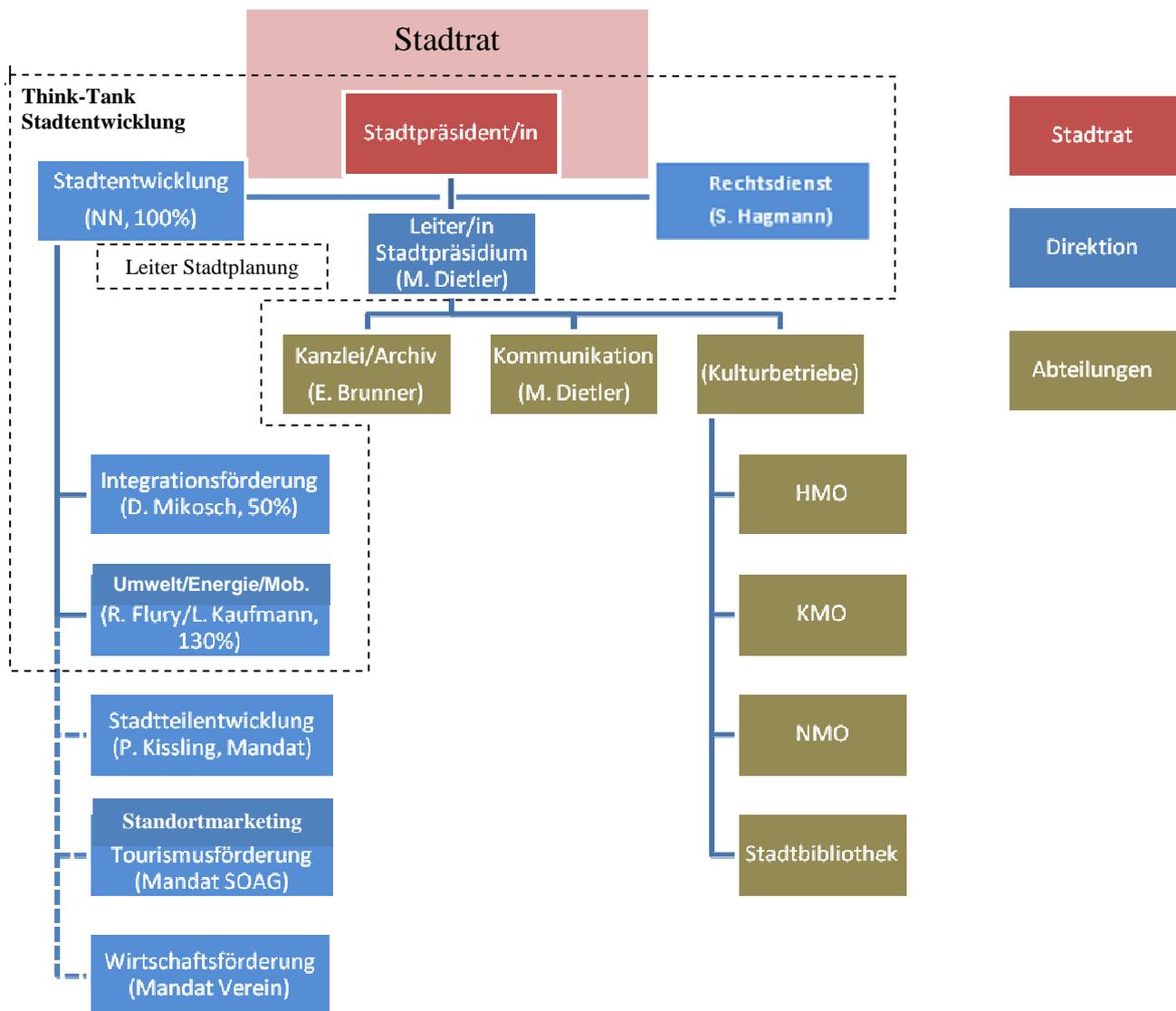
und -organisation, in interdisziplinärer Arbeit, im Umgang mit politischen Behörden, in gutem sprachlichem Ausdrucksvermögen und in Öffentlichkeitsarbeit. Zu den erforderlichen Eigenschaften gehören ferner Flexibilität, Führungserfahrung, Teamorientierung und der ausgeprägte Wille zur Kooperation.

#### 4.3.3 Organisation

Die Stadtentwicklung wird als Stabsabteilung der Direktion Stadtpräsidium angegliedert, direkt unterstellt dem Stadtpräsidenten bzw. der Stadtpräsidentin. Sie umfasst die Bereiche Stadt- und Quartierentwicklung, Integrationsförderung und Umwelt/Energie/Mobilität sowie die Schnittstelle zur Wirtschaftsförderung und zum Stadtmarketing. Die entsprechenden internen Stelleninhabenden bilden zusammen mit den Verantwortlichen des Stadtpräsidiums und dem Leiter Stadtplanung einen Think-Tank Stadtentwicklung im Stadtpräsidium.

Die Koordination mit den Verwaltungsleitern der Direktionen findet – neben bilateralen Kontakten in spezifischen Fragen – für direktionsübergreifende Themen über die Konferenz der Verwaltungsleiter und der Querschnittsdienstleister (Direktionskonferenz) statt.

Auf der Basis der Inputs des bzw. der Stelleninhabenden plant auch der Stadtrat sich vermehrt und regelmässig mit Themen der Stadtentwicklung zu beschäftigen.



#### 4.3.4 Kommission für Stadtentwicklung

In der Vorbereitung der Vorlage vom Juni 2008 sah sich die Kommission für Stadtentwicklung selber als Sparring-Partner für die übrigen Organe der Stadtentwicklung. Neben den üblichen Sitzungen, bei denen in ihrer Zuständigkeit liegende Geschäfte behandelt und Informationen zu laufenden Projekten vermittelt werden sollen, waren auch monothematische Workshops vorgesehen, an denen grundsätzliche Fragestellungen diskutiert werden sollten. Solche haben denn auch in den letzten Jahren zu den Themen „Olten 2020“, Chance Olten Ost und Ausrichtung der Stadtentwicklung allgemein stattgefunden.

Auch in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung sieht sich die Kommission auf Grund der Diskussion vom 25. Mai 2010 vor allem als Resonanz- und Feedbackorgan für strategische Entscheide, die in der Verwaltung und im Stadtrat vorbereitet werden, und weniger als Impulsgeberin.

## 5. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

### 5.1 Finanzielle Auswirkungen

Die Einstufung mit dem System Abakaba gemäss dem beiliegenden Anforderungsprofil ergab eine Einreihung der Stelle des Leiters bzw. der Leiterin Stadtentwicklung in Lohnklasse 29 mit einem Jahreslohn zwischen CHF 114'395 und 171'592 (2010). Hinzu kommen Sozialbeiträge in der Höhe von zusätzlichen 20 Prozent. Die erforderlichen Kosten für die Einrichtung des Arbeitsplatzes in der Höhe von CHF 5000 (Büroeinrichtung) und CHF 4000 (Informatikausrüstung) werden ins Budget 2011 eingegeben.

### 5.2 Mittelrückfluss

Die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten im Bereich Stadtentwicklung soll vermehrt eine vorausschauende Planung, ein Agieren anstelle eines Reagierens ermöglichen. Die positiven Auswirkungen dieser Planung sind monetär schwierig zu beziffern, dürften aber im Wesentlichen darin bestehen, dass auf Grund intensiverer Abklärungen und Analysen sowie vorausschauender langfristiger(er) Strategien vermehrt bewusst gehandelt werden kann und weniger Gelegenheiten und Chancen eher zufällig wahrgenommen oder im schlimmsten Falle verpasst werden. Dies dürfte zu einer verbesserten politischen Akzeptanz von gewählten Strategien führen und auch ein Instrument des Standortmarketings darstellen.

Eine zeitlich zusammenfallende Kompensation der erforderlichen Stellenprozente bietet sich nicht an; der Stadtrat ist zudem der Ansicht, dass es bei der neuen Stelle um die erforderliche Bewältigung neuer, zusätzlicher Aufgaben geht, die nicht von einer Kompensation abhängig gemacht werden kann und soll.

## 6. Realisierung

Im Falle eines positiven Entscheides des Gemeindepardaments soll die Leitung der Stadtentwicklung öffentlich ausgeschrieben und im ersten Quartal 2011 besetzt werden. Die entsprechenden Kosten sind in die Finanzplanung und in den Voranschlag 2011 aufgenommen worden. Die Richtlinie zur Stadtentwicklung wird vom Stadtrat entsprechend angepasst<sup>8</sup>, die im April 2010 teilrevidierte Richtlinie für das strategische Vorgehen beim Verkauf und Kauf von Liegenschaft und Grundstücken<sup>9</sup> wird in der neuen Form beibehalten.

## 7. Stellungnahmen

### 7.1 Kommission für Stadtentwicklung

Die Kommission für Stadtentwicklung begrüsst an ihrer Sitzung vom 1. Juli 2010 die Stossrichtung der Vorlage, welche die personellen Kapazitäten der Stadtentwicklung ausbauen will. Diskussionspunkte mit teilweise unterschiedlichen Ansichten stellten die Unterstellung, der Umfang des Think Tanks (Einbezug der Planung) und die Frage der Kompensation der neuen Stellenprozente dar.

### 7.2 Querschnittsdienstleister

Die Querschnittsdienstleister haben keine Ergänzungen zur Vorlage.

---

<sup>8</sup> Vgl. Beilage 7: Richtlinie zur Stadtentwicklung/Entwurf

<sup>9</sup> Vgl. Beilage 8: Richtlinie für das strategische Vorgehen beim Verkauf und Kauf von Liegenschaft und Grundstücken

### Beschlussesantrag:

1. Von der Neuorganisation des Bereichs Stadtentwicklung als Stabsabteilung der Direktion Stadtpräsidium wird Kenntnis genommen.
2. Der Schaffung einer Stelle Leiter/in Stadtentwicklung (100%) in LK 29 frühestens per 1. Januar 2011 wird zugestimmt.
3. Die Motion Markus Ammann/Marion Bachmann (SP) betreffend Erarbeitung von Grundlagen zur Stadtentwicklung wird als erfüllt abgeschrieben.
4. Die Motion GPK „Für eine klar strukturierte Stadtentwicklung in Olten“ wird als erfüllt abgeschrieben.
5. Das Postulat Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. Überprüfung und Neuorganisation der Verwaltung in den Bereichen Stadtplanung, Stadtentwicklung und Bau wird als erfüllt abgeschrieben.
6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

**Lukas Derendinger:** Die GPK hat das Geschäft eingehend geprüft und die Zusammenstellung, insbesondere auch von der Vorgeschichte, als wertvolle Grundlage verdankt. Grundsätzlich erachtet die GPK die Stellenschaffung als sinn- und wertvoll und begrüsst sie. Unter anderem ist auch die Quartierentwicklung als zukünftige Tätigkeit des Stadtentwicklers erwähnt worden. Es hat aber auch von vereinzelter Seite Kritikpunkte gegeben. Der erste betrifft die Unterstellung des Stadtplaners innerhalb der Verwaltung. Dort wurde als Änderungsvorschlag angeregt, ihn beim Stadtschreiber zu unterstellen, um gewisse kürzere Abläufe zu garantieren und ihn nicht quasi als eigene Stabstelle zu lassen. Ein weiterer Kritikpunkt war die eher allgemein gehaltene Zielsetzung des zukünftigen Stadtplaners und es wurde eine Anpassung in Richtung quantifizierbare Ziele angeregt. Grossmehrheitlich kritisiert wurde von der GPK die Haltung der Stadtentwicklungskommission. Insbesondere wurde nicht verstanden, weshalb sich die Kommission nur als Resonanzorgan sieht und sich nicht mit eigenen Ideen in diesem Think-Tank einbringen möchte. Aus Sicht der GPK müsste das Parlament seine Erwartungen an die Kommission eventuell klar formulieren, eben zum Beispiel das Thema Mitarbeit in diesem Think-Tank Stadtentwicklung. Nach einstimmigem Entscheid für Eintreten wurde dann zusätzlich beschlossen, die Lohnklasse aus den Anträgen zu streichen. Ihr habt den neuen Antrag vorliegend. Nach einem letzten Kritikpunkt bezüglich fehlender Kompensation wurde dann entsprechend mit 6 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen worden, den angepassten Beschlussesanträgen zuzustimmen.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Die Stadt Olten soll sich – das ist vorher auch in gewissen Voten etwas herausgekommen – klar in den nächsten Jahren entwickeln, vorwärts bringen, positionieren und im Wettbewerb mit den anderen „Playern“ in einem recht harten Standortwettbewerb behaupten.

Die Standortattraktivität oder Wirtschaftsattraktivität unserer Stadt ist unbestritten. Selbstverständlich steht auch mir die Weltwoche zur Verfügung. Ich kann Ihnen sagen, dass sich der Stadtrat auch mit einer anderen Analyse eines anerkannten Instituts, das ganz neu ist, befassen wird. Beide stimmen überein. Wie gesagt: Die Standortattraktivität oder Wirtschaftsattraktivität unserer Stadt ist unbestritten. Das zeigen eben die Ratings, auch dasjenige der Weltwoche. Wir stehen wir an fast vorderster Front wenn es darum geht, die Zentralität und Rahmenbedingungen innerhalb dieser Zentralität, die vorliegen, also die Qualität von Rahmenbedingungen, verkaufen zu können. Was eben fehlt, ist die Performance: Niveau, Dynamik, Leistungen, Realisierungen, das Auftreten nach aussen. Hier sind wir verbesserungsfähig.

Wir wollen uns verbessern. Sie hier im Saal, aber auch unsere Bevölkerung und die Wirtschaft. Dieses „Vorwärts“, nicht nur auf dem Gebiet „Bau“, sondern in allen Bereichen, in der unsere Gesellschaft sich in den letzten Jahren rasant entwickelt, verändert hat und in sehr hohem Tempo immer noch tut. Man muss mitgehen können in diesem Zyklus. Wer still steht, macht einen Rückschritt. Das ist eine alte Binsenwahrheit.

Die Aktivitäten der Stadtentwicklung innerhalb der gesamten Verwaltung müssen gebündelt, konzentriert und vor allem aber auch mit den nötigen personellen Ressourcen ausgestattet werden. Der Stadtrat war hier auch schon anderer Meinung. Das kann in Beantwortungen von Vorstössen nachgelesen werden.

Es geht darum, meine Damen und Herren, dass die Stadt Olten für eine solche Entwicklung auch die Organisation hat und die nötigen Ressourcen zur Verfügung stehen, so wie das nicht nur aus dem Gemeindeparlament, sondern auch von ausserhalb respektive Aussenstehenden gefordert bzw. für absolut notwendig gehalten wird. Eben: Olten wird seit Jahren immer wieder beurteilt, nicht nur von Medienerzeugnissen, sondern auch von anerkannten Instituten. Gott sei Dank. Man ist auf unsere Stadt aufmerksam geworden. Das ist erfreulich und gut so!

Der Stadtrat schlägt die Schaffung einer eigentlichen Stabsstelle vor, die zusammen mit den beiden bereits bestehenden Stellen Integration und Umwelt/Energie/Mobilität – die beiden Damen machen im Übrigen eine ausgezeichnete Arbeit – ein eigentliches Kompetenzzentrum entstehen lassen. Ich möchte dies nicht zu hoch aufhängen. Aber diese Abteilung hat dann die nötige Kompetenz. Dafür muss auch der Stadtrat sorgen.

In der Ausgangslage haben wir versucht, gemäss Bericht und Antrag das bisher Geschehene zusammen zu fassen, seit der Schaffung einer Art Struktur im Jahre 2001. Ein wichtiger Abschnitt begann im Jahre 2005. Nach gemachten Erfahrungen, aber auch nach Betrachtung anderer Organisationsformen in anderen Städten entstanden Aussagen zu Stadtrat – politische Strategie und Ziele; Koordination, Stadtschreiber Markus Dietler, und Kommission für Stadtentwicklung, die seinerzeit in der Revision der Gemeindeordnung unserer Stadt durch die Zusammenlegung von vier Kommissionen, Planung, Verkehr, Wirtschaft und Umwelt entstanden war.

Es hat nicht schlecht funktioniert, und es wurde nicht überhaupt nichts gemacht. Das sieht man sehr deutlich aus der Bilanz der letzten neun Jahre. Das ersehen Sie aus dem Bericht und Antrag, Ziffer 1.2., und die Aufzählung ist nicht fertig. Es tönt jetzt etwas sehr egoistisch. Aber wir haben auch noch Aussenbeziehungen zu pflegen. Hier liegen wir nicht so sehr schlecht in der Landschaft. Die aussenministerliche Tätigkeit, die zu meiner Direktion gehört, zu erarbeiten, zu führen und zu pflegen, mit Bund, Kanton und OGG, Aareland, umfasst sehr viele Sachen und zeigt Wirkung, nicht zuletzt auch finanzieller Art, aber auch in Form von Projekten. Ich muss klar sagen: Bei allem, was hier unter Punkt 1.2. geschrieben ist, aber auch, was ich am Schluss erwähnt habe, sind Erfolge zu verzeichnen, die ein ganz grosser Verdienst unseres Stadtschreibers Markus Dietler sind.

In der Arbeit zeigt sich dann aber Folgendes: Mit den vorhandenen Kapazitäten kann man nicht noch zusätzliche Sachen machen. Das funktioniert in diesem Sinn nicht. Man kann zum Beispiel kein Controlling und die Prioritätensetzungen nicht so machen, wie man eigentlich möchte. Das heisst, man muss Prioritätensetzungen machen. Dann passieren vielleicht Dinge, die man auch an die Hand nehmen sollte, eben nicht. Die Kommission für Stadtentwicklung hat ihre Position im Jahres 2006 definiert. Ich darf hier sagen, ohne in die Hoheit dieser Kommission eingreifen zu wollen, dass sie diese sicher noch nicht zu ihrer Zufriedenheit gefunden hat. Die direktionsübergreifende Zusammenarbeit konnte klar verbessert werden. Man hat ganz klar die Wichtigkeit von Projekten für die Entwicklung dieser Stadt, nicht nur der reine Alltagsgeschäftsbürokratieaufwand erkannt.

Diverse parlamentarische Vorstösse haben den Stadtrat und das Parlament in den letzten Jahren zum Thema Stadtentwicklung, insbesondere auch im organisatorischen Bereich beschäftigt. Diese Vorstösse waren auch auslösende Momente zum vorliegenden Bericht und Antrag. Sie ersehen dies unter den Ziffern 2.1 bis 2.3. Es gab aber auch Entwicklungen, nicht rückwärts, sondern vorwärts, innerhalb der Verwaltung/Direktionskonferenz – das vernetzte Denken hat ein gutes Niveau erreicht – aber es hat auch neue, absolut notwendige, zeitgemässe Aufgaben gegeben. Das sind wieder nicht nur unbedingt Attraktivierungsaufgaben. Eine Geschäftskontrolle oder ein digitales Archivierungssystem sind gesetzliche Vorgaben, die mit äusserst viel Arbeit verbunden sind. Und da stossen wir an Kapazitätsgrenzen. Die Baudirektion wurde neu organisiert. Das Parlament hat die Details hier diskutiert und kommentiert.

Um Ihnen eine gute, vollständige Vorlage präsentieren zu können, haben wir auch gedacht und ermittelt, wie denn die Stadtentwicklung in anderen Städten ähnlicher Provenienz organisiert ist und ob sie funktioniert. Unter dem Titel: „Best Practice“ - deutsch gesagt: Was machen die anderen? – ist dies auch im Bericht und Antrag abgebildet.

Im vorgeschlagenen Szenario zeigen wir auch klar eine Differenzierung zwischen der Stadtplanung als Abteilung der Baudirektion und der direktionsübergreifenden und somit mit umfassenderem Auftrag ausgestatteten Stadtentwicklung auf. Die beiden Positionen sind aufgabenmässig beschrieben. Differenzierung heisst aber nicht unabhängig, ohne Berührung und Zusammenarbeit, im Gegenteil, gerade auch diese beiden Positionen müssen eigentlich Vorbild sein, in einer Zusammenarbeit, im vernetzten Denken.

Auf Seite 8 sind die Hauptaufgaben und Verantwortlichkeiten der neu zu schaffenden Stelle formuliert. Sie ersehen aus dem Punkt 4.3.3. auch das Organigramm und die Unterstellung.

Dieser Punkt hat in der GPK, aber auch – so meine Wahrnehmung – in gewissen Fraktionen zu reden gegeben. Die Organisation ist in der Kompetenz des Stadtrates. Aber er wird natürlich, je nachdem, was heute noch gesagt wird und was wir schon gehört haben, das Ganze noch einmal anschauen und wird nach der Zustimmung des Parlaments zur Schaffung der Stelle seine Schlüsse daraus ziehen, das Ganze analysieren und eben richtig organisieren.

Nicht im sogenannten Think-Tank integriert, wenigstens gemäss Organigramm nicht dargestellt, ist die Kommission für Stadtentwicklung. Unter Punkt 4.3.4. hat sich die Kommission zu ihrer Positionierung geäussert. Wir haben es genauso übernommen, wie es die Kommission auch gesagt hat.

Meine Damen und Herren, wenn Sie der Schaffung dieser Stelle zustimmen, weiss der Stadtrat sehr genau, dass die Art der Besetzung dieser Stelle, personell gemeint, das Pflichtenheft, die Zielvorstellungen und die Zielsetzungen an eine Inhaberin oder einen Inhaber dieser Stelle von eminenter Bedeutung und Wichtigkeit sein werden. Er ist sich dieser Aufgabe sehr bewusst und wird sie mit grosser Sorgfalt angehen, auch mit externer Unterstützung.

Ich darf Sie im Namen des Stadtrates um Eintreten auf dieses Geschäft bitten und anschliessend um Zustimmung zu den Beschlussesanträgen gemäss gelbem Blatt der GPK.

**Nadja Fleischli, FdP-Fraktion:** Ein ganz wichtiger Punkt im Chance Management ist eben die Nachvollziehbarkeit der Umstrukturierung. In diesem Dokument ist es schön ausgearbeitet, so dass es wirklich auch nachvollziehbar ist. Für die FdP-Fraktion ist es natürlich eine neue Stelle, und das hat auch zum Thema Kompensation geführt. Aber in diesem Fall hat jetzt die FdP-Fraktion wirklich den Sinn und Zweck bzw. die Wichtigkeit dieser Stelle gesehen. Auf diese Gründe möchte ich kurz eingehen. Es ist die Wichtigkeit des Themas Stadtentwicklung und dessen Bedeutung und dass sie noch mehr Professionalisierung erfährt und auch erfordert. Gerade bei den anstehenden Projekten ist dies besonders wichtig. Im Gegenzug liegt aber ebenfalls erkennbares Entwicklungspotenzial nicht einfach brach, sondern kann eben erkannt und wahrgenommen werden. Controlling und regelmässige Datenerhebung gehören für mich in eine umfassende und ganzheitliche Führung von Projekten. Die FdP-Fraktion sieht die Chance dieser Umstrukturierung und begrüsst sie. Das Organigramm hat aber auch zur Diskussion inspiriert. Aber letztlich sind auch wir zum Schluss gekommen, dass das Organigramm, Stellenprofil und die Ziele als solche allein den Erfolg und die Wirkung dieser Stelle noch nicht ausmachen. Es ist zwar schön und vielversprechend, aber halt bis jetzt eben nur Papier. Hier ist es ganz besonders wichtig, dass auch ein Umfeld geschaffen wird, das die erwünschten Ziele und Wirkungen begünstigt. Entsprechend sind Rollen zu klären und zu definieren und Erwartungen auch ganz zu formulieren. Eine ist bei uns auch ganz klar definiert worden und zwar, dass ein Engagement der Stadtentwicklungskommission gerade im Think-Tank erwartet wird, dort ein stärkeres Engagement auch zum Tragen kommt und die Chancen, die sich aus der Umstrukturierung ergeben, wirklich genutzt werden können. Weiter sind aber die Prozesse und Zusammenarbeit als solche einerseits sicher zu definieren, aber andererseits auch zu leben. Diese müssen begleitet und geführt werden, was einfach Führungsarbeit und Führungsverantwortung, die wahr genommen und gelebt wird, erfordert. Es ist noch nicht mit der Zieldefinition als solche gemacht, aber es ist ein guter Anfang. Die FdP-Fraktion wird dem Bericht und Antrag zustimmen.

**Myriam Frey Schär:** Wir Grüne sind über die Neuorganisation der Stadtentwicklung und der Schaffung einer entsprechenden Stelle sehr erfreut und werden entsprechend dem Beschlussesantrag folgen. Der Weg von der Idee zur Tat ist nicht immer ein einfacher und meistens leider auch nicht ein gerader. Es kommt vor, dass aus grossen Konzepten dann doch nichts wird, und gelegentlich werden Beschlüsse gefasst, die bei genauerem Hinsehen in einem Gesamtzusammenhang nicht wirklich sehr viel Sinn machen. Das ist in Olten nicht anders, und diese Situation kann man auch hier verbessern. Der Weg von der Idee zur Tat führt in einer Stadt idealerweise über drei Stationen, die wir kennen. Zuerst in der Hierarchie ist das Leitbild. Ein solches haben wir ja vor zwei Jahren in Olten mit viel berechtigtem Applaus der Bevölkerung vorstellen können. Zuerst befindet sich die operative Ebene, wo es dann passieren sollte. In der Mitte, wo die Ideen in eine umsetzbare Form kanalisiert werden sollten, ist die strategische Ebene, das politische Programm, wo die spezifischen Ziele und Massnahmen definiert, terminiert und die Prioritäten festgelegt werden. Dort in der Mitte klemmt es jeweils etwas. Wir sind der Meinung, dass ein Stadtentwickler oder eine Stadtentwicklerin, gerade auch zusammen mit dem neuen Leiter der Stadtplanung bündeln kann, was hier manchmal etwas ausgefranst ist, weil sie idealerweise die Übersicht haben. Wer die Übersicht hat, kann mit Umsicht und Bedacht Wege vorschlagen und einschlagen, die nicht in einer Sackgasse enden oder – wir haben es alle schon erlebt – an einer Betonwand. Dort beantwortet sich übrigens auch die Frage nach den Ressourcen schon selber. Eine professionelle Stadtentwicklung ist effizient, sie verhindert Leerlauf und bewahrt den Soverän vor der Verschleuderung von Steuergeldern. Mit der Reorganisation der Stadtentwicklung und der Bewilligung der neuen Stelle geben wir nämlich nicht in erster Linie Geld aus, sondern sparen im Idealfall sehr viel. Es steht eine

historische Zahl von baulichen Grossprojekten ins Haus. Wir möchten fusionieren, wollen ein starkes Regionalzentrum sein und würden uns freuen, wenn hier jemand vollamtlich ans Werk gehen dürfte.

**Simon Haller:** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat im Grossen und Ganzen einen guten Eindruck vom Bericht und Antrag und ist der Meinung, dass mit der Schaffung dieser Stelle Stadtentwicklung ein altes Defizit in unserer Stadt endlich angepackt wird. Auf die Schwächen und Versäumnisse in dieser Thematik möchte ich an dieser Stelle nicht mehr weiter eingehen. Ich denke, wir haben dies andernorts hinreichend gemacht. Ein grosser Teil der Kritik hat ja erfreulicherweise auch Aufnahme in den Bericht und Antrag des Stadtrates gefunden. Unserer Fraktion gefällt es, dass die Stelle der Stadtentwicklung direkt dem Stadtpräsidium unterstellt wird und nicht zusätzliche Hierarchien geschaffen werden. Wir denken, dass man damit der gefragten Interdisziplinarität am besten gerecht wird. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen bilden dabei das Fundament für zukünftige Bauten und andere Massnahmen zur Entwicklung unserer Stadt. Auf den zukünftigen Stadtentwickler oder die zukünftige Stadtentwicklerin wartet sehr viel Arbeit. In einer ersten Phase erwarten wir, dass bislang fehlende Daten und Grundlagen erarbeitet, beschafft und vor allem auch verarbeitet werden. Wir möchten an dieser Stelle davor warnen, das Thema Stadtentwicklung von Anfang 2011 an einer Stelle im Stadthaus zu delegieren. Unsere Stadt wird gerade auch ausserhalb des Stadthauses weiter entwickelt und im Kleinen voran getrieben. Verschiedene Vorstösse, die wir heute noch behandeln werden, zeugen gerade auch davon. Wie andere Fraktion finden auch wir die Rolle und vor allem die Passivrolle der Kommission für Stadtentwicklung unbefriedigend. Dort erwarten wir ein aktiveres Mitreden und Eingreifen und eine rasche Rollenklärung dieser Kommission. Unsere Fraktion wird einstimmig dem GPK-Antrag folgen.

**Marcel Buck:** Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass der im Bericht und Antrag beschriebene Weg zu einer professionellen Stadtentwicklung richtig und wichtig ist. Durch eine ausgewiesene Fachperson als Leiter Stadtentwicklung muss gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig Chancen, aber auch Risiken der zukünftigen Entwicklung Olten erkannt und nötigenfalls verhindert werden können. Sorgen machen wir uns einzig über die Unabhängigkeit des zukünftigen Stadtentwicklers und auch darüber, eine solche Person innert nützlicher Frist zu finden. Es stellt zudem eine grosse Herausforderung dar, jemandem Olten zu erklären, wie Ihr sicher ebenfalls alle bestens wisst. Da sich die Stadtentwicklungskommission, wie im Bericht und Antrag auch bestens beschrieben, weiterhin als eher musikalischen Resonanzbogen oder Feedback-Organ, für wen auch immer, beschränken will und so versucht, ihre Existenzberechtigung zu begründen, sind wir der Meinung, dass als kleine Kompensation zu Gunsten einer künftigen professionellen Stadtentwicklung laut über die Auflösung der Stadtentwicklungskommission diskutiert werden sollte. Mit den erwähnten Bedenken ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass der Neuorganisation das Vertrauen ausgesprochen werden soll, und wird den Beschlussesanträgen, so wie sie die GPK formuliert hat, einstimmig zustimmen.

**Daniel Schneider, SP-Fraktion:** Vielen Dank an den Stadtrat für das umfassende Papier zur Neuorganisation der Stadtentwicklung, notabene ein uraltes Anliegen der SP. Das sieht man auch in den diversen Beilagen. Man darf eigentlich ohne Groll ganz nüchtern sagen, dass die Stadtentwicklung aus ganz verschiedenen Gründen nie aus den Kinderschuhen gekommen ist, aber doch immerhin seit zehn Jahren. Ein wesentlicher ist aber, dass der Stadtrat lange die Notwendigkeit der pragmatischen Aufarbeitung der Grundlagen nicht erkannt hat. Das ist ab und zu bei Budgetdiskussionen oder bei den Fantasien zu etwelchen Gewinnen auch immer wieder ein Thema geworden, dass man doch dort handeln müsste. Man darf ohne weiteres zuerst einmal einen Dank an Markus Dietler aussprechen. Erstens, dass er trotz intensiver Stadtschreiberarbeit eine Weiterbildung auf sich genommen hat, die sehr anspruchsvoll ist. Zweitens, dass er bei der Umsetzung der Mitwirkungsprozesse, namentlich 2020 und bei der Entstehung der Stadtentwicklung, eine grosse anschiebende

Rolle gespielt hat, fast etwas stadtpräsidial. Jetzt kommt das grosse Aber. Es kann nicht sein, dass der Stadtschreiber zum Stadtentwickler in Personalunion mutiert. Dazu steht er einfach zu nahe beim Stadtrat, der ja primär politisch agiert. Das muss man etwas trennen, was ich sehr wichtig finde. Es stellt sich für mich die ganz einfache Frage: Wie schafft der Mann dies? Auch wenn ich weiss, dass Markus Dietler ungemeiner Schnelldenker und sehr aktiv ist, darf man bezüglich der gesundheitlichen Auswirkung durchaus auch ein paar Gedanken verlieren. Gerade deshalb ist es eben wichtig, dass eine solche Stelle von einer Person mit rein fachlichem Hintergrund zu 100 % besetzt werden kann, so wie es der Antrag auch vorschlägt. Zu dieser Stelle gehört die Koordination der verschiedenen Ansprechpartner in der Verwaltung, Wirtschaft und Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt und auch der Region. In diesem Sinne stellt sich für uns die Frage, ob die Funktion des Stadtschreibers, der in diesem Papier so als Koordinator definiert wird, und des Stadtentwicklers nicht klarer getrennt sein muss. Der Stadtschreiber hat nämlich selber wirklich noch ungemein viele andere Koordinationsaufgaben in der Stadtverwaltung zu erfüllen. Dass der Stadtrat die Stadtplanung und die Stadtentwicklung nicht verschmelzen will, macht wirklich Sinn. Es sind definitiv zwei verschiedene Aufgaben. Währenddem der Eine eben entwickelt, wie der Name schon sagt, ist der Andere dann eher für die Umsetzung besorgt, was sich vielleicht in der „Bauerei“ oder in neuen Strukturen in einer Schule etc. etc. niederschlägt. Hier sind wir klar der Meinung, dass dies sehr gut ist. Noch eine Klammerbemerkung: Etwas bedauerlich ist, dass zum x-ten-Mal die Sondersituation mit dem ausgefallenen ehemaligen Leiter der Stadtplanung erwähnt wird. Ich glaube, das müssen wir langsam abhaken. Das ist eine Hypothek, die wir aufarbeiten müssen. Aber wir wollen primär vorwärts schauen. In diesem Antrag reden wir eigentlich über drei Positionen: Die Stelle des Leiters Stadtentwicklung, die Koordinationsstelle, Markus Dietler, und die Kommission für Stadtentwicklung. Vielleicht am Rand noch zwei, drei Worte zur nicht ganz geglückten Grafik, die hier beiliegt. Zum Leiter Stadtentwicklung: Es ist ganz klar ein dringendes Anliegen. Das haben wir auch von den Kolleginnen und Kollegen gehört. Es ist ganz wichtig, dass die Stelle sofort geschaffen wird. Man darf nicht meinen, wie ich langsam den Eindruck habe, dass es sich beim Stadtplaner etwas manifestiert, hier komme der Retter unserer Stadt. Allein die Grundlagen bei uns aufzuarbeiten, nämlich demografische Grunddaten, Wanderbewegungen innerhalb der Stadt, sozialbelastete Quartiere und die Gründe dafür, allein dies aufzuarbeiten, wird ein bis zwei Jahre beanspruchen. Für mich ist auch sehr unklar, welche Befugnisse und Kompetenzen diese Person hat. Das ist ja eigentlich auch wichtig. Kann er übergreifend in andere Direktionen auch sagen, wo es „langt geht“, natürlich im Sinne einer Empfehlung? Zur Koordinationsstelle: Die Aufgaben des Stadtschreibers in dieser Sache sind zu klären. Selbstverständlich ist er immer ganz nahe bei allen Geschäften. Wir meinen aber, dass er bei den Öffentlichkeits- und Verwaltungsaufgaben eher eine vermittelnde Rolle spielen muss. Natürlich arbeiten diese Leute auch immer sehr eng zusammen. Zur Kommission für Stadtentwicklung: Ich glaube wirklich, dass die „Agonie“ der Stadtentwicklung oft in der Untätigkeit der Stadtentwicklungskommission gesucht wird. Hand aufs Herz: Wollen wir eine Laienkommission, die nach Feierabend unsere Stadt entwickelt? Das kann es ja wohl nicht sein. Es muss professionell betreut werden, und es ist die Aufgabe unseres Stadtrates, der Exekutive, die mir bei jedem zweiten Vorstoss mitteilt, wer hier Kompetenz hat und wer nicht. Es ist die Aufgabe des Stadtrates und der Verwaltung, die Geschäfte in die Stadtentwicklungskommission, die darüber berät, zu bringen. Es kann nicht sein, dass eine Kommission zu einem grossen Teil sozialwissenschaftliche und gesellschaftliche Analysen heran zieht, sondern sie gibt diese in Auftrag. Selbstredend muss die Kommission natürlich reklamieren, wenn die Sachen nicht kommen. Ein anderes Beispiel: Es ist als wenn man von der Baukommission verlangen würde, die Baugesuche selber zu zeichnen. Das machen wir ja kaum. Noch zu den Reklamationen wegen der Stadtentwicklungskommission. Ich habe mir dies zukommen lassen. In dieser Legislatur war der Vertreter der CVP an 50 % der Sitzungen anwesend. Er hat jedes zweite Mal gefehlt. Der Vertreter der SVP war 50 % anwesend und hat jedes zweite Mal gefehlt. Bei der FdP hat eines der drei Mitglieder gemäss dieser Statistik immer gefehlt. Die Grünen und die SP – Gott sei Dank bin ich in dieser Partei – waren ordentlich dort. Einfach soviel zur Mitarbeit in

dieser Kommission. Man muss es natürlich auch einfach machen, und es braucht Zeit. Wir haben alle wenig Zeit. Das ist klar. Aber man muss natürlich in dieser Kommission auch mitarbeiten wollen und sich das nötige Know-how beschaffen. Noch kurz zur Grafik: Vielleicht hat es hier einfach nicht Platz gehabt. Ich weiss es auch nicht. Meiner Meinung nach gehören eigentlich der Rechtsdienst, der Stadtschreiber und der Stadtentwickler auf die gleiche Höhe. Verglichen mit anderen Departementen etwa auf die gleiche Höhe wie Adrian Balz, damit etwas klar ist, wer mit wem auf welcher Ebene diskutiert. Damit ist dann auch klar, in welchem Verhältnis der Stadtentwickler in Bezug zur Stadtplanung, dem Tiefbau, Hochbau und der Liegenschaftsverwaltung anzusiedeln ist. Das sind ja Partner, die relativ viel und eng miteinander arbeiten müssen. Wir sprechen nämlich wirklich von einer bedeutungsvollen Stelle, wenn wir sie heute Abend genehmigen. Meine persönliche Meinung ist – vielleicht rede ich jetzt etwas auf die Mühle der FdP, was wirklich selten vorkommt – dass die drei Mandate Stadtteilentwicklung, Standortmarketing und Wirtschaftsförderung früher oder später durchaus in dieser Stadtentwicklung aufgehen dürfen, und man darf diese Stadtentwicklung dann vielleicht auch um eine Person erweitern, die diese Grundlagen, die Knochenarbeit, wirklich erbringt. Ich meine, dass ich mathematisch dann ungefähr auf Eurer Spur wäre, also eine kleine Nettoeinsparung. Die SP-Fraktion stimmt den fünf Punkten des Antrages mit den Änderungen der GPK zu und nimmt den einen mit dem Verweis auf meine Vorbemerkungen zur Kenntnis. Schliesslich ist eine gute Stadtentwicklung auch ein Marketinginstrument.

**Dr. Markus Ammann:** Ich erlaube mir als Mitmotionär und Postulant, der doch auch gewisse Grundlagen für diese Vorlage geschaffen hat, zwei, drei Worte dazu zu sagen. Zuerst möchte ich einmal ganz herzlich danken. Zwar bin nicht der Stadtrat, aber eben der Motionär. Ich spüre eine gute Aufnahme des Anliegens, das ich seit Jahren habe. Vor allem möchte ich auch der FdP danken, dass sie vielleicht über den Schatten gesprungen ist und den Nutzen dieser Stelle und nicht einfach ein Köpfe zählen in den Vordergrund gestellt hat. Ich denke, das ist ein Wandel. Vielleicht hören wir wieder einmal etwas in diese Richtung. Grundsätzlich bin ich sehr erfreut über die Vorlage. Wir stehen dort, wo ich vor vier oder fünf Jahren zu stehen gehofft hatte. Aber wir stehen jetzt dort. Scheinbar braucht es lange, bis wir am richtigen Ort ankommen. Im Grundsatz bin ich überzeugt, dass es richtig ist. Wir brauchen eine starke Stadtentwicklung, und wir brauchen einen starken Stadtentwickler, der sich mit den Grundfragen, Grundlagen und Entscheidungsgrundlagen intensiver auseinandersetzt, der vielleicht auch Strategien, die ich wichtig finde, vorbereiten kann, über die dann der Stadtrat oder auch das Parlament befinden können. Die Anordnung, Struktur, Organisation, wie sie hier vorliegt, ist für mich nachvollziehbar. Man sieht es auch - Ernst Zingg hat es gesagt - in allen Städten, die eine nennenswerte Stadtentwicklung haben, wird heute in etwa ähnlich gearbeitet. Ich denke, hier ist auch Olten in der Gegenwart angekommen. Es gibt ein Detail, das mir ein wichtiges Anliegen war und das ich in der Stadtentwicklungskommission moniert habe. Wenn man das Organigramm anschaut, ist der Leiter Stadtplanung aufgeführt, und er war damals nicht aufgeführt. Für mich ist dies eine der entscheidenden Schnittstellen, dass nämlich der Stadtentwickler und der Stadtplaner miteinander reden. Das sind für mich diejenigen Personen, die auch das grosse Ganze im Blickwinkel haben, selbstverständlich der Stadtpräsident und der Stadtrat ebenfalls, aber diejenigen Personen, die im operativen Geschäft eine Stufe tiefer, nicht auf der politischen Ebene, das Gesamte im Auge behalten müssen, und diejenigen, die sehr stark voneinander abhängen. Deshalb fand ich es wichtig, dass gerade in einem Think-Tank, wo ja auch einmal etwas visionär gearbeitet und etwas weiter gedacht werden kann, die Stadtplanung unbedingt dabei ist. Das wurde so aufgenommen. Von daher hat durchaus auch die Stadtentwicklungskommission gewisse Wirkung. Wenn ich noch einmal auf die Vorstösse schaue, muss ich sagen, dass die meisten dieser Vorstösse natürlich nicht erfüllt sind. Das muss man auch sehen. Die Vorstösse waren indirekt auf die Stadtentwicklung ausgerichtet. Aber es hatte darin ganz konkrete Anliegen, die nicht erfüllt sind. Das ist für mich nicht so schlimm. Die Knochenarbeit kommt ja erst. Aber man schafft jetzt die Voraussetzungen, dass auch das, was in diesen Vorstössen als Wünsche formuliert ist, in den nächsten Jahren umgesetzt werden kann. Von daher habe ich

auch gar kein Problem, wenn diese Vorstösse jetzt abgeschrieben werden. Für mich ist klar: Wenn wir unsere Position im Konzert der Städte oder vor allem auch der vergleichbaren Städte halten oder sogar verbessern wollen, brauchen wir eine professionelle Stadtentwicklung. Das ist für mich ganz klar. Damit ist auch klar, dass wir einen hauptamtlichen Stadtentwickler brauchen. In diesem Sinne möchte ich noch einmal ganz herzlich für die Unterstützung, die ich hier spüre, danken. Ich hoffe, dass wir am richtigen Ort ankommen.

## **Beschluss**

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

### Beschlussesanträge gemäss Antrag der GPK

Ziffer I./1. wird einstimmig zugestimmt  
Ziffer I./2. wird einstimmig zugestimmt  
Ziffer I./3. wird einstimmig zugestimmt  
Ziffer I./4. wird einstimmig zugestimmt  
Ziffer I./5. wird einstimmig zugestimmt

## **Beschluss**

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

### I.

1. Von der Neuorganisation des Bereichs Stadtentwicklung als Stabsabteilung der Direktion Stadtpräsidium wird Kenntnis genommen.
2. Der Schaffung einer Stelle Leiter/in Stadtentwicklung (100%) frühestens per 1. Januar 2011 wird zugestimmt.
3. Die Motion Markus Ammann/Marion Bachmann (SP) betreffend Erarbeitung von Grundlagen zur Stadtentwicklung wird als erfüllt abgeschrieben.
4. Die Motion GPK „Für eine klar strukturierte Stadtentwicklung in Olten“ wird als erfüllt abgeschrieben.
5. Das Postulat Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. Überprüfung und Neuorganisation der Verwaltung in den Bereichen Stadtplanung, Stadtentwicklung und Bau wird als erfüllt abgeschrieben.
6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

### II.

Ziff. I./2. dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum

Mitteilung an:  
Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler  
Finanzverwaltung  
Finanzkontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 16. September 2010

Akten-Nr. 35/6

Prot.-Nr. 12

## **Motion Daniel Schneider und Luzia Stocker (SP) betr. Sperrung Tannwaldstrasse-Süd/Beantwortung**

Die Gemeindeparlamentsfraktion der SP Olten hat am 15. Januar 2010 eine dringliche Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird aufgefordert, im Zusammenhang mit dem Projekt Bahnhof Ost die Sperrung der Tannwaldstrasse im Abschnitt Fachhochschule bis Knoten Geissfluhweg für den motorisierten Verkehr vorzunehmen.

### Begründung

Die SP Olten ist erfreut, dass ein dringendes Infrastruktur-Projekt endlich in Angriff genommen wird. Sie unterstützt im Grundsatz dieses Vorhaben vollumfänglich. Dennoch gilt es vor der definitiven Veranlassung der Projektierung einen wesentlichen Punkt, jenen des Verkehrsregimes noch einmal zu beleuchten:

Der Südabschnitt der Tannwaldstrasse ist die wichtigste Langsamverkehrs-Verbindung von der Ostseite des Oltner Hauptbahnhofs zur Fachhochschule und ins Säli-Quartier. Bereits heute wird sie stark frequentiert. Mit der Eröffnung des Neubaus der Fachhochschule wird der Nutzungsdruck massiv erhöht werden. Die vorgesehene Umgestaltung zur Begegnungszone, mit einspuriger Verkehrsführung im Einbahnsystem für den motorisierten Individualverkehr, kann dem nicht gerecht werden.

Erschwerend kommt hinzu, dass mit der Eröffnung des Sälihofs (mit Ausfahrt auf die Riggerbachstrasse) eine alte verkehrsplanerische Sünde fortgeschrieben wird und der Druck auf die jetzt schon überlasteten Knoten alte Aarauerstrasse-von Rollstrasse und von Rollstrasse-Unterführungstrasse noch mehr erhöht wird. Um zu verhindern, dass die Tannwaldstrasse durch den Ausweichverkehr überlastet wird, ist diese zu sperren.

Der Platz vor der Fachhochschule auf der Höhe der Winkelunterführung soll im Zuge des Neubaus eine Neugestaltung erfahren. Gerade an dieser Stelle treffen mehrere Verkehrsachsen aufeinander, so die Winkelunterführung, die Achse Bahnhof- Fachhochschule, die alte Aarauerstrasse und die Fuss- und Veloverbindung vom Säliquartier zum Bahnhof. Eine stark befahrene Tannwaldstrasse verunmöglicht eine fussgängerfreundliche Gestaltung.

Der Schwerverkehr zur und von der Firma EAO AG wird über den Geissfluhweg und die Tannwaldstrasse geführt. Somit fährt er mitten durch ein Wohnquartier und über den stark frequentierten Bahnhof. Mit der Sperrung der Tannwaldstrasse-Süd ist eine Verkehrsführung mit Zu- und Wegfahrt über die Industrie zu realisieren. Dazu ist das Hindernis des zu tiefen Lichtraumprofils bei den SBB-Tannwaldstrassenbrücken endlich anzupassen. Selbstredend sind die sonstigen Vorstellungen der Verkehrsführung mit Anwohner- und Anlieferungsvorteilen (z.B. Anlieferung FH, Vorfahrt Car Hotel Amaris, etc) vernachlässigbare Werte und stehen nicht im Widerspruch mit der Sperrung Tannwaldstrasse Süd.

Begründung der Dringlichkeit:

An der Parlamentssitzung vom 28.1.2010 ist voraussichtlich über einen Planungskredit für das Projekt Bahnhof Ost zu entscheiden. Die Motion macht nur Sinn wenn über diesen grundsätzlichen Punkt vor der Behandlung des Geschäftes Bahnhof Ost diskutiert werden kann.

Die Planungsarbeiten für das Projekt «Bahnhof Olten Ost» dürfen allerdings durch die Motion nicht behindert oder verzögert werden, da aus Sicht der Verfasser die beiden Themen unabhängig voneinander sind.»

- - - - -

**Stadtrat Martin Wey** beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Das Gemeindeparlament hat an seiner Sitzung vom 28. Januar 2010 eine dringliche Behandlung des Vorstosses abgelehnt.

#### Formelles

Der vorliegende Vorstoss kann nur als Postulat behandelt werden. Motionen sind nur für Bereiche zulässig, in denen die Entscheidbefugnis ausdrücklich beim Parlament liegt. Hat in einem Bereich die Exekutive die abschliessende Kompetenz, können dazu keine Motionen eingereicht werden. Diese inhaltliche Beschränkung der zulässigen Gegenstände einer Motion folgt aus dem Prinzip der Gewaltenteilung. Die aufgeworfenen Punkte beschlagen ortsplanerische Bereiche. Nach § 9 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes ist die Ortsplanung (umfassend etwa die Gestaltung der Siedlungs- und Erschliessungsstrukturen der Stadt) Aufgabe der Einwohnergemeinde. Planungsbehörde ist von Gesetzes wegen der Stadtrat.

#### Zum Inhalt

Am 28. Januar 2010 behandelte das Gemeindeparlament das Geschäft «Umgestaltung Bahnhof Ost». Dabei konnte festgestellt werden, dass die Meinungen der Fraktionen bzw. Gemeindeparlamentarier/-innen betreffend die Verkehrsmassnahmen weit auseinander gingen. Der Stadtrat versprach denn auch, die verschiedenen Anliegen zu überprüfen und wenn immer möglich und zweckmässig in die zu erarbeitende definitive Vorlage einfließen zu lassen.

Das Ziel der neuen Verkehrsführung mit Begegnungszone ist die Schaffung einer guten Erschliessungssituation für das Gebiet Bahnhof Ost. Dabei sollen nicht nur die berechtigten Anliegen des Langsamverkehrs, sondern aller Verkehrsteilnehmenden wie auch der Quartierbevölkerung und der ansässigen Betriebe berücksichtigt und quartierfremder Verkehr von und aus dem Industriegebiet Nord weitgehend eliminiert werden. Gegenüber der heutigen Situation wird mit dem neuen Verkehrsregime eine deutlich bessere Verkehrssituation in diesem Gebiet prognostiziert. Diese Situation darf und wird mit einem bestimmten, insbesondere durch die neue Fachhochschule erzeugten, Mehrverkehr belastet werden.

Den Fussgängerinnen und Fussgängern steht entlang dem südlichen Bereich der Tannwaldstrasse, d. h. ab Martin Disteli-Strasse, ein durchgehend über 3 m breiter, reiner Fussgängerbereich zur Verfügung. Unter Berücksichtigung einer möglichen Bepflanzung reicht diese Breite aus, dass 4 Personen nebeneinander, und in welcher Kombination der Verkehrsrichtungen auch immer, bequem verkehren können. Dies darf betreffend einer vom

Fussverkehr auch stark begangenen Route als akzeptabel bezeichnet werden, selbst wenn der daneben fahrende motorisierte Individualverkehr ein grösseres Ausmass als prognostiziert annähme. Die Einführung der Begegnungszone bzw. des Tempo 20 verbessert die Situation des Langsamverkehrs noch weiter. Eben gerade dadurch wird eine weitergehende fussgängerfreundliche Gestaltung wie auch Nutzung des öffentlichen Strassenraumes ermöglicht, welches auch das tolerante und rücksichtsvolle Miteinander aller Verkehrsteilnehmenden beinhaltet.

Aufgrund dieser Tatsachen ist in einem ersten Schritt die Sperrung der südlichen Tannwaldstrasse, auch unter Berücksichtigung des dadurch entstehenden zusätzlichen Verdrängungseffektes des motorisierten Individualverkehrs, nicht zweckmässig. Die vom Stadtrat vorgeschlagene Verkehrslösung erreicht die gesteckten Ziele mit den geringst möglichen Einschränkungen, was den Vorgaben der Strassen-Signalisationsverordnung (SSV) entspricht. Weitergehende Massnahmen, wie z.B. die vorgeschlagene Sperrung, sollen erst dann ergriffen werden, wenn insbesondere an der Kreuzung Martin Disteli-Strasse und Tannwaldstrasse unverantwortbare Konflikte zwischen den verschiedenen Verkehrsarten nicht anders lösbar sind.

Der Stadtrat empfiehlt deshalb dem Gemeindeparlament, das Postulat nicht zu überweisen.

- - - - -

**Daniel Schneider:** Es bleibt uns nichts Anderes übrig, als dies als Postulat entgegen zu nehmen. Wir sind selbstverständlich für eine Überweisung und nicht für eine Abschreibung dieses Geschäftes. Welchen Sinn macht es eigentlich noch, über einen Vorstoss zu reden, der damals von uns dringlich eingereicht wurde? Wir haben am Anfang einer Planungsphase etwas festlegen wollen, nämlich die Sperrung dieser Tannwaldstrasse. Das ist ja heute Makulatur, und man hätte den Vorstoss ein Stück weit gleich in den Reisswolf werfen können. Es ist jetzt irgendwie zu spät. Die Planung ist angelaufen. Noch kurz zum kritischen Punkt, was der Grund ist, weshalb wir meinen, dass die Tannwaldstrasse vom motorisierten Verkehr befreit werden sollte. Die Lastwagen kommen über die Tannwaldstrasse hinauf. Heute sind es rund 32 Tonnen, übermorgen vielleicht 40 Tonnen. Sie biegen beim Bahnhof im 90-Grad-Winkel Richtung Martin-Disteli-Strasse ab, genau an dem Ort, wo von der anderen Seite die verkehrsberuhigten Tempo-20-Autos kommen, die dort garantiert nicht anhalten, um jemanden ein- und auszuladen, weil sie ganz ordnungsgemäss zum Kreisel hinauf fahren und die Leute dort ein- und ausladen. Vor allem kommen aber dort ein paar tausend Personen zu Fuss oder mit dem Velo, aus den Quartieren zu und von der Fachhochschule, vielleicht auch durch die neuen Einkaufszentren. Ich glaube, ich übertreibe nicht. Ich gehe nicht unbedingt zu Fuss einkaufen. Das ist klar. Aber ich denke, auf die Tannwaldstrasse kommt ein massiver Druck. Wenn man glaubt, was in der Stadt vom Boulevardplan, den schon alle und doch noch niemand gesehen hat, erzählt wird – ich persönlich habe ihn noch nie gesehen - entsteht dort aber auch noch eine Partymeile. Ein eigentümlicher Ausdruck, der aber vermutlich bedeutet, dass auf der Tannwaldstrasse sehr viel passieren soll. All dies sind für mich etwas Widersprüche, wenn man den Verkehr gleichzeitig aufrecht erhält. Wenn ich die Ohren in dieser Stadt noch etwas mehr öffne, muss ich sagen, dass man im Moment betreffend Thema Veloparking und Tannwaldstrasse sehr unglücklich ist. Ich meine, in der Baukommission sei auch schon entsprechend diskutiert worden, dass es dort kritische Ansätze gibt oder das Projekt auf kritischem Weg ist. Meiner Auffassung nach macht dieser Vorstoss plötzlich wieder in dem Sinne Sinn, dass man über diesen Ort noch einmal nachdenken muss, bevor man diese Geschäfte aufsplittet und damit Teile davon schon hingibt, dass sie nicht durch uns oder das Volk abgesegnet werden können. Der Sinn und Zweck des neuen Postulats besteht eigentlich nicht mehr, weil wir am Anfang einen Hinweis an die Planung geben wollten. In diesem Sinne können wir es jetzt so

stehen lassen. Ich glaube wirklich und bitte Euch, dies zu unterstützen, dass das Postulat jetzt überwiesen und nicht abgeschrieben wird. Es ist übrigens auch ein Anliegen aus dem Workshop Chance Olten Ost. Wir denken, man sollte die Gefahr von Anfang an minimieren und nicht darauf hin laufen lassen, dass dort etwas passiert. Ich weise selten auf die höchste Instanz der CVP hin, aber ich hoffe wirklich, dass der liebe Gott schaut, dass an diesem gefährlichen Knoten kein Unfall passiert.

**Christian Wüthrich:** Die FdP wird dem Stadtrat einstimmig folgen und das Postulat nicht überweisen. Der Stadtrat erwähnt die Beweggründe, die für uns absolut nachvollziehbar sind. Mehr Mühe haben wir, weil kurz hintereinander zwei Geschäfte gekommen sind, wo eine kleine Gruppierung probiert, im Vorfeld von Projekten einfach vorgängig einmal Strassen zu sperren. Ich habe jetzt Daniel Schneider zugehört. Die Massnahmen der Sicherheit sind hier auch Aspekte. Ich finde es einfach falsch, wenn versucht wird, Strassen zu sperren. Vor allem spreche ich von der Chance Innenstadt, wo man damals die Kirchgasse frühzeitig schon einmal sperren wollte, einfach aus Gründen, die für die Einen nachvollziehbar oder wichtig sind, und für andere weniger. Es ist eine Bewegung hier, dass im Vorfeld einfach schon einmal partout gesagt wird, man schliesse Strassen. Dann hat man dort eine Beruhigung und kann dann einmal schauen, was läuft. Das ist jetzt das zweite Geschäft. Das beunruhigt uns. Wir haben dies in der Fraktion besprochen und hoffen doch sehr, dass es nicht einfach Usanz wird, dass man vorgängig einmal sagt, man schliesse etwas und sperre im Vorfeld und warte dann ab, was diese Projekte bringen. Für uns ein absolut falscher Ansatz. Es ist der zweite, den wir haben. Ich bin froh, dass wir die Dringlichkeit damals abgelehnt haben, weil ich nicht gleicher Meinung bin wie Daniel Schneider. Bei einer Annahme der Dringlichkeit hätten wir wahrscheinlich etwas Anderes gefährdet, auf das wir jetzt mit der Planung des Bahnhofs Ost und der Tannwaldstrasse hinarbeiten können. Bei solchen Sachen ist bei uns eigentlich ganz klar, dass man hier dagegen arbeitet. Ich hoffe, dass es nicht Usanz wird, im Vorfeld einfach zu versuchen, Sachen zu schliessen und zu sperren.

**Anita Huber, Fraktion Grüne:** Auf dieser Strasse läuft schon viel und zwar sehr viele Fussgänger und Fussgängerinnen. Seit Jahren fehlt eine Fussgängerverbindung, die genügend breit und vorzeigbar ist, die den Bahnhof mit den boomenden Gebieten des Gewerbes und der Fachhochschule, aber auch des Säliparks und neu des Sälihofs verbindet. Die Ecke Tannwaldstrasse/Martin-Disteli-Strasse ist ein wichtiges Tor zu Olten, und das Verkehrsaufkommen ist riesig. Fast alle sind zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs. Besonders schmal ist es beim Restaurant La Carbonara. Hier wird es mit einem drei Meter breiten Trottoir plus einer zukünftigen Einfahrt zur Veloeinstellhalle plus eine Autofahrspur sehr eng. Schon jetzt müssen sich viele Studentinnen und Studenten auf einem engen Trottoir durchquetschen, zwischen parkierten Autos und einem Nachtclub. Sie lernen während ihrer Studienzeit nur die hässliche Hinterseite unserer Stadt kennen, und das schlechte Hinterhof-Image können wir auch mit netten Plakaten nicht verbessern. Mit der neuen Fachhochschule werden ab 2013 am Morgen bis 700 Menschen mehr Richtung Schulen drängen. Mit der geplanten Verbreiterung des Trottoirs kann dieses Problem nicht gelöst werden. Es geht darum, dass sich Olten auf seine Stärke besinnt. Olten als Eisenbahnknotenpunkt wird von vielen Bahnfahrenden besucht. Sie beanspruchen in Olten weder Parkplätze noch Strassenflächen. Deshalb muss auch die Stadtplanung den Mut haben, Prioritäten zu setzen. Auf der Hauptfussgängerachse zum Bahnhof soll die grosse Menge der Menschen mit öffentlichem Verkehrsmittel nach Olten pendeln und den Vortritt erhalten. Autofahrende, die Schleichverkehr verursachen, um eine Abkürzung zu nehmen oder einen Parkplatz zu suchen, sollen verbannt werden. Dadurch schaffen wir Platz für eine durchgehende Flaniermeile vom Bifangplatz zum Bahnhof. Das schafft Raum für Strassencafés und eine attraktive urbane Fussgängerzonengestaltung. Die Sperrung der Tannwaldstrasse ist der richtige Weg für eine kostengünstige Attraktivierung. Wir sind aber auch offen für die Idee, dass der Verkehrsabfluss ab dem Parkhaus unter dem Logging-Gebäude via Tannwaldstrasse und Rosengasse passieren kann. Eine solche ganze oder partielle

Sperrung der Tannwaldstrasse schafft eine positive Visitenkarte für Olten. Die Fraktion Grüne wird den Vorstoss deshalb überweisen.

**Marcel Steffen, CVP/EVP-GLP-Fraktion:** Wie es Heinz Eng am Anfang in seiner Rede gesagt hat, bin ich einer der Glücklichen, die in Olten wohnt und arbeitet, per Zufall gerade am „Fleischkäse“, per Zufall mit dem Büro auch gleich auf die Tannwaldstrasse, wo es laut Szenario von Daniel Schneider derart gefährlich ist und wo man sogar gegen oben schauen und hoffen muss, dass nichts passiert. Wenn ich aus dem Büro schaue, wo ich jeweils früh und auch spät abends bin und sehe, wer heute schon einmal probiert hat, um 16.45 Uhr im Auto mit einem „50er“ durchzubrettern. Ich habe noch nie gesehen, dass dies funktioniert. Man hat die Begegnungszone heute faktisch eigentlich schon, wenn die Schüler heute schon zu viert nebeneinander gehen, notabene zwei davon auf der Strasse. Daniel Schneider hat Chance Olten Ost angesprochen. Ich denke, das kann jeder auf seine Art gehört haben und auswerten. Ich habe etwas anderes gehört, nämlich, dass der Knoten von-Rollstrasse-alte Aarauerstrasse etwas das Problem ist. Dort hat man aber auch gesagt, dass man vielleicht den Neubau mit Coop und die Fachhochschule nach hinten öffnet, damit die Sache Richtung ERO auf die andere Seite abfließen kann. Dann erscheint es eigentlich auch nicht opportun, dass eine Tannwaldstrasse schon von Anfang an schliesst. Christian Wüthrich hat es gesagt: Einfach Sachen schliessen, damit es einmal geschlossen ist, und dann schauen wir weiter. Der Stadtrat lässt es hier ja auch offen. Aldo Stoppa hat uns dies allen vorgestellt. Er war meines Wissens im Januar in jeder Fraktion. Wir haben dies eigentlich breit und ausführlich diskutiert. Das ist vermutlich der beste Wurf, den wir dort machen können. Ich denke, es wäre auch für mich als Optimist etwas vergriffen, wenn ich sagen würde: Das ist ein Superwurf, was wir beim Hinterausgang des Bahnhofs Ost erhalten. Es bleibt ein Hinterausgang, ob wir dies nun gerne hören oder nicht. Ich hoffe einfach, dass man dies aus der Chance Olten Ost gehört hat, und ich denke, wir sind uns einig, dass man den Sälihof andernorts erschliesst und versucht, den Verkehr zur Fachhochschule mit den Autos nach hinten zu bringen und nicht auch noch auf den belastenden Kreis hinaus muss oder irgend einen Umweg fahren muss. Ich glaube auch nicht, dass sie die Tannwaldstrasse hinauf fahren werden. Es ist nämlich heute schon zermürend, mit dem Auto dort durchzufahren. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird das Postulat grossmehrheitlich nicht überweisen.

**André Köstli:** Wir von der SVP-Fraktion sind der Auffassung, dass eine weitere Diskussion rund um die Sperrung der Tannwaldstrasse derzeit relativ sinnlos ist. Weshalb? Wie Ihr gelesen habt, ist sogar in der Motion bzw. im Postulat selber ist zu lesen, dass der Sinn für die Sperrung nicht gegeben ist, weil im Vorfeld des Projektes Bahnhof Ost die Meinungen betreffend Verkehrsmassnahmen von Anfang an schon viel zu weit auseinander gegangen waren. Deshalb machen wir einstimmig beliebt, das Postulat nicht zu überweisen.

**Daniel Schneider:** Ich möchte Christan Wüthrich und Marcel Steffen kurz antworten. Die Auslegung der FdP finde ich bedauerlich. Es geht nicht darum, einfach einmal Strassen zu sperren. Wir wollten vorausschauend in die Planung eingreifen, wenn die Meinung hier gewesen wäre, es sei eine Notwendigkeit. Das hat man ja mit der Ablehnung der Dringlichkeit nicht bestätigt. Damit konnte es auch keinen Einfluss auf die Planung nehmen. Es geht nicht darum, partout etwas zu sperren. Das ist auch bei der Kirchgasse nicht so. Dort ist der Fakt einfach, dass die Innenstadt möglichst rasch animiert werden kann, losgelöst von Abstimmungen, die vorher oder nachher laufen. Vorausschauend denken oder handeln beansprucht die FdP für sich bei jeder Steuerfrage. Heute hat Urs Knapp den Tarif wieder durchgegeben, wie unsere Steuern in den nächsten zehn Jahren sind. Ich weiss nicht, ob dies jetzt vielleicht das Gleiche oder ähnlich ist. Aber jeder hat halt sein Schwergewicht. Wir meinen, man müsse bei der Planung rechtzeitig eingreifen. Zu Marcel Steffen: Kein Mensch ist der Meinung, dass man dort mit 50 durchbrettert. Das ist gar nicht das Thema. Das hast Du irgendwie herbei gezogen. Aber es ist tatsächlich so: Bei Olten Ost ist der Druck auf die Kreuzung von Rollstrasse hinunter Richtung Hauptstrasse erwähnt worden. Es braucht nicht viel Fantasie um zu wissen, dass der Ausweichverkehr auf die

Tannwaldstrasse abgeleitet wird, zumal es verpasst worden ist, planerisch festzulegen, dass die neuen Einkaufszentren in Bezug auf den Parkierungsverkehr ausschliesslich hinten hinaus Richtung Sälistrasse entlastet werden müssen. Das ist eine Planungssünde, die wir in den nächsten paar Jahren noch haben werden. Ich glaube wirklich fest, dass der Druck dort so gross werden wird, dass der Verkehr in die Tannwaldstrasse abweichen wird. Aber auch das ist eine Hypothese wie alle anderen hier. Wir werden es sehen und werden tun, was der Stadtrat sagt, oder ich schätze die Situation so ein. Wir werden in ein paar Jahren wieder darüber diskutieren, ob es notwendig ist oder nicht oder notwendig gewesen wäre oder nicht.

**Thomas Frey:** Zur Ergänzung zu Daniel Schneider: Du sprichst von vorausschauend planen. Es ist schon gut, wenn man vorausschauend plant. Man darf aber dabei auch die Übersicht nicht verlieren. Es gibt eben mehr Interessen als nur die Studenten, die auf der Tannwaldstrasse hin- und her gehen. Wir haben zum Beispiel weiter hinten an der Tannwaldstrasse noch eine EAO, die erschlossen sein muss. Sie ist ein wichtiger Steuerzahler hier in Olten. Wenn wir sie hier nicht pfleglich behandeln, kann es passieren, dass gerade ein solcher Betrieb plötzlich nicht mehr hier ist. Das wäre auch schade. Deshalb eben auch den Überblick behalten.

**Daniel Schneider:** In unserem Postulat behandeln wir dieses Thema, nämlich dass die Brückenunterführung in der Tannwaldstrasse, die SBB-Unterfahrt, endlich abgesenkt werden müsste. Dann wäre das Problem für Dich auch gelöst. Wir haben dies bereits erwähnt. Merci für den Hinweis zur Übersicht.

## **Beschluss**

Mit 25 : 21 Stimmen bei 0 Enthaltungen wird das Postulat nicht überwiesen.

Mitteilung an:  
Baudirektion (4)  
Stabsstelle Planung (3)  
Tiefbau (2)  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 16. September 2010

Akten-Nr. 35/6

Prot.-Nr. 13

## **Motion Anita Huber und Felix Wettstein (Fraktion Grüne) und Mitunterzeichnende betr. Durchgangsverkehr im Säliquartier stoppen/Beantwortung**

Anita Huber und Felix Wettstein (Fraktion Grüne) und Mitunterzeichnende haben am 17. Dezember 2009 eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht.

### **«Durchgangsverkehr im Säliquartier stoppen**

**Der Stadtrat wird beauftragt, dem Parlament einen Massnahmenplan vorzulegen, wie der quartierfremde Durchgangsverkehr zwischen Sälistrasse und Wilerweg bzw. in umgekehrter Richtung ferngehalten wird. Er wird beauftragt, zusammen mit den erforderlichen baulichen und/oder verkehrstechnischen Massnahmen einen Finanzplan und einen Zeitplan der Realisierung vorzulegen.**

Begründung:

Im Säliquartier würde heute im Bereich der Tempo 30-Zone eigentlich ein Fahrverbot für jene Motorfahrzeuge gelten, die keine Berechtigung als Zubringer haben. Das Fahrverbot wird jedoch von vielen Autofahrenden missachtet. Unberechtigte fahren von der Sälistrasse quer durch das Wohnquartier bis zum Wilerweg oder weiter bis zur Aarauerstrasse, ebenso in umgekehrter Richtung. Weiter gibt es unbefugte Fahrten durch das Wohnquartier zum Sälipark. Wenn die ERO eröffnet wird, wird sich das Problem nochmals deutlich verschärfen, da die Umfahrungsstrasse beim Sälikreisel endet.

Es hat sich gezeigt, dass es bislang unmöglich ist, mit polizeilichen Kontrollen die unbefugten Durchfahrten zu verhindern. Deshalb müssen anderweitige geeignete Massnahmen ergriffen werden, die ein Umfahren des Postplatzes verunmöglichen. In Frage kommen bauliche und verkehrstechnische Massnahmen mit vorgegebenen Fahrrichtungen und Abbiegemöglichkeiten, die zwar die gesamte Feinerschliessung des Quartiers zulassen, aber eine vollständige Durchquerung zwischen der Sälistrasse und dem Wilerweg verhindern. Diese Massnahmen müssen selbstverständlich so ausgestaltet werden, dass Notfallfahrzeuge zirkulieren können.»

- - - - -

**Stadtrat Martin Wey** beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

### Formelles

Der vorliegende Vorstoss kann nur als Postulat behandelt werden. Motionen sind nur für Bereiche zulässig, in denen die Entscheidbefugnis ausdrücklich beim Parlament liegt. Hat in einem Bereich die Exekutive die abschliessende Kompetenz, können dazu keine Motionen eingereicht werden. Diese inhaltliche Beschränkung der zulässigen Gegenstände einer Motion folgt aus dem Prinzip der Gewaltenteilung. Die aufgeworfenen Punkte beschlagen ortsplanerische Bereiche. Nach § 9 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes ist die Ortsplanung (umfassend etwa die Gestaltung der Siedlungs- und Erschliessungsstrukturen der Stadt) Aufgabe der Einwohnergemeinde. Planungsbehörde ist von Gesetzes wegen der Stadtrat.

### Zum Inhalt

Zur Beantwortung des Vorstosses ist ein kurzer geschichtlicher Abriss notwendig, da bereits vor mehreren Jahren geprüft wurde, wie der quartierfremde Verkehr im Säli-, Fustlig- und Wilerfeldquartier eingedämmt bzw. eliminiert werden kann und sich die Rahmenbedingungen dafür bis heute nicht verändert haben:

Der Stadtrat hat bereits 1996 Abklärungen zur Einschränkung des Flucht- bzw. des quartierfremden Verkehrs im Säli-, Fustlig- und Wilerfeldquartier veranlasst. Dabei ging er ebenfalls davon aus, dass mit der Eröffnung der Entlastungsstrasse Region Olten (ERO) dieser Verkehr die Quartiere vermehrt belasten würde. Der Auftrag beinhaltete die Erarbeitung von Strategien, mit welchen folgende Zielsetzungen erreicht werden können:

- Eindämmung oder Verhinderung des Fluchtverkehrs
- Optimale Erschliessung des Quartiers für den legitimierte Verkehr
- Erhaltung oder Förderung der städtebaulichen Qualitäten des Strassenraumes

Auf Grund der erarbeiteten Konzeptstrategien wurde klar, dass nur mit einer einzigen Massnahme der Schleichverkehr wirkungsvoll eliminiert werden kann, nämlich mit einer sogenannten Verkehrsscheide an der Engelbergstrasse. Diese trennt das Strassennetz der Quartiere konsequent in zwei Teile. Die Durchlässigkeit würde dabei nur noch für den Fussgänger- und Zweiradverkehr sowie für den öffentlichen Verkehr erhalten. Alle übrigen bzw. anderen Strategien verlangen als begleitende Massnahme die konsequente Überwachung durch die Polizei.

Im Jahre 2004 wurde in den besagten Quartieren die Zufahrtsbeschränkung im Rahmen eines 1½ jährigen Versuches geprüft, wobei der Wilerweg (Kantonsstrasse) das Strassennetz in zwei Zonen teilte. Diese durften auch von den entsprechenden Quartierbewohner/-innen nicht gegenseitig durchfahren werden. Am 8. Dezember 2005 überwies anschliessend das Gemeindeparlament ein Postulat, welches zwar die Beibehaltung der Zufahrtsbeschränkung und gleichzeitig aber die Aufhebung der «Verkehrsscheide» zu Gunsten der Quartierbewohner/-innen empfahl. Das Postulat wurde mit 41:2 Stimmen überwiesen.

Im Rahmen einer im Jahre 2005 erfolgten Meinungsumfrage in der Quartierbevölkerung hat der Stadtrat zudem auch feststellen können, dass eine Mehrheit der sich als Einheit verstehenden Quartierbevölkerung zwar die Zufahrtsbeschränkung für das gesamte Säli-, Fustlig- und Wilerfeldquartier wünscht, dies aber ohne eine Verkehrsscheide bzw. Einschränkung für die Quartierbewohner/-innen.

Auf dieser Basis beschloss das Gemeindeparlament am 26. Januar 2006, die Zufahrtsbeschränkung in besagten Quartieren einzuführen und auf eine Durchfahrtsperre bzw. Zoneneinteilung zu verzichten. Dabei war man sich bewusst, dass der Fremdverkehrsanteil nur auf Grund verschärfter polizeilicher Kontrollen wesentlich abnehmen würde. Aus diesem Grund beschloss das Gemeindeparlament, dass die polizeilichen Kontrollen auch als dauernde begleitende Massnahme regelmässig durchzuführen sind.

Es ist deshalb zum heutigen Zeitpunkt nicht opportun, eine Verkehrsscheide einzuführen. Weitergehende bauliche oder signalisationstechnische Massnahmen können den Schleichverkehr ohne polizeiliche Kontrollen ebenfalls nicht verhindern, werden aber von den legitimierten Verkehrsteilnehmenden als schikanös empfunden und deshalb bekanntlich schlecht akzeptiert.

Eine Prüfung zur Ergreifung möglicher Massnahmen ist 2005/2006 erfolgt und das Gemeindeparlament hat auf dieser Basis und unter Respektierung des Willens einer Mehrheit in der Quartierbevölkerung die heute eingeführten Massnahmen gutgeheissen. Da die Auswirkungen der ERO auf die Verkehrsflüsse heute aber noch nicht bekannt sind, gilt es weitere Massnahmen auf Grund von möglichen Szenarien vorzubereiten und flexibel zu reagieren. Aus diesem Grund empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, das Postulat zu überweisen.

- - - - -

**Felix Wettstein:** Wir danken dem Stadtrat, dass er bereit ist, den Vorstoss zu überweisen. Mit den Ausführungen sind wir allerdings nur bedingt zufrieden. Wir schätzen die gut zusammengefasste Aufarbeitung der Geschichte von 1996 bis 2006. Die Schlüsse, die aktuell zu ziehen sind, müssten aber nach unserer Einschätzung andere sein, als es der Stadtrat in seiner Antwort vorschlägt. Auch wenn damals, 2006, eine Mehrheit der Quartierbevölkerung die Massnahmen gutgeheissen hat, müssen wir eben heute der Tatsache ins Auge blicken, dass es quartierfremden Durchgangsverkehr gibt, und zwar nicht wenig. Offenbar fahren viele Autos durch, die kein Solothurner Kennzeichen haben. Es ist die Quartierbevölkerung, die sich beschwert, was wir sehr gut verstehen. Es hat aber auch in der Nähe weitere Arbeitsplätze und Einkaufsmöglichkeiten gegeben, welche Verkehr verursachen, und dieser dürfte eigentlich nicht durchs Quartier führen. Die Hoffnungen von 2006, es sei dann alles nicht so schlimm, erfüllten sich nicht. Darum müssen wir heute die Weichen anders stellen, nicht erst, wenn wir nach Eröffnung der ERO ein paar Jahre zugeschaut haben. Es ist jetzt schon so klar wie das Amen in der Kirche, dass die ERO-Eröffnung die Schleusen ins Quartier noch mehr auftun wird, darum erwarten wir ein Handeln des Stadtrates rechtzeitig vor dieser Eröffnung. Ohne Verkehrsscheide wird es nicht gehen. Wir können uns zum Beispiel Lösungen mit versenkbaren Pollern vorstellen, sie sind schon vielfach erprobt: Der Bus und die Rettungsfahrzeuge kommen durch. Für eine Verkehrsscheide kommt aber nicht nur die Engelbergstrasse in Frage. Im Gegenteil dürfte es sogar von Vorteil sein, wenn sie weiter südlich verläuft. Ziel muss sein, dass die gefahrenen Wege im Quartier möglichst kurz sind. Massgebend sind die beiden „Tore“ zum Quartier, die Sälistrasse und der Bifangplatz. Der Fahrtweg zu oder ab einem dieser beiden Tore muss so kurz wie möglich sein. Aber es ist nicht an uns im Parlament, Planungsarbeit im Detail zu leisten. Es wird sicher nicht ohne bauliche Massnahmen gehen, und dafür braucht es einen Finanzbetrag, der sicher so hoch ist, dass er vors Parlament kommen muss. Es ist also nicht abschliessende Stadtratskompetenz, darum haben wir den Vorstoss als Motion formuliert. Wir können auch mit dem Postulat leben. Aber es muss etwas gehen. Mit der Umwandlung in ein Postulat bin ich zähneknirschend einverstanden.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Uns ist bewusst, dass wenn die ERO schliesslich zum Laufen kommt – wir wissen ja noch gar nicht, wie der Verkehr dort fließen wird, was auch noch abzuwarten bleibt – dass sich der Druck auf dieses Quartier sehr wahrscheinlich erhöhen wird. Für den Stadtrat ist auch klar, dass wir nicht einfach die Hände in den Schooss legen, sondern es ein Anliegen der Bevölkerung ist. Wir selber sind dabei zu prüfen, wie wir aus der Situation, der Geschichte und der Entwicklung heraus die erforderlichen Massnahmen einleiten und umsetzen können, neben den baulichen auch polizeiliche. Wir müssen alles prüfen. Die Vorschläge oder Anregungen von Felix Wettstein werden selbstverständlich ebenfalls hinein fließen. Die Beantwortung ist am 3. Mai 2010 erfolgt. In der Zwischenzeit ist das Problem selbstverständlich auch vom Kanton erkannt worden. Der Druck, der letztlich auch auf den Sälikreisel kommt, wird sich allenfalls erhöhen. Wir sind auch mit dem Kanton selber in enger Zusammenarbeit, um nach kreativen Lösungen zu suchen. Im Moment könnten wir sagen: Okay, wir drehen es zurück und machen wieder Verkehrsscheiden. Ich habe das Gefühl, wir müssen die ganze Verkehrssituation noch einmal sehr global prüfen, sicher auch die alten Vorlagen und Untersuchungen hervor nehmen und eine Neubeurteilung vornehmen. Wir sind es der Bevölkerung, diesem Quartier ganz klar schuldig. Von daher bitte ich Euch auch, uns wie vom Stadtrat beantragt, aufzufordern, dies weiterhin zu prüfen und nicht nur zu prüfen, sondern bald auch die entsprechenden vorbehaltenen Entschlüsse zu fassen und die Massnahmen einzuleiten, um diesen Schutz gewähren zu können. Es ist uns wichtig, vor allem auch um zu unterstreichen, dass der Stadtrat das Anliegen sehr ernst nimmt.

**Luzia Stocker Rötheli, SP-Fraktion:** Danke, Martin Wey, für diese Ausführungen, die etwas beruhigen. Ich möchte aber gleichwohl noch zwei, drei Sachen anhängen. Das Anliegen der Motion ist für uns klar berechtigt. Wir teilen allerdings die Begründungen nur teilweise. Die Motionäre schreiben ja, es habe sich gezeigt, dass es bislang unmöglich ist, mit den polizeilichen Kontrollen das unbefugte Durchfahren zu verhindern. Ich bin neben anderen aus unserer Fraktion eine Anwohnerin dieses Quartiers, und wir stellen fest, dass die Kontrolle jetzt subjektiv gesehen aus unserer Sicht natürlich gar nicht stattfindet. Das stimmt so nicht. Deshalb habe ich Iris Schelbert diverse Fragen zu diesem Thema gestellt. Ich stelle jetzt auch fest, dass die Disziplin der Autofahrer eigentlich eher abgenommen hat. Ich habe kürzlich Zwetschgen vom Baum gepflückt und doch tatsächlich innerhalb von zehn Minuten drei Autofahrer gesehen, die in die Einbahnstrasse gefahren sind. Sie fängt gerade bei unserem Haus an. Dies hat massiv zugenommen. Es ist auch eine subjektive Wahrnehmung - ich zähle sie nicht, wenn ich nicht Zwetschgen pflücke – dass wirklich vermehrt in die Einbahnstrasse, also in die falsche Richtung, gefahren wird, was ja, ausser dass es verboten ist, auch gefährlich ist, und in der Regel mit einem hohen Tempo, natürlich damit man schnell durch ist. Das scheint ja möglich zu sein, weil ich nie eine Kontrolle sehe. Es werden solche gemacht. Ich habe Iris Schelbert gefragt, wie häufig Kontrollen gemacht werden, welche Auswirkungen sie haben und welche Massnahmen ergriffen werden. Solche Grosskontrollen werden offenbar jedes Jahr ein- bis zweimal gemacht, weil sie sehr personalintensiv sind. Dort gibt es natürlich auch Leute, die nicht berechtigt sind. Die Beantwortung ist auch so, dass es manchmal schwierig ist heraus zu finden, wer durch das Quartier fahren darf, ob man wirklich zu jemandem geht oder es einfach sagt. Mir fällt einfach auf, dass es sehr viele Aargauer hat, die kaum alle jemanden besuchen gehen, und auch diverse andere „Nichtsolothurner“ Autos, wo ich denke, dass der grösste Teil wirklich durchfährt. Meiner Meinung nach ist die Kontrolle wirklich problematisch, weil es sehr personalintensiv ist und man halt einfach Stichtage hat, an denen kontrolliert wird. Während des restlichen Jahres werden vereinzelt Nachfahrten gemacht. Das nimmt man natürlich als Quartierbevölkerung überhaupt nicht wahr. Dort werden zum Teil auch Personen erfasst. Aber aus unserer Sicht müsste man neben den erforderlichen baulichen Massnahmen wirklich die Kontrollen verstärken. Das Gleich gilt auch für die Geschwindigkeitsüberprüfung in diesem Quartier. Diese werden auch regelmässig durchgeführt. Dort gibt es ja diverse Übertretungen. Interessant ist übrigens dort die Auswertung, dass ein beachtlicher Teil, etwa die Hälfte der Übertretungen, von Quartierbewohnern selber verursacht wird. Diejenigen, die

im Quartier wohnen, fahren offensichtlich auch zu schnell. Das gibt mir schon etwas zu denken. Ihnen müsste es ja ein Anliegen sein, dass die Tempolimiten eingehalten werden. Es braucht aufgrund dieser Beantwortung von der Polizei her auch wirklich weitere Massnahmen, einerseits im Bereich Kontrollen und andererseits aber wahrscheinlich auch aus baulicher Sicht. Ob dort die Wiedereinführung einer Verkehrsscheide die richtige Massnahme ist, wage ich auch etwas zu bezweifeln, weil ein grosser Teil der Quartierbevölkerung sich vehement dagegen gewehrt hat. Ich persönlich nicht, aber es gibt meiner Ansicht nach schon auch Gründe, weshalb man dies vielleicht nicht will. Ich meine, dies müsste auch geprüft und keine dieser Massnahmen im Voraus ausgeschlossen werden, auch wenn sie schon einmal abgelehnt wurden. Für mich ist dies jetzt sicher nicht die erste mögliche Massnahme. Viel wichtiger ist wirklich zu prüfen, wie auch vorbeugend auf die ERO zu wirken ist. Der Stadtrat schreibt in seiner Beantwortung aus meiner Sicht etwas naiv. Wir kennen die Auswirkungen der ERO nicht. Ich denke, wir brauchen keine hellseherischen Kräfte, um erahnen zu können, dass wahrscheinlich ein Teil des grossen Verkehrs, der auf den Knoten Sälikreisel kommt, sich ins Quartier ergiessen wird, wenn man dort nicht rechtzeitig den Riegel schiebt. Im Moment wäre dies wahrscheinlich so. Martin Wey hat auch ergänzt, dass ihnen dies durchaus bewusst ist. Dies kommt in der Beantwortung etwas zu wenig zum Ausdruck. Iris Schelbert hat gesagt, dass das Problem auch bei der Polizei erkannt ist und eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird, um möglich bauliche, aber auch polizeiliche Massnahmen zu prüfen. Wir begrüssen sehr, dass man dort ernsthaft prüft, was gemacht werden könnte. Nicht zuletzt haben wir aus SP-Sicht auch zu den sechs Polizeistellen gesagt, weil wir uns eben erhofft hatten, dass wir mehr Präsenz in den Quartieren haben und auch die diversen Verkehrsmassnahmen besser durchgesetzt werden können, weil sie sehr personalintensiv sind. Ich muss sagen, dass ich im Gegensatz zu vorher noch keine grosse Verbesserung festgestellt habe. Subjektiv habe ich nicht wahrgenommen, dass es hier eine grössere Präsenz gibt respektive vermehrte Kontrollen durchgeführt werden. Iris Schelbert kann mich aber gerne korrigieren, wenn dem so ist. Aus unserer Sicht besteht in diesem Quartier ein grosser Handlungsbedarf, damit die Verkehrsmassnahmen durchgesetzt werden können. Wir stimmen natürlich für die Überweisung.

**Stadträtin Iris Schelbert:** Alle wollen fahren, und niemand will Verkehr. Das ist etwas das Dilemma beim Ganzen. Ich finde diesen Vorstoss sehr wichtig, und es ist eigentlich nicht nur das Säliquartier, das leidet, sondern der Schöngrund ganz genau gleich. Wo immer irgendwo eine Ampel steht, versucht man auszuweichen. Ich kann die Ausführungen von Luzia Stocker noch mit Zahlen ergänzen. Um eine dieser Grosskontrollen ein- bis zweimal jährlich zu machen, braucht es einfach 10 Polizistinnen und Polizisten pro Kontrolle. Seit der Einführung dieser Quartierschutzmassnahmen sind sieben solche Grosskontrollen durchgeführt worden. Ab und zu werden Nachfahrten gemacht. Im letzten Jahr waren es 45. Die Quote derjenigen Personen, die wirklich nicht berechtigt sind und „erwischt“ wurden, war 5 bis 10 Prozent. Bei den Grosskontrollen wurden 2009 277 Fahrzeuge bei der Durchfahrt erfasst. Illegal waren nur 17. Es sind effektiv nicht so viele, wobei man ganz ehrlich sagen muss, dass die Polizistinnen und Polizisten scham- und hemmungslos angelogen werden. Es liegen Gipfeli auf dem Beifahrersitz, und es wird gesagt, man sei gerade beim Bäcker gewesen usw. Der Polizist schaut nicht nach, wie frisch oder wie alt diese sind. Es ist so: Die nicht berechtigten Personen sind enorm einfallsreich. Aber es ist wirklich ein Thema. Zur wahrnehmbaren Präsenz von Polizei und Securitas: Eine subjektive Wahrnehmung ist wirklich etwas schwierig. Man ist auch nicht immer zur richtigen Zeit am richtigen Ort, damit man sie sieht. Oft sieht man sie nicht, und hat das Gefühl, sie seien nie da. Ich hatte eine Idee, von der ich nicht weiss, ob sie sinnvoll ist. Um der Polizei die ganzen Kontrollen ein wenig zu erleichtern, ist eigentlich meine Idee, dass sie pro Quartier eine spezielle Farbe Vignette heraus gibt, die an die Autoscheibe geklebt wird, damit die Polizei mindestens weiss: Diese Person muss ich nicht kontrollieren. Das würde die Quartierbewohnerinnen und -bewohner oder die Einfahrtsberechtigten auch etwas von der Kontrolle entlasten, die sie eben auch nicht mögen, weil niemand gerne kontrolliert wird, wenn er berechtigt ist. Das

würde es vielleicht ein wenig erleichtern. Aber in Tat und Wahrheit ist es schon so: Es sind nicht immer die Fremden, die Übertretungen machen und stören, und wir versuchen, hier eine verträgliche Lösung für alle zu finden.

**Daniel Dähler, FDP-Fraktion:** Wenn man in Zürich in ein Quartier hinein fährt, merkt man, dass man mit dem Auto eigentlich das falsche Verkehrsmittel gewählt hat. Ich denke, es gibt relativ einfache Massnahmen, vielleicht nicht gerade so einfach, wie man sie damals mit gelben Bohnenstangen und Metallpersonen, die nicht optimal waren, umgesetzt hätte. Ich glaube, wir haben gelernt, und ich hoffe, dass man vielleicht am Beispiel eines Quartiers in Zürich das Ganze einmal unter die Lupe nimmt, wie es funktioniert, dass man halt einmal eine Einbahnstrasse in eine andere Richtung macht und es nicht ganz so offensichtlich ist, wo man durchfahren kann. Dann wird es in der Regel der Fremdverkehr ein- oder zweimal versuchen. Nachher hat er es wahrscheinlich auch gesehen und verlässt das Quartier frustriert.

**Simon Haller, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Wir sind einstimmig für die Überweisung dieses wichtigen Vorstosses. Auch sind wir der Meinung, dass mit weiteren Massnahmen nicht gewartet werden darf, bis die ERO eröffnet und sich das Problem noch weiter verschärfen wird. Alle wissen wir, dass Verkehrsregeln, die nicht kontrolliert werden, nicht allzu viel Wert haben. Wir sind der Meinung, dass die Polizeikontrollen intensiviert und gerade auch zu den Stosszeiten und nicht vormittags um 10 Uhr oder nachmittags um 15 Uhr durchgeführt werden müssen. Auch wenn bauliche und verkehrsplanerische Massnahmen und Instrumente sicher nicht überall beliebt sind, sind wir der Auffassung, dass es höchstwahrscheinlich nicht ohne solche gehen wird, um den Fremdverkehr aus dem Quartier fern zu halten.

**André Köstli:** Wir von der SVP-Fraktion sind der Auffassung, dass es absolut nicht notwendig ist, schon wieder neue Schikanen zu planen, weil sie ja im Endeffekt wieder das uralte Problem auf neue Weise aufzeigen würden. Wie die Beantwortung des Stadtrates bereits zeigt, sind die wirklich griffigen Massnahmen die am meisten einschneidenden und werden von der Quartierbevölkerung als reine Schikane empfunden. Bis hin zur Eröffnung der ERO wird sich an dieser Situation und somit auch an der Meinung der betroffenen Bewohner kaum etwas ändern. Viel wichtiger wird es sein, nach der Eröffnung der ERO die polizeilichen Kontrollen am Anfang sehr stark zu intensivieren, um dann vielleicht drohendem zusätzlichem Schleichverkehr möglichst stark und frühzeitig entgegen wirken zu können. Wir erachten es deshalb als viel sinnvoller, die Bevölkerung bzw. unsere Steuerzahler der betroffenen Quartiere nach der Eröffnung über ihre negativen Erfahrungen zu befragen und erst dann gemeinsam mit den Betroffenen eine Lösung zu suchen. Dass der Stadtrat dieses Postulat dennoch überweisen möchte, erstaunt uns allerdings schon, wo doch im Vorfeld extra gewisse Strategien mit Einbezug der ERO erarbeitet wurden. Es drängt sich daher auch die Frage auf, was sich der Stadtrat davon erhofft, wenn die gleiche Arbeit noch einmal gemacht werden müsste. Aufgrund der bereits vorhandenen Strategien, die eigentlich nur noch aus der Schublade gezogen werden müssten, sehen wir von der SVP eine Überweisung dieses Postulats ganz klar nicht. Deshalb lehnen wir es auch einstimmig ab.

**Rolf Braun:** Zum Thema Polizeikontrollen einfach noch ein Hinweis: Wir hatten im Sälipark eine Baustelle, und ich habe, weil ich oft dort unterwegs bin, festgestellt, dass andauernd auch Firmenautos, beschriftete Handwerkerautos, durchs Quartier gefahren sind, um auf die Hauptstrasse zu kommen, weil halt die verstopfte von-Roll-Strasse heute schon ein Problem ist. Es wäre ja wirklich einfach, zumindest dem einen Riegel zu schieben. Jetzt steht nämlich die nächste Baustelle, die Fachhochschule, an. Wenn es so weiter geht, werden wir täglich wieder Dutzende Handwerkerautos haben, die einfach durch das Quartier fahren, weil sie den Stau in der von-Rollstrasse umgehen wollen

**Dr. Max Pfenninger:** Ich möchte einen Ordnungsantrag stellen im Sinne, dass es gar nicht in die Kompetenz des Gemeindeparlamentes fällt, mit Vorstössen Verkehrsmassnahmen zu verlangen. Vor Jahren habe ich eine Verkehrsmassnahme wegen Lastwagenfahrverbot an der Sportstrasse verlangt. Mein Vorstoss wurde gebodigt mit dem Hinweis auf das Reglement, dass das Gemeindeparlament nicht für verkehrspolizeiliche Massnahmen zuständig ist. Ich möchte damit eigentlich auch den Stadtrat korrigieren und sagen, dass wir gar keine Kompetenz haben, darüber zu reden.

**Parlamentspräsident Heinz Eng:** Ich sehe das etwas anders und erinnere an meine Eingangsworte. In der Gemeindeordnung, Artikel 21 steht: „Das Parlament setzt Recht“. Das kann man sehr wohl. Sonst müsste mich der juristische Berater korrigieren.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Ich verstehe den Ärger von Max Pfenninger, dass es früher offenbar nicht weiter behandelt wurde. Unsere Argumentation ist eigentlich, dass wir es als Postulat mitnehmen, damit in unserer eigenen Kompetenz behalten und einfach noch Überlegungen anstellen, den Kopf schräg halten, was wir machen können. Deshalb sind wir für die Überweisung des Postulats. Einer Motion könnten wir in diesem Sinne gemäss Deinen Ausführungen nicht folgen. Das ist meine Begründung.

**Dr. Max Pfenninger:** Ich halte an meinen Antrag fest: „Das Gemeindeparlament ist nicht befugt, Verkehrsmassnahmen anzuordnen und vom Stadtrat zu verlangen“. Es ist die Polizei.

**Parlamentspräsident Heinz Eng:** Unter einem Ordnungsantrag verstehe ich etwas anderes. Das ist jetzt eine Feststellung.

**Stefan Hagmann:** Martin Wey hat es eigentlich schon beantwortet. Es geht um eine reine Prüfung und nicht darum, Recht zu setzen. Von daher sehe ich hier keine Probleme.

**Christian Wüthrich:** Ich habe zwei Bemerkungen zu dieser ganzen Diskussion. Erstens gehe ich grundsätzlich davon aus, dass die Hauptverkehrsachsen nach der Eröffnung der ERO – so wurde es verkauft – durchlässig sind. Das heisst, dass der Verkehr auf den Achsen fliesst. Bis jetzt haben wir dies noch nicht so oft erlebt, und hier bitte ich den Stadtrat noch einmal eingehendst, die Anlagen mit dem Kanton endlich so einzustellen, dass der Hauptverkehr auch durch die Achsen fliesst. Die zweite Bemerkung haben wir vor einem Jahr hier bereits gemacht. Wir haben den Stadtrat gebeten, in Solothurn vorstellig zu werden, damit sie das Ausfall-/Sperrren-Konzept der Autobahnen in den Agglomerationen früher einsetzen. In letzter Zeit werden wir in Olten immer mehr durch verstopfte Strassen geplagt. Das ist nicht der Feierabendverkehr, sondern die Autobahnausfälle, die wir haben. Wir liegen nun einmal einfach günstig in einem Kreis und werden extrem bestraft mit den Konzepten, die von Solothurn aus gemacht werden, dass man den Verkehr einfach durch Olten fliessen lässt und er somit stundenlang zum Erliegen kommt. Bezüglich Mehrverkehr in den Quartieren könnt Ihr nachschauen: Wenn auf der Autobahn ein Problem besteht, erhöht sich der Druck in diesen Quartieren extrem. Ich weiss, dass die Polizei nicht sehr viel tun kann, weil die Lawine kommt. Das ist so. Deshalb sage ich es noch einmal: Der Stadtrat soll endlich versuchen zu erreichen, dass die Szenarien auf der Autobahn früher gesperrt werden und die Autos nicht durch Olten fahren, sondern versucht wird, sie weiter oben oder weiter unten abfliessen zu lassen. Das sollte machbar sein.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Es ist ein äusserst wichtiges Anliegen, das Christian Wüthrich jetzt nicht zum ersten Mal vorgebracht hat. Wenn auf der Autobahn ein Lastwagen quer steht, fahren unsere Autos durch die Quartiere. Sie wissen nämlich, wo sie durchfahren müssen, damit sie wieder wegkommen. Auf der normalen Strasse hat es alle anderen, nur keine Solothurner. Das ist bekannt. Ich kann Euch Folgendes mitteilen: Wir haben an der letzten Sitzung des Lenkungsausschusses, an der Martin Wey selbstverständlich auch

teilnimmt, dem Regierungsrat den klaren Auftrag gegeben (was auch schriftlich festgehalten ist) mit dem ASTRA, das für den Autobahnverkehr zuständig ist, Kontakt aufzunehmen. Dies im Sinne, dass bei einem Unfall im richtigen Moment die richtige Radiomeldung kommt. Bei dem von Dir angesprochenen Ereignis vor nicht einmal vierzehn Tagen, kam im Radio die Meldung, dass zwischen Oensingen und Egerkingen ein Unfall geschehen war und die Autos die Autobahn in Oensingen verlassen sollten. Das ist natürlich grundfalsch. So kommt der ganze Verkehr über die T5 durch unsere Stadt. Dies muss bereits in Luterbach bzw. Solothurn geregelt werden. In dieser Woche findet noch die Konferenz der Verkehrsdirektoren statt, und das ist ein echtes Thema. Im Moment findet eine Projektmanagement-Verkehrsplanung Wiggertal statt, nämlich das Ganze, was im aargauischen Teil liegt. Dann kann Olten nicht einfach abgehängt werden, weil es natürlich sehr viel Verkehr hat, der nach Olten kommt und von Olten weg geht. Der Kanton Aargau hat das genau gleiche Anliegen von mir – ich war selber an der Sitzung – aufgenommen. Die ASTRA war mit dem Vizedirektor vertreten, und er hat zum x-ten Mal gesagt: Wir haben gar nicht gewusst, dass dies so sehr ein Problem ist. Es ist echt ein Problem, und ich denke, mit zwei Kantonsregierungen nimmt das die ASTRA ernster, als wenn nur die Stadt interveniert. Es ist eingeleitet. Zum Thema von Max Pfenninger: Du hast seinerzeit verlangt, dass Lastwagen nicht mehr durchfahren dürfen, eine konkrete Massnahme. Hier geht es um einen Plan, der vorgelegt werden muss. Er beinhaltet ein echtes Problem unserer Bevölkerung. Deshalb hat der Stadtrat auch so entschieden, wie Martin Wey ausgeführt hat. Es kann nie eine Motion sein. Aber es ist ein echtes Anliegen. Es wäre eigentlich fast falsch, wenn man dieses Anliegen nicht ernst nehmen würde.

**Thomas Frey:** Es brennt mich unter den Nägeln, noch kurz zu erwähnen, dass wir mit diesen Quartierfahrverboten das falsche System gewählt haben. Wir haben schon bei der Einführung darauf hingewiesen, dass es nicht richtig kommen kann. Jetzt haben wir es. Wir haben ein System, das nicht kontrollierbar ist. Das ist eigentlich das Schwierige am Ganzen. Ich möchte beliebt machen, dass wir die Grösse haben und auch die Quartierfahrverbote, die wir jetzt in der Stadt eingeführt haben, einmal hinterfragen. Daniel Dähler hat es erwähnt: Auch wenn Luzia Stocker nicht so recht daran glaubt, dass es mit ein paar Einbahnschaltern zu machen ist, glaube ich sehr wohl, dass dies zu machen ist. Wir haben eine Sozialkontrolle, und man kann nachher mit einem Polizisten kontrollieren, ob dies eingehalten wird oder nicht. Ich denke, das ist viel einfacher, und ohne eine bauliche Massnahme - man muss nur zwei oder drei Verkehrsschilder aufstellen – könnte man das Problem meiner Meinung nach befriedigend in den Griff bekommen.

**Felix Wettstein:** Ich glaube, wenn ich von hinten anfangen mit dem, was Thomas Frey gesagt hat in Verbindung mit den Ausführungen von Daniel Dähler, würden wir uns finden. In meinem Sprachgebrauch ist es auch eine Form von baulichen Massnahmen, dass man klare Abbiegevorschriften macht. Damit es vom Strassennetz her für alle verbindlich ist, insbesondere auch für die Einheimischen, braucht es zum Teil halt die Verunmöglichung abzukürzen. Man kann dies zum Beispiel in den Stadtzürcher Quartieren, die Daniel Dähler angesprochen hat, sehen. Ich möchte noch etwas zu Christian Wüthrich sagen. Zum Glück haben wir bis jetzt doch nicht Kolonnen oder sogar stehenden Verkehr in den Quartieren, im Säliquartier. Darum ist es uns nicht gegangen, und es geht uns bei diesem Vorstoss nach wie vor wirklich um das Säliquartier. Zu den Ausführungen von Christian Wüthrich: Wir haben Verkehrszählungen auf der Hauptstrasse. 85 bis 90 Prozent des Verkehrs auf unseren Hauptstrassen sind, wenn nicht gerade ein Unfall auf der Autobahn geschehen ist, Ziel- und Quellverkehr bzw. Binnenverkehr aus Olten. Wenn Du sagst: Wir leiden oder wir werden geplagt, muss man ehrlicherweise sagen, dass wir uns selber plagen. Noch eine Bemerkung zur Äusserung von Luzia Stocker, man sei erstaunt, dass 50 Prozent derjenigen Personen, die in der Tempo-30-Zone zu schnell fahren, aus dem Quartier selber sind. Eigentlich müssten es ja 100 Prozent sein, weil andere Personen dort ja gar nichts zu suchen haben.

**Roland Rudolf von Rohr:** Ich möchte nur ganz kurz bei dem anhängen, was Christian Wüthrich erwähnt hat. Das beste Mittel, das Quartier zu schützen, ist die Achse frei zu halten. Das ist auch so geplant. Aber es läuft eben schon etwas anders. Einmal ist der Fussgängerstreifen geplant. Man sagt, man wolle ihn schön mit dem Velostreifen koordinieren. Das ist aber relativ selten. Es ist mehr als fraglich, ob dies dann funktioniert. Ich möchte nicht gleich sagen, es sei unmöglich. Aber man muss schon prüfen, ob dies richtig ist. Wir stellen auch fest, dass es der Kanton wahrscheinlich doch nicht im Griff hat und die Stadt aufgefordert ist, möglichst auch den Finger darauf zu halten und zu schauen, dass sie nicht auch noch die Hauptstrassen total kaputt machen. Einmal stellt man fest, dass wir mit den vielen Signalanlagen auch einen Rückstau nach aussen haben. Dann haben wir ein Problem. Der Rechtsabbieger beim Winkel muss praktisch immer laufen können. Deshalb muss man auch ziemlich früh vorher schon eine rechte Spur haben, die dort weggeht. Dies sollte man möglichst bis zur Eröffnung der ERO schaffen. Dann haben wir die Chance, das Quartier zu entlasten, wenn die Hauptachsen wirklich flüssig gegen aussen gehen. Es ist mir ein Anliegen, dass sich die Stadt dort wie immer möglich auch entsprechend einsetzt. Luzia Stocker hat es gesagt: Der Druck auf den Sälikreisel wird noch mehr zunehmen, weil diejenigen, die jetzt von Westen nach Osten, von Wangen nach Dulliken gehen in Versuchung kommen werden, auch das Quartier zu nehmen, was sie heute nicht machen, weil sie bei der Postkreuzung links gehen.

### **Beschluss**

Mit 39 : 5 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:  
Baudirektion (4)  
Stabsstelle Planung (3)  
Tiefbau (2)  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 16. September 2010

Akten-Nr. 22/0

Prot.-Nr. 14

## Motion Andreas Schibli (Fdp) und Mitunterzeichnende betr. „Ladenstruktur“/Beantwortung

Am 18. November 2009 haben Andreas Schibli (FDP-Fraktion) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

„Der Stadtrat wird aufgefordert, Massnahmen aufzuzeigen, wie die Ladenstruktur in der Stadt verbessert werden kann.

### Begründung:

Die Ladenstruktur in der Stadt Olten (z.B. Altstadt, Bifangquartier) ist zum Teil monoton und eintönig. Sie führt teilweise auch zu Immissionsproblemen. Weiter macht eine schlechte Ladenstruktur ein Quartier unattraktiv. Das Angebot und die Struktur ist positiv zu verändern. Das schweizerische Raumplanungsgesetz sieht vor (Art. 1 und 3), dass die Behörden (und dazu gehören namentlich auch die Gemeinden) die Siedlungen nach den Bedürfnissen der Bevölkerung zu gestalten haben, dass sie Wohngebiete vor schädlichen und lästigen Einwirkungen möglichst zu verschonen haben und dass die Bedürfnisse von Bevölkerung und Wirtschaft beachtet werden. § 24 des kant. Planungs- und Baugesetzes sagt, dass der Zonenplan Art und Ausmass der zulässigen Nutzung des Bodens festlegt. Die geforderten Massnahmen bzw. Bestimmungen könnten auch als Ergänzung im Zonenplan untergebracht werden.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

Das Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG) definiert in seinen Planungszielen für die geordnete Besiedlung eine Gesamtbetrachtung, welche sowohl den sozialen wie auch den ökonomischen Bedürfnissen Rechnung trägt. Zu beachten sind demgemäss nicht nur Wohn-, Erholungs- und Schutzbedürfnisse der Bevölkerung, sondern auch die Interessen der Wirtschaft (Waldmann/Hänni, Kommentar zum Raumplanungsgesetz, Bern 2006, S. 11). Wohn- und Arbeitsgebiete sollen einander zweckmässig zugeordnet werden, Wohngebiete sollen vor schädlichen Einwirkungen wie Luftverschmutzung, Lärm und Erschütterungen möglichst verschont werden (Art. 3 Abs. 3 lit. a und b RPG).

Diesen Grundsätzen lebt das kantonale Planungsrecht (Planungs- und Baugesetz, RPG) nach indem die Einwohnergemeinde gehalten sind, im Zonenplan Art und Ausmass der zulässigen Nutzung des Bodens festzulegen. § 29 RPG umschreibt - nicht abschliessend - die Unterteilung der Bauzone, namentlich in die Wohn-, die Kern-, Dienstleistung-, Gewerbe- und Industriezone. Die einzelnen Zonen können weiter unterteilt werden, insbesondere nach

Art der Nutzung, der zulässigen Immissionen, des zulässigen Verkehrsaufkommens oder nach baupolizeilichen Kriterien. Es können neben maximalen auch minimale Ausnutzungsziffern, Geschosshöhen oder Gebäudehöhen festgelegt werden (§ 29 Abs. 2 PBG).

Das Zonenreglement der Stadt Olten legt etwa für die Altstadt fest, dass dort sämtliche Nutzungsarten zulässig sind, soweit diese höchstens mässig störend sind und die geschützte Bausubstanz nicht beeinträchtigen. Eine weitere Unterteilung, etwa in einzelne Dienstleistungs- und Gewerbearten, sieht das Zonenreglement nicht vor. Fraglich ist vorliegend, ob eine solche Feingliederung möglich wäre. Wie aufgezeigt, ist nach dem kantonalen Recht eine zusätzliche Aufteilung der einzelnen Teilzonen der Bauzone nicht von vornherein ausgeschlossen. Denkbar wäre so, je nach bestehender Ladenstruktur planerische Anreize für ergänzende oder andersartige Geschäftsbetriebe zu schaffen oder dichte Strukturen einer bestimmten Betriebsart inskünftig von der jeweiligen Zone auszuschliessen. Damit aber würden andere Planungsziele des Raumplanungsrechts verletzt. Wie eingangs gesagt, berücksichtigt der Bundesgesetzgeber in der Raumordnung auch wirtschaftliche Interessen. Hier überschneiden sich die Grundlagen des Raumplanungsrechts mit denjenigen der Wirtschaftsordnung. Art. 94 der Bundesverfassung (BV) stellt eine Grundentscheidung für eine Wirtschaftsordnung des freien Wettbewerbs dar. Wirtschaftsfreiheit – im Gegensatz zur Planwirtschaft - bedeutet also dem Grundsatz nach das Recht des Einzelnen, jede privatrechtliche Erwerbstätigkeit frei auszuüben. Garantiert ist also insbesondere die freie Konkurrenz im Wirtschaftsleben (Häfeli/Haller, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, Zürich 2008, S. 187). Jeder Eingriff in solche Freiheitsrechte bedarf kumulativ einer gesetzlichen Grundlage, eines öffentlichen Interesses, der Verhältnismässigkeit und der Respektierung des Kerngehalts des betreffenden Grundrechts (Art. 36 BV). Verhältnismässig ist der Eingriff, wenn er geeignet ist, den verfolgten Zweck zu erfüllen, nicht über das absolut Notwendige hinausgeht und einer Abwägung von öffentlichen und privaten Interessen standhält. Ob nun mit der zonenmässigen Bevorzugung oder dem Ausschluss bestimmter Branchen - welche im heutigen Zonenraster grundsätzlich möglich wären - tatsächlich die Ladenstruktur aufgelockert werden kann, muss stark bezweifelt werden. Ob ein Geschäftsbetrieb erfolgreich ist, hängt nicht einzig von planungsrechtlichen Gegebenheiten ab. Viel stärkere Rollen spielen hier der Markt bzw. andere betriebswirtschaftliche Voraussetzungen, wie etwa die Mietzinsstruktur oder das Käuferverhalten. Somit stünde einem erheblichen Eingriff in den freien Markt - und damit in die elementaren Rechte eines Gewerbe Treibenden - ein äusserst ungewisses Ergebnis gegenüber. Letztlich ist ebenso zu beachten, dass sich der Markt meist schnell verändert. Aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Abläufe lassen sich Reglemente und Plangrundlagen oft nicht so rasch den neuen Gegebenheiten anpassen. Dies kann schlimmstenfalls zur Folge haben, dass durch ein zu dichtes Regelwerk neue und erstrebenswerte Lösungen in der Ladenstruktur verhindert würden.

Insgesamt bedeutet dies also, dass sich eine über den Zonenplan hinausgehende Einflussnahme von Seiten der Behörden auf Empfehlungen beschränken muss und lediglich dann wirksam wird, wenn die „Gegenseite“ auf freiwilliger Basis mitmacht. So hat beispielsweise die Wirtschaftsförderung Region Olten die Laden- und Dienstleistungsstruktur in den verschiedenen Stadtteilen der Stadt Olten untersucht und Empfehlungen herausgegeben, die sie selber, Gewerbe Olten und die städtischen Behörden weitervermitteln können und umzusetzen suchen. Wichtige Adressaten dieser Empfehlungen sind insbesondere auch die Besitzer der Liegenschaften, in denen sich Ladenlokale befinden. Im Stadtteilentwicklungsprojekt „Chance Olten Ost“ gibt es denn auch ein Teilprojekt Liegenschaften, in dem solche Fragen auf der rechten Aareseite bearbeitet werden. Daraus können sich auch „Rezepte“ für das Vorgehen in andern Stadtgebieten ergeben.

Das Wichtigste ist es jedoch, für das Gewerbe nach den Möglichkeiten der öffentlichen Hand die nötigen Voraussetzungen – insbesondere im Bereich Infrastruktur, wie dies das am

13. Juni dem Volk vorzulegende Konzept „Attraktivierung Innenstadt Olten“ anstrebt – zu schaffen, damit der Detailhandel blüht und der Markt spielt.

Aus diesen Gründen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament die Motion in ihrer ursprünglichen Form mangels Umsetzbarkeit abzulehnen oder aber im Sinne seiner Ausführungen in ein Postulat umzuwandeln, dieses zu überweisen und gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben.

- - - - -

**Andreas Schibli:** Im Vorstoss wird gefordert, dass der Stadtrat Massnahmen aufzeigt, wie die Ladenstrukturen in der Stadt verbessert werden könnten. Das Bifangquartier ist beispielsweise reich gesegnet mit Kebab-Verkaufsstellen, Take-aways und Pizzakurieren mit den entsprechenden Begleiterscheinungen. Dafür haben sich die Metzgerei und andere Sachen schon länger verabschiedet. Da schadet es sicher nicht, wenn man versucht, via Baureglement dieser unerfreulichen Entwicklung entgegen zu steuern. Ich danke dem Stadtrat für die ausführlichen Antworten und erlaube mir, die Ausführungen zu kommentieren. Die Wirtschaftsfreiheit gilt wie andere Grundrechte nicht absolut. Sie steht in Konkurrenz mit anderen Grundrechten wie zum Beispiel die Raumplanung. Ein Blick in den Kommentar der Bundesverfassung bestätigt diesen Zusammenhang. Unter Artikel 75 Raumplanung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Staat das Recht hat, auf gesetzlicher Grundlage im öffentlichen Interesse und unter Wahrung der Verhältnismässigkeit Eigentumsbeschränkungen, Nutzungs- und Verfügungsbeschränkungen zu erlassen. Das schweizerische Raumplanungsgesetz sieht denn auch vor, dass die Behörde, und dazu gehören namentlich die Gemeinden, die Siedlungen nach den Bedürfnissen der Bevölkerung zu gestalten hat, Wohngebiet vor schädlichen und lästigen Einflüssen möglichst zu verschonen hat und die Bedürfnisse von Bevölkerung und Wirtschaft beachtet werden. § 24 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes sagt, dass der Zonenplan Art und Ausmass der zulässigen Nutzungen des Bodens festlegt. Somit ist es möglich, solche geforderten Massnahmen als Ergänzung im Zonenplan unterzubringen. Zudem gibt es auch sonst noch zahlreiche Einschränkungen der Wirtschaftsfreiheit und der Eigentumsgarantie, beispielsweise die Öffnungszeiten von Läden und Restaurants, das Sonntagsverkaufsverbot, das geltende Recht, Arztpraxen zu eröffnen, zeitliche Beschränkung von Alkoholkonsum im öffentlichen Raum und andere mehr. Für mich ergibt sich folgende Erkenntnis aus den Antworten des Stadtrates. Erstens: Der Stadtrat sagt nicht, dass die schlechte Ladenstruktur für ihn kein Problem ist. Zweitens: Er sagt nicht, dass die Motion rechtlich unmöglich ist. Er zweifelt nur an deren Wirksamkeit. Drittens: Er sagt abschliessend, dass die Motion mangels Umsetzbarkeit abzulehnen ist. Die fehlende Umsetzbarkeit hat der Stadtrat in seiner Begründung nicht hinreichend belegt. Von daher ist es eine Interpretation. Mir scheint, wir tun hier gut daran, die Motion zu überweisen, damit der Zonenplan geändert werden kann. Dass es ein berechtigtes Anliegen ist, habe ich eingangs erwähnt. Immerhin haben 32 Gemeinderäte den Vorstoss unterschrieben.

**Gert Winter:** Die Fraktion der SVP teilt die Auffassung, dass die Ladenstruktur beispielsweise im Bifangquartier suboptimal, zum Teil monoton ist. Die Frage ist jedoch, ob der Eintönigkeit mit planerischen Mitteln bzw. den generell abstrakten Regeln eines Zonenreglementes beizukommen ist. Eine Frage, die wir verneinen, vor allen Dingen im Hinblick auf die in der Bundesverfassung gewährleistete Wirtschaftsfreiheit, die übermässige bzw. unverhältnismässige Einschränkungen verbietet. Ein Zonenreglement stellt denn auch kein behördliches Instrument zur Feinsteuerung der Ladenstruktur dar, weshalb es auch nicht als solches missbraucht werden sollte. Es sind vielmehr die Konsumenten, die mit ihrer Kaufkraft und ihren Präferenzen entscheidenden Einfluss auf die Ladenstruktur und ihre Veränderung nehmen. Das soll auch so bleiben. Derartige Überlegungen führen zum

Schluss, dass das Anliegen des Motionärs tendenziell bundesrechtswidrig und auf kommunaler Ebene nicht umsetzbar ist. Sollte der Motionär und seine freisinnigen Mitstreiter die Rechts- und Faktenlage der stadträtlichen Einwendungen zum Trotz weiterhin für korrekturbedürftig halten, so wäre zur Realisierung ihrer Vorstellungen eine entsprechende Teilrevision der Bestimmungen der Bundesverfassung zur Wirtschaftsfreiheit unumgänglich, vorab wohl auch noch, wenn ich es erwähnen darf, eine Aktualisierung des freisinnigen Parteiprogramms. Gehen die Ambitionen nicht ganz so weit, so bleibt immerhin noch die Möglichkeit der faktischen Beeinflussung von Immobilieneigentümern durch den Stadtrat. Gegen derartige Aktivitäten haben wir auch nichts einzuwenden, begrüßen sie sogar. In diesem Sinne schliessen wir uns den zutreffenden Erwägungen der stadträtlichen Begründung vollumfänglich an und empfehlen Ihnen, die Motion mangels Umsetzbarkeit abzulehnen.

**Anita Huber, Fraktion Grüne:** Die Analyse von Andreas Schibli ist korrekt. Die Ladenstruktur in Olten verschlechtert sich laufend. Es gibt immer weniger Grund, im Zentrum von Olten auf Shoppingtour zu gehen, ausser man möchte eine Brille, ein Parfum, ein Hörgerät oder einen Kebab kaufen. Die Beobachtung von Andreas Schibli deckt sich auch mit den Erkenntnissen des Mitwirkungsprozesses Olten 2020. Das Anliegen der Motion ist begrüssenswert, nämlich einen attraktiveren Ladenmix zu erhalten. Das heisst, es muss wieder mehr Geschäfte geben, die den alltäglichen Bedarf decken. Wer im Käseladen eine Spezial-Fonduemischung kauft, besucht auf dem Weg dorthin manchmal auch den Buchladen, holt in der Drogerie Hustentropfen oder kauft einen Pullover, den er im Schaufenster gesehen hat. Die Ursachen des aktuellen einseitigen Ladenmixes sind unter anderem auch hohe Mietzinse. Offenbar erwirtschaften nur noch bestimmte Geschäfte genügend hohe Margen, um solche Zinsen zu bezahlen. Deshalb sind die Hausbesitzer und auch der Gewerbeverband gefragt. So wäre zu überlegen, ob nicht gezielt die Geschäfte des täglichen Bedarfs angesiedelt werden sollen, welche die Ladenfläche zu realistischen Mietzinsen erhalten. Wir möchten die Behörden auffordern, sich bei ähnlich grossen Städten zu erkundigen, ob es erfolgreiche Massnahmen gibt, direkt auf die lokale Ladenstruktur einzuwirken. Sollte im Parlament ein sinn- und wirkungsvoller Vorschlag zur Verbesserung des Ladenmixes kommen, sind wir sicher dabei. Wir wissen allerdings, dass die Stadt nicht in die Wirtschaftsfreiheit eingreifen kann und dass komplizierte Regelungen oft umgangen werden und nicht das gewünschte Resultat bringen. Deshalb teilen wir die Ansicht des Stadtrates, wünschen aber, dass er bei diesem Problem am Ball bleibt.

**Simon Haller, CVP/EVP/GLP:** Der vorliegende Vorstoss zur Ladenstruktur in der Oltnen Innenstadt hat aus Sicht unserer Fraktion eine grosse Berechtigung. Aber wir sind der Meinung, dass man wahrscheinlich weniger etwas über den Zonenplan, sondern über andere Instrumente machen kann. Wir sind uns bewusst, dass die Lösung des Problems nicht einfach ist. Beim Lesen der Antwort des Stadtrates sind mir jedoch zwei mehr oder weniger böse Ahnungen gekommen. Die eine ist vielleicht etwas weniger böse. Entweder will der Stadtrat aus ideologischen Überlegungen nichts machen. Stichwort: Gewerbefreiheit. Die zweite ist vielleicht etwas die bössere: Der Stadtrat weiss einfach nicht, wie er etwas machen kann. Persönlich glaube ich eher an die zweite Variante, doch glücklicherweise gibt es für solche Fragen Expertinnen und Experten. Das Postulat wäre aus meiner Sicht eine wunderbare Assessment-Aufgabe für den neuen Stadtentwickler. Wir sind sicher, dass es Personen gibt, die dazu gute Antworten wissen. Ein Blick auf andere Städte zeigt durchaus Interventionsspielraum. Stichwort: Langstrassenkredit. Langstrassenkredit in einem schwierigen Quartier in Zürich, wo mit Mikrokreditmassnahmen junge Unternehmer gefördert werden bei der Ansiedlung von Gewerbe in einem schwierigen Umfeld. Andere Stichworte dazu sind Mikrokreditverfahren zur Förderung von Startup-Unternehmern, die sicher auch etwas dazu beitragen könnten. Nicht zuletzt muss sich die Stadt auch überlegen, ob sie nicht vielleicht bewusst eine etwas aktivere Rolle auf dem Immobilienmarkt anstreben soll. Das Problem der hohen Mietfläche ist uns allen hinlänglich bekannt. Unsere Fraktion wird grossmehrheitlich für Überweisung der Motion stimmen.

**Daniel Schneider, SP-Fraktion:** Merci, Simon. Ich bin froh, dass ich nicht der Einzige bin, der in diese Richtung reden wird. Ich habe gehaut, dass Du etwas Ähnliches sagen wirst. Zuerst aber vorweg merci, Andreas Schibli, für die Ausarbeitung dieses Vorstosses, aber vor allem auch für das Erkennen dieses strukturellen Problems in unserer Stadt. Das ist ja keine Neuentdeckung. Wir wissen das alle und beklagen uns auch schon alle seit längerer Zeit. Vor allem die Bevölkerung beschäftigt dies, uns Politiker natürlich auch etwas. Die Bevölkerung beschäftigt dies sehr stark. Sie kann aber nur tun, was sie direkt beeinflussen kann, nämlich den Detaillisten dieser Stadt die Treue zu halten und wenn es das Budget erlaubt, neben Migros, Coop und Denner auch kleine Geschäfte zu berücksichtigen. Es ist klar: Wirtschaftliche Probleme über eine Zonenplanung zu lösen ist nicht der optimalste Weg. Die Zonenplanung ist schlichtweg zu grob und hat in der Regel die falsche Flughöhe. Aber es gibt Modelle, die versuchen, das Problem anders zu lösen. Die meisten sind betriebswirtschaftlicher Natur und manifestieren sich ja in Verträgen, Subventionen, Steuererleichterung oder gemischt wirtschaftlichen Fonds. Es gibt Modelle, die heute am meisten diskutiert werden. Eines ist das BID, Business Improvement District. Hier wird versucht, Standortgemeinschaften zu bilden, und zwar mit klaren Aufgaben auf Zeit, bestehend aus Eigentümern, Betreibern, Händlern und der Stadt, die sich eigentlich zusammen tun. Ein ähnliches Modell ist auch das City-Management. Dort kann man übrigens durchaus auch etwas von den Einkaufszentren lernen, nämlich gemeinsame Werbung, gemeinsame Einkaufslogistik. Auf diesen Wegen ist sicher etwas zu machen. Bevor aber in Olten über diese Massnahmen diskutiert wird, müssen die Fragen geklärt werden, ob die Ausgangslage die richtige oder noch die richtige ist. Haben wir überhaupt Nachfrage nach Ladenlokalen? Ist der Markt in Olten genügend gross im Kontext zu den zur Verfügung stehenden Ladenlokalen? Oder auf der Angebotsseite: Haben die Flächen die richtige Grösse? Sind die Mieten zu hoch? Ist die Erreichbarkeit wirklich ein Problem oder nicht? Und so fort... Alles Antworten, die uns der Wirtschaftsförderer der Stadt Olten eigentlich sofort aus der Schublade ziehen könnte. So mindestens meine Hoffnung. Wichtig ist also, dass nicht nur die Händler, sondern auch die Immobilieneigentümer zusammen mit der Stadt im gleichen Boot sitzen. Das dürfte die Immobilienbesitzer ja auch interessieren, spätestens dann, wenn sie merken, dass ihre eigenen Flächen nicht mehr optimal genutzt werden, wenn monatelang Läden an bester Lage leer stehen. Wir müssen also Massnahmen treffen, die aufgrund von Fakten formuliert werden, also tatsächliche Gegebenheiten aufnehmen können. Beim Stadtentwickler haben wir vorher auch schon etwas darüber gesprochen. Wir brauchen harte Fakten, um etwas auslösen zu können. Aufgrund individuell wahrgenommener Missstände reicht dies nicht. Wir brauchen hier schon noch etwas mehr dazu. Dass schliesslich dieses Wissen wieder in die Nutzungsplanung oder Zonenplanung zurück fliesst, liegt ja auf der Hand. Aber es braucht vermutlich eben den Vorspann dieser Vertiefung, bevor dies wieder in planerischen Massnahmen festgelegt werden kann, weil die Nutzungsplanung allein das Problem einfach nicht lösen kann. Wenn ich die Antwort lese, fehlt mir insgesamt der Wille des Stadtrates, das Problem mit den Mitteln, welche die Stadt hat, und sie hat auch Mittel und muss sich nicht hinter der Raumplanung des Bundes verstecken, anzupacken und neue Wege einzuschlagen. Ich finde keinen Hinweis auf Förderprogramme, keine Anreizsysteme, keine direkte Wirtschaftsförderung, keine Vernetzungsförderung. Ein ganz kleiner Trost orte ich im Projekt Chance Olten Ost. Ich glaube, hier kann man langsam solche Ansätze finden. Vielleicht kann man das auf die ganze Stadt übertragen. Ich bitte Euch, die Motion oder das Postulat nicht zu überweisen und nicht zu abschreiben, damit der Stadtrat von uns klar aufgefordert ist, die anderen Wege auch noch auszuloten.

**Daniel Dähler:** Ich hatte gerade am letzten Montag das Vergnügen, mit dem Wirtschaftsförderer in diesem Sinne zu sprechen und kann Dich dementsprechend beruhigen, dass es Pläne gibt, was gerade auf der von Dir angesprochenen Meile passieren kann und wird. Je nachdem, wie es sich letztlich ergibt. Ich denke schon auch, vielleicht etwas abweichend zu dem, was der Vorstoss mit der Zonenänderung oder mit dem Eingriff

in die Zone eigentlich fordert, dass man einfach schauen muss, wie sich die Quartiere entwickeln, vor allem in einer solch schwierigen Situation, wie das Quartier dort unten letztlich ist. Das wird sich früher oder später sehr wahrscheinlich bereinigen, indem sich wirklich die von Daniel Schneider beschriebene Situation einstellt, dass bei den Hauseigentümern irgendwann der Leidensdruck kommt zu handeln, allenfalls in Kombination mit einem Prozess, wie wir es jetzt mit Chance Olten Ost haben, in Kombination mit der Entwicklung, die in diesem Quartier kommt. Ich denke, wir müssen einfach aufpassen, dass wir irgendwelche Eingriffe fordern, die kurzfristig allfällige Wirkungen erzielen könnten. Quartierentwicklung ist etwas, das nicht von heute auf morgen geändert und letztlich auch nicht erzwungen werden kann. Ich denke, das ist die grosse Chance, die das Quartier dort unten hat, vor allem mit den Investitionen, die folgen werden, und dem Bildungscampus, der dort angedacht ist und wahrscheinlich auch mit einem neuen Publikum in das Quartier Einzug halten wird. Um auf die liberalen Werte zurück zu kommen: Wir müssen daran glauben, dass der Markt dies regeln wird.

**Roland Rudolf von Rohr:** Mein junger Fraktionskollege hat mich doch noch überzeugt, wo ich am Anfang ziemlich gegen diesen Vorstoss war, weil mir der Eingriff einfach etwas zu gross erschien. Ich glaube, es lohnt sich, ihn zu überweisen. Es sind jetzt ein paar Ansätze aufgezeichnet worden. Er hat mir auch noch Unterlagen zugesandt. Ohne dass man grosse Eingriffe macht, auch finanzielle Anreize. Ich glaube, dort sollte man zurückhaltend sein. Aber ich denke, schon mit Ideen und mit einer Bildung von Gruppen, von wem das auch immer ist, kann man etwas erreichen. Trotzdem möchte ich noch eine Lanze für die Stadt und vor allem auch für die Wirtschaftsförderung brechen. Ich weiss, was dort gemacht wird und wie sehr sich Herr Blaser bemüht und bemüht hat, um gute Geschäfte hierher zu bringen und sich ein „Bein ausgerissen“ hat. Ein paar Mal ist es gelungen, und ein paar Mal hing es nur an einem kleinen Faden, dass es nicht gelungen ist. Dort darf man die Stadt nicht einfach in eine Ecke stellen, sondern muss auch respektieren, dass sie hier schon sehr aktiv sind und nicht nichts tun. Aber es sind neue Ideen aufgezeichnet worden, von denen ich glaube, dass sie aufgenommen werden könnten, sei es in Form der Motion oder des Postulats.

**Dr. Markus Ammann:** Ich kann es nicht lassen, noch etwas dazu zu sagen. Zwar ist jetzt zum zweiten Mal heute Abend quasi der gleiche Gedanke durch meinen Kopf gegangen. Vorher haben wir davon gesprochen. Wir wollen alle Auto fahren, wollen aber nicht im Stau stehen und keinen Strassenverkehr und keine Strasse vor dem Haus. Wir wollen alle einen bunten Ladenmix vor dem Haus oder in der Kleinstadt haben. Aber wir wollen in diesem Ladenmix nicht einkaufen. Wir gehen nämlich ins Center in den Gäupark oder nach Oftringen. Es geht halt einfach nicht auf. Das müssen wir einfach sehen. Alle diese Kleinstädte knorzen am genau gleichen Problem herum. Das müssen wir auch sehen. Deshalb glaube ich auch nicht, dass wir den Stadtentwickler mit einer Assessment-Aufgabe beschäftigen können, weil er das Patentrezept auch nicht einfach finden wird, und auch wir werden Mühe haben. Ich höre sehr viele Ansätze hier. Man soll dies versuchen. Ich bin überhaupt nicht dagegen. Manchmal ist es mir durch den Kopf gegangen. Vielleicht muss halt die Stadt diese Läden wieder selber betreiben. Aber seit Kuba dieses Prinzip auch aufgegeben hat, glaube ich auch hier nicht mehr daran.

**Andreas Schibli:** Ich möchte noch eine Replik auf die Ausführungen des SVP-Sprechers machen. Richtig ist Folgendes: Es gibt in der Bundesverfassung der Schweiz die Eigentums-garantie und die Wirtschaftsfreiheit. Sie gelten nicht absolut, sondern nur im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. Jede Bauvorschrift verletzt grundsätzlich sowohl die Eigentums-garantie wie auch die Wirtschaftsfreiheit. Wenn ich auf meinem Grundstück nur zweige-schossig bauen kann, wird meine Eigentumsfreiheit beschränkt, und wenn ich auf meinem Grundstück nur ein Büro und keine Schlosserei betreiben kann, bin ich in der Wirtschafts-freiheit eingeschränkt. Aber wir wissen ja: Die Juristerei, vorwiegend in der Politik, ist keine exakte Wissenschaft. Zwei Juristen, dann haben wir drei oder noch mehr Meinungen. Aber

ich möchte zur Sache zurück kommen. Ich kann mich schon einverstanden erklären, dass der Vorstoss in ein Postulat umgewandelt wird. Aber ich möchte Euch herzlich bitten, ihn nicht abzuschreiben.

**Daniel Dähler:** Ich kann vielleicht gerade an einem aktuellen Beispiel zeigen, wie es läuft. Bei meinem Arbeitgeber haben wir eine Partnerschaft mit einem Zürcher ETH-Spin-off. Heute ist die Unternehmensgründung gewesen. Sie werden in Olten ansiedeln, in Kombination mit dem Angebot, das von der Wirtschaftsförderung geschaffen wurde, wo für Jungunternehmen fast unentgeltlich Büroraum zur Verfügung gestellt wird. Ich glaube, das gibt den Groove und die Entwicklung, die wir wollen. Hier bin ich eigentlich guten Mutes. Ich habe mich auch überzeugen lassen müssen. Aber ich bin seit Montag definitiv überzeugt, dass wir eine gute Wirtschaftsförderung haben.

**Marc Winistörfer:** Andreas Schibli, Du hast recht: Zwei Juristen, drei Meinungen. In diesem Fall sollte es eigentlich sehr klar sein. Ich weiss nicht, wie viele Juristen wir hier haben. Aber ich glaube, hier gibt es wirklich nur eine Meinung, dass es nicht umsetzbar ist, so wie Du es möchtest. Es ist so, dass die Wirtschaftsfreiheit nicht absolut gilt. Man kann sie einschränken. Aber es gibt auch noch weitere Punkte, die berücksichtigt werden müssen. Zum Beispiel, dass man als Stadt keine Strukturpolitik machen kann. Mit dem Ziel, Ladenstrukturen zu steuern, darf die Stadt keine Massnahmen vollziehen. Du möchtest ja wirklich rein die Struktur der Läden durch die Stadt gesteuert haben, und das ist einfach mit der gegenwärtigen Lage und der Verfassung so nicht umsetzbar. Wenn Du etwas ändern willst, ändert die Verfassung. Dann kann dies umgesetzt werden, vorher nicht.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Den Juristen rede ich nicht drein. Ich glaube, es ist klar, was gesagt worden ist. Aber ich möchte zwei, drei Punkte aufgreifen, die einfach etwas relativiert werden müssen, auch für uns im Stadtrat. Erstens: Zur Gerechtigkeit: Die Brillengeschäfte in Olten rentieren. Hört auf, sie immer herunter zu reissen. Sie rentieren. Zweitens ist Chance Olten Ost erwähnt worden. Wenn man dort ganz genau zugehört hat – ich war selbstverständlich auch dabei und habe auch geholfen, das Fazit zu ziehen – haben die Quartierbewohner explizit gesagt: Wir müssen unser Quartier erhalten. Markus Ammann hat das Stichwort gegeben. Wir gehen nicht mehr in den Gäupark einkaufen. Wir müssen halt bei unseren Geschäften schauen. Das gehört auch zur Erhaltung des Ladenmixes. Die Wirtschaftsförderung ist angesprochen worden. Es war ein Auftrag des Stadtrates. Wir haben hier geschrieben, dass der Wirtschaftsförderer „in mühevoller Kleinarbeit“ – ich war mehrmals dabei, und es wurde sogar in diesem Saal mit einer ganzen Strasse getagt – um herauszufinden, wie die Ladenstruktur, was das Problem ist, wie die Mietverhältnisse, die Struktur der Strasse und die Kundenabläufe sind. Daniel Schneider, diese Untersuchung hat man im Gewerbeverbandsvorstand ausführlichst vorgestellt, und das Gewerbe hat dies zur Kenntnis genommen. Es muss jetzt auch etwas damit machen, nicht nur einfach zur Kenntnis nehmen. Damit habe ich nicht gesagt, dass das Gewerbe nichts macht. Der Wille des Stadtrates ist klar vorhanden. Ich muss auch sagen, dass es ein wichtiger Vorstoss ist. Es ist unbefriedigend, wenn man durch die Stadt geht oder fährt und leere Läden sieht. Genauso unbefriedigend ist es aber – ich bin jedoch nicht derjenige, der dort einkauft – wenn ich mir wirklich Zeit nehme und in den Bus sitze oder mit dem Auto nach Egerkingen oder ins A1-Center fahre und sehe, wie viele Oltnerinnen und Oltner dort einkaufen. Simon Haller, ich danke Dir vielmals. Ich bin durch einen Zufall auch in die Geschichte des Langstrassenkredits gekommen. Erstens gibt es diesen Kredit nicht mehr. Er ist mangels Nachfrage aufgehoben worden. Aber damit will ich nicht sagen, dass es nicht gut war. Die Stadt Zürich hätte mit einer Initiative zu Gunsten der Förderung von Wohnlichkeit und Gewerbe im Kreis IV 20 Millionen Franken zur Verfügung stellen sollen. Der Stadtrat, die Exekutive und der Gemeinderat haben abgelehnt und 2 Millionen zur Verfügung gestellt. Hier hat man zum Beispiel in den Jahren 2008, 2009 und 2010 Mietzinsunterstützung gewährt, Unterstützung bei der Lehrlingsausbildung in einem Geschäft, Geschäftserweiterung, sinnigerweise in einem Optikergeschäft, Hilfe bei der Einrichtung einer Bar, weil es dort unbedingt eine Bar

gebraucht hat, um das Angebot zu umfassen oder Beratungsangebote in bestimmten Konzeptionen. Das sind Beträge zwischen 25'000 und 50'000 Franken, die für die einzelnen Projekte ausgeschüttet wurden. Dann hat es sich gezeigt, dass die Nachfrage zu klein ist. Am 10. März 2010 hat der Stadtrat von Zürich in einer Medienmitteilung gesagt, diese Förderung werde mangels Nachfrage aufgehoben, nicht ausgeschöpft, hat aber das Geld nicht einfach zurück genommen, sondern es einem Verein zur Verfügung gestellt, also wieder in private Hände gegeben, wo dies nun genau weiter geführt wird, wenn es gefragt ist. Ich will dies damit nicht herunter würdigen. Das ist durchaus ein Weg. Hier ist nicht nur eine Wirtschaftsförderung in der Lage, so etwas aufzugleisen, sondern auch eine kantonale Wirtschaftsförderung ist bereit zu unterstützen, wenn es um grössere Sachen geht. Ich bin überzeugt, wenn der Stadtrat dies ernsthaft studiert und zu gewissen Schlüssen kommt, dass wenn wirklich eine solche Thematik wie im Postulat auf eine andere Art aufgegleist wird, man hier zur Zielsetzung kommen sollte, wird man auch versuchen, dies nach Olten zu transferieren oder zumindest die Erfahrungen daraus. Zusammengefasst: Wir haben ja geschrieben, dass es ein Postulat ist, weil es einfach in der Planungshoheit der Stadt ist. Es steht schon fast drin, man solle einen Massnahmenplan vorlegen. Wir haben ihn aber vorgelegt. Deshalb haben wir „abschreiben“ geschrieben. Ich bitte das Parlament, dementsprechend abzustimmen.

**Christian Wüthrich:** Als Andreas Schibli mit dieser Motion gekommen ist, hatte ich das Gefühl, das sei eine gute, wichtige Sache. Daniel Schneider hat es heute gesagt, und man hört es auch an der Diskussion hier. Es bewegt nicht nur uns, sondern auch die Leute auf der Strasse. Wir haben ja heute gehört, dass wir das Sprachrohr der Bevölkerung sind. Ich hatte auch noch ein zweites Gefühl. Mit diesem Vorstoss spielen wir dem Stadtrat etwas in die Hand, von dem ich weiss, dass es ihm nicht gleichgültig ist und besonders Stadtpräsident Ernst Zingg gar nicht gleichgültig ist. Er stellt sich bei diesen Themen echt in den Vordergrund. Ich habe ihm vorher gedankt. Er ist bei seinen Worten fast in ein Feuer gekommen. Vorher habe ich gespürt, dass er dort daran ist und es gerne macht. Wenn ich die Beantwortung lese, zählt Ihr alle Rahmenbedingungen auf, die wir haben. Die Emotionen haben mir bei der Beantwortung gefehlt. Aber Du hast sie vorher leicht gezeigt, wie Du es eigentlich sonst bei wichtigen Geschäften immer machst. Ich denke, es ist ein Thema. Abschliessend können wir es wahrscheinlich heute nicht lösen. Es wird uns aber vermutlich noch lange begleiten, und es wird auch noch langfristig Diskussionen geben. Jetzt sage ich etwas, das halt so ist. Wenn man es nicht weiss, heisst es im Volksmund schnell: Die Stadt macht nichts. Ob es bei Euch liegt und ob Ihr etwas machen könnt oder nicht, diese Wahrnehmung ist zum Teil vorhanden. Wir versuchen ja heute, damit und vielleicht noch mit anderen Sachen in Zukunft solche Aussagen zu entkräften. wo wir uns auf den Stand stellen können, dass wir eben sehr wenig oder beschränkte Möglichkeiten haben. Aber wir müssen versuchen, diese zu nutzen.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** In dieser Thematik ist der Stadtrat emotionell, nicht nur ich. Aber über Raum- und Bauplanungsgesetz funktioniert es nicht, vorher sehr deutlich gesagt worden ist. Das ist die Antwort. Andreas Schibli hängt es daran auf. Gegen alles Andere habe ich überhaupt nichts einzuwenden.

**Parlamentspräsident Heinz Eng:** Ich möchte festhalten, dass der Motionär mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden ist.

## **Beschluss**

Mit 37 : 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

## **Beschluss**

Mit 34 : 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird das Postulat nicht abgeschrieben.

Mitteilung an:  
Stadtschreiber  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

**Parlamentspräsident Heinz Eng:** Ich danke Euch ganz herzlich für Euer Engagement und wünsche eine gute Heimkehr und schöne Ferien.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.